

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Ein Denkmal für Rosa

Die hier abgebildete Rosa-Luxemburg-Skulptur des Bildhauers Rolf Biebl steht seit Januar 2009 in Berlin-Mitte an der Ecke Weydinger- und Linienstraße. Es handelt sich um das Duplikat einer Plastik, die auf Bestellung des Parteivorstandes der damaligen PDS angefertigt worden war. Die Auseinanderset-



zung um dieses Denkmal sagt viel aus über die Verhältnisse, in denen wir leben, und über die Aktualität Rosa Luxemburgs, deren 150. Geburtstag am 5. März fortschrittliche Menschen in aller Welt begingen. Im Januar 1995 hatte die Bildhauerin Ingeborg Hunzinger (1915–2009) den Delegierten eines PDS-Parteitages vorgeschlagen, ein Denkmal für Rosa Luxemburg in Berlin aufzustellen. Das stieß in der Partei auf

positive Resonanz, in Basisorganisationen wurde gesammelt. 1998 unterstützte auch der PDS-Bundesvorstand die Initiative, obwohl die Begeisterung der Parteioberen bereits merklich gedämpft war. Sie dankten in einer Beschlusvorlage zwar Ingeborg Hunzinger „für ihre Initiative, Rosa Luxemburg durch ein von der PDS gestiftetes Denkmal im Berliner Stadtraum zu ehren“, wollten aber von der Realisierung des vorgelegten Entwurfs – der Zentrale von PDS bzw. heutiger Partei Die Linke – „absehen“. Auf Anregung von Klaus Höpcke, in der DDR stellvertretender Kulturminister, folgte der Parteivorstand diesem Vorschlag nicht, sondern unterstützte die Idee, das Denkmal am Karl-Liebknecht-Haus zu errichten.

Dann geschah nichts mehr, bis das Antieiszeitkomitee – eine Berliner Vereinigung der Linkspartei nahestehender Künstler – die Initiative ergriff und am 9. Januar 1999 das Denkmal im Eingang des Karl-Liebknecht-Hauses aufstellte. Der damalige PDS-Baustadtrat des Bezirks Berlin-Mitte, Thomas Flierl, von 2002 bis 2006 Berliner Kultursektor, nannte das eine „Nacht- und Nebelaktion“ und einen „erpresserischen Coup“. Er hatte schon 1997 die These aufgestellt, mit einem Luxemburg-Denkmal der PDS an diesem Ort würde die Partei „kulturell im Pleistozän verschwinden“. Das Kunstwerk wurde entfernt und der Rosa-Luxemburg-Stiftung geschenkt. Es stand seither an einer – um es vorsichtig auszudrücken – nicht besonders attraktiven Stelle vor dem Gebäude des „Neuen Deutschland“ in der Nähe des Ostbahnhofs. Dieses Ergebnis ließ vielen Menschen, vor allem Künstlern, keine Ruhe, und sie beschlossen, ein Duplikat der Skulptur zu finanzieren und sie in der Nähe des ursprünglich geplanten Standortes aufstellen zu lassen. Der Besitzer des Bürogebäudes, in dem u. a. die „junge Welt“ und heute auch die Eulenspiegel-Verlagsgruppe ihren Sitz haben, war einverstanden und stellte das Grundstück zur Verfügung.

Die Realisierung des Plans verursachte bei den bundesdeutschen Medien, soweit sie überhaupt berichteten, die gewohnten antikommunistischen, mordlüsternen Reflexe. Im ZDF erklärte „Experten“ vom „Forschungsverbund SED-Staat“, die Revolutionärin habe „die größte Zeit ihres Lebens gegen die Demokratie gekämpft“. Es sei ein Skandal, daß sie „eine Statue erhält“.

Und: „Unter heutigen Gesichtspunkten würde man sie als extremistisch einstufen.“ Der „Focus“ berichtete unter der Überschrift „Giftmischerin und Halunken“, es werde „das elfte Denkmal für die Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der Hauptstadt sein“ – Straßen und Plätze mitgezählt.

Bei der Enthüllung antwortete Klaus Höpcke indirekt mit einem Zitat Rosa Luxemburgs: „Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen (...). Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. (...) sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln, als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.“

Heute ist das Rosa-Luxemburg-Denkmal in der Linienstraße Anziehungspunkt für viele Menschen. Am Fuß der Skulptur liegen fast immer frische Blumen.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Das neue „Große Spiel“	2
USA versus China	3
Bidens Scherben	4
Militärbündnis Rußland-China	6
Manöverserie „Defender“	7
Linke-Nachhilfe für Kuba	9
Das Tafelsilber von Lychen	11
Lateinamerika und Biden	12
All-Belarussische Versammlung	13
Neokolonialer Krieg im Sahel	14
Eskalation am Golf?	16
150 Jahre Pariser Kommune	20
Diktatur des Proletariats und Frieden	22
Nazis am Bundesarbeitsgericht	27
Leserbriefe	29

## Das neue „Große Spiel“

Ende Dezember 2020 unterzeichnete US-Präsident Donald Trump kurz vor Ende seiner Amtszeit ein Gesetz, das zuvor vom US-Kongress beschlossen worden war. Darin steht, daß China künftig mit US-amerikanischen Sanktionen rechnen müsse, wenn es sich in die „Kür“ eines neuen Dalai Lamas einmische.

Der jetzige Dalai Lama ist sich jedoch selbst nicht mehr sicher, ob die Auffassung von der Wiedergeburt des geistlichen und politischen Oberhauptes des tibetischen Buddhismus noch zeitgemäß ist. Kein Staat erkennt die tibetische „Exilregierung“ unter seiner Führung an. Natürlich lehnt China dieses Gesetz der USA als Einmischung in seine inneren Angelegenheit ab. Eigentlich könnte man über ein derartiges „nationales“ US-Gesetz nur müde lächeln, wenn sich dahinter nicht globalstrategische Interessen der USA verbergen würden.

Die US-Amerikaner erklären offen, daß sie Chinas weiteren Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Großmacht einschränken und sogar verhindern wollen. Da ist ihnen jedes Mittel der Provokation und der Verleumdung recht. China und Rußland sind zu Hauptfeinden der USA und des Westens avanciert. Dabei wird unter Globalisierung immer mehr ein politisch geprägter Wirtschaftskrieg verstanden, der sich gegen Staaten richtet, die sich nicht dem amerikanischen Führungsanspruch unterordnen. Geschichtlich betrachtet, erkannte Tibet im Jahre 641 die Oberhoheit Chinas an. Diese Entscheidung beendete jahrelange militärische Konflikte zwischen der Kaiserdynastie der Tang und den Tibetern. Nach einem mehrjährigen Krieg in Zentral-Tibet und der Beseitigung des tibetischen Herrschers setzte der Mongolen-Khan den Dalai Lama 1642 als politischen Verwalter bzw. Regenten Tibets ein. Die Bindung an das Kaiserreich China wurde erneuert. Mit dem Aufstieg der Qing- oder Mandschu-Dynastie, die von 1644 bis 1911 die chinesischen Kaiser stellte, gewann Tibet wieder an Bedeutung. Um 1720 wurde Tibet als Tributstaat integraler Bestandteil des Kaiserreiches. Von 1790/91 bis 1912 bestand in der Hauptstadt Lhasa sogar eine chinesische Garnison.

Die Situation um Tibet änderte sich im 19. Jahrhundert, als die Kolonialmacht Großbritannien das „Great Game“ in Zentralasien eröffnete. Im „Großen Spiel“ ging es um die Vorherrschaft und Interessenssphären in Zentralasien. Gegenspieler war das zaristische Rußland. Die Briten schickten 1903/1904 ein Expeditionskorps nach Tibet. Sie okkupierten Tibet und machten es zu einem Protektorat. Der 13. Dalai Lama setzte sich in die äußere Mongolei ab. In einem Abkommen, das die Großmächte Rußland und Großbritannien China 1907 aufzwingen, wurde festgelegt, daß China die Oberherrschaft über Tibet behielt. Mit dem Vertrag von Sankt Petersburg fand das „Great Game“ jedoch keinen Abschluß. Der Dalai-Lama floh 1910 erneut, diesmal in die britische Kolonie Indien, als China seine Rechte durchsetzte. Er kehrte erst 1912 nach Tibet zurück, nachdem 1911 das Kaisertum in China zusammengebrochen war. Im Jahr 1913 erklärte er die Unabhängigkeit Tibets. Die Briten übernahmen „Garantien“ und hatten ihr Ziel

erreicht, Tibet von China abzuspalten. In China folgten Jahre der bürgerlichen Revolution und ein langer Kampf gegen die militärische Aggression der Japaner. Nach der Niederlage des japanischen Imperialismus am Ende des zweiten Weltkrieges war China praktisch zweigeteilt. Die Kuomintang unter Tschiang Kai Schek entfesselte jedoch einen Bürgerkrieg gegen die Volksbefreiungsarmee.

Die Kuomintang wurde geschlagen und es erfolgte die Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949. Bereits am 23. Mai 1951 unterzeichneten Vertreter der chinesischen Regierung und bevollmächtigte Vertreter der Lokalregierung Tibets das Abkommen über die friedliche Befreiung Tibets. Somit wurde die Region wieder ein fester Bestandteil Chinas. In den folgenden Jahren forderte die chinesische Regierung eine Reihe von Reformen, wie eine Erneuerung der Verwaltung, die Abschaffung der Leibeigenschaft und des privaten Großgrundbesitzes. Daraufhin organisierten Teile des tibetischen Feudaladels, des buddhistischen Klerus und der lokalen Regierung einen bewaffneten Putsch gegen die chinesische Zentralregierung im März 1959. Der Putsch wurde niedergeschlagen und der 14. Dalai Lama, Lhamo Döndrub, verließ China fluchtartig in Richtung Indien. Aus dem Umfeld des religiösen Führers rekrutierten britische und US-Geheimdienste Terroristen und Saboteure, die in das Autonome Gebiet Tibet eindringen und Mord und Schrecken über viele Jahre verbreiteten. Die Lebensbedingungen im Autonomen Gebiet Tibet haben sich trotz aller Widrigkeiten – auch unter der Politik Maos – seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts und insbesondere in den letzten 30 Jahren wesentlich verbessert. Es wurden Straßen und Brücken gebaut. China errichtete ein elektrisches Stromnetz. Schulbildung für alle Kinder ist etwas Normales. In Tibet ist eine starke wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen, die eng mit den Reformen unter Deng Xiaoping verbunden ist. Eine besondere Rolle spielt dabei der verkehrstechnische Anschluß an chinesische Zentren. Eine der größten ingenieurtechnischen Leistung ist der Bau der Tibet-Bahn, die in der Hauptstadt des Autonomen Gebietes Lhasa endet und zur wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt.

Über Jahrzehnte hielten die USA und der Westen die Erzählung aufrecht, der Dalai Lama sei der große religiöse Führer der Buddhisten und das wahre Oberhaupt aller Tibeter. In Wirklichkeit ist der tibetische Lamaismus nur eine Strömung unter vielen verschiedenen buddhistischen Richtungen. Zu diesem Narrativ gehört auch der schwammige Gebrauch der geographischen Bezeichnung „Tibet“. Handelt es sich um das tibetische Hochland, den tibetischen Kulturraum oder lediglich um das Autonome Gebiet Tibet? Letzteres (1,2 Millionen Quadratkilometer) umfaßt etwas mehr als die Hälfte des zu China gehörenden tibetischen Kulturraums. Der tibetische Kulturraum in China umfaßt rund zwei Millionen Quadratkilometer. Das entspricht mehr als einem Fünftel des chinesischen Staatsgebietes (9,6 Millionen Quadratkilometer).

Seit 70 Jahren versuchen die USA und der Westen in Fortsetzung des „Great Game“ vergeblich, Tibeter, muslimische Uiguren und andere gegen die kommunistische Zentralregierung aufzuhetzen. Es geht ihnen dabei nicht nur um eine politische und wirtschaftliche Schwächung Chinas, das auf dem Weg zur führenden Kraft in der heutigen Weltwirtschaft ist. Das Ziel besteht in der Destabilisierung des Vielvölkerstaates China und der Herauslösung von Teilen aus dessen Staatsgebiet. Gelänge es den USA und seinen westlichen Vasallen, das Autonome Gebiet Tibet oder die Autonome Provinz Xinjiang an der Nordwestgrenze herauszubringen, wäre es das Ende der Volksrepublik.

Eine üble Rolle spielen in diesem Zusammenhang seit einigen Jahren die „Freiheits- und Demokratiebewegungen“ als prowestliche „Softpower-Organisationen“. Deren Finanzierung und Unterstützung laufen z. B. über die „Denkfabrik“ National Endowment for Democracy (NED, gegründet 1983). Diese Stiftung ist nichts anderes als der „öffentliche Arm“ der CIA und wird vom US-Staat finanziert. Gemeinsam mit Amnesty International und Human Rights Watch betreibt die NED Desinformation in und über China. Solche scheinbar autonomen Nichtregierungsorganisationen bauen auch Gruppen und Gruppierungen auf, die sowohl subversiv als auch gewaltsam gegen den chinesischen Staat vorgehen. Nachweislich ist NED an Destabilisierungsversuchen in Hongkong beteiligt, um die Arbeit der Regierung der Sonderverwaltungszone lahmzulegen, das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ zu zerstören und eine „Farbenrevolution“ auf das chinesische Festland auszuweiten. Die NED ist weltweit in mehr als 100 Staaten aktiv. Sie war und ist an den „Transformationsprozessen“ in Osteuropa beteiligt, wie an den Beispielen der Ukraine und der Republik Belarus deutlich wird.

Kurz vor dem Abgang der Trump-Regierung bezichtigte deren Außenminister, Michael Pompeo, China eines Genozids an den muslimischen Uiguren. Beweise für diese ungeheuerliche Behauptung blieb er schuldig. Das Wahlkampfteam Joseph Bidens übernahm diese Behauptung, wie das „Wahrheitsmedium“ „Tagesschau“ am 19. Januar berichtete.

„Statista“, ein deutsches Onlineportal für Statistiken, behauptet, daß 2020 in China 1,71 Millionen Personen in Gefängnissen inhaftiert waren. Bei rund 1,43 Milliarden Einwohnern ist das ein Anteil von 0,12 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Für die USA schätzt Statista, daß 2020 rund 2,1 Millionen Menschen in Gefängnissen saßen. Die USA haben etwa 330 Millionen Einwohner, d. h., daß sich 0,63 Prozent der Bevölkerung in Haft befanden. Der Rassismus in den Vereinigten Staaten widerspiegelt sich in den Häftlingszahlen. Denn etwa 34 Prozent aller Gefangenen in den USA sind Schwarze. „Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil werden demnach fünf Mal mehr Afroamerikaner als Weiße inhaftiert.“ (t-online am 11. Juni 2020) Als Schwarzer stirbt man in den USA schnell durch Polizeigewalt. Dennoch hat bisher niemand von einem Genozid gegen Schwarze in den USA gesprochen.

Dr. Ulrich Sommerfeld

# Bidens Scherben

Der neue US-Präsident will nur einiges von dem kittern,  
was er von Donald Trump erbte

Als ich kürzlich über Donald Trumps Versuch schrieb, mit dem Sturm seiner Anhänger auf das Kapitol die Präsidentschaft des Wahlsiegers Joe Biden zu vereiteln, nahm ich für das Erbleichen der gefoppten Transatlantiker die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ zum Zeugen. Die hatte ganz ohne Fragezeichen getitelt: „Amerika in Scherben“. Welch ein Schock für die Anbeter des amerikanischen Freiheitsklischees! Und wie wenig überraschend für unsereins. Dabei hatte Trump doch „nur“ die Systemgrenzen extrem ausgereizt, um sie bei den angedrohten künftigen Anläufen zu ultranationalistischem Größenwahn notfalls mit größerer Gewalt zu sprengen.

Inzwischen ist Joseph Biden als 46. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt worden. Mehr noch als Corona hatte Angst vor der Übergriffigkeit der Trumpschen Milizen den Ort des Ereignisses für das allgemeine Publikum gesperrt. Die Geschichte notierte sich diesen seltenen Eklat, und der Politikbetrieb läuft weiter. Aber die Scherben? Scherben kann man erben und produzieren. Joe Biden erbte reichlich, aber auch in der Herstellung kennt er sich trefflich aus. Einiges will Obamas einstiger Vize kittern. Einen großen, entscheidenden Rest scheint er einvernehmlich zu inventarisieren. Wer es anders erwartet hatte, ist ein Phantast.

## Reparatur des Tons

Weil sich Biden in den brisantesten Items der Weltpolitik, dem Dreh an der Rüstungsspirale und dem zerrütteten Verhältnis der USA zu Rußland und China als Falke fühlt und zudem das politische Agreement der Republikaner sucht, sprüht er hier geradezu vor Aggressivität und zieht vernünftigen Neustarts die Eskalation vor. Um seiner Wählerschaft trotzdem Relikte demokratischer Eigenart in der amerikanischen Parteiensuppe vorzuführen, korrigierte er einige Elemente der Politik seines Vorgängers. Er bat um die Wiederaufnahme der USA in das Pariser Klimaschutzabkommen, zahlte wieder für die WHO, stoppte das Einreiseverbot für Personen aus muslimisch geprägten Ländern, kappte die Finanzierung des Mauerbaus an der Grenze zu Mexiko, regte die Erhöhung der bisherigen Obergrenze für die Aufnahme von Asylsuchenden an und beendete die unsägliche Trennung der Flüchtlingskinder von ihren Eltern. Er dämpfte die Unterstützung Saudi-Arabiens im Jemen-Krieg, der längst die Züge eines Genozids trug. Schon Obama war von seinen Juristen geraten worden, die Unterstützung dieses Gemetzels einzustellen, weil die Tötung von Zivilisten durch US-Waffen als Kriegsverbrechen gewertet und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten angelastet werden könnte. Biden denkt sogar an eine Schließung des extraterritorialen US-Folterlagers in Guantánamo.

Das dachte Obama allerdings auch schon mal. Die Räumung geschah ebenso wenig wie die Zurückgabe des widerrechtlich besetzten Territoriums an Kuba. Ferner machte sich Biden an die Reparatur der Beziehungen zur Europäischen Union und zu wichtigen westlichen Verbündeten. Verbindlicher im Ton als sein Vorgänger, aber knallhart bei den alten Vorgaben. Eine Reparatur des Tons, könnte man sagen. Dabei setzte Biden einseitig den Trump-Plan zur Verringerung der US-Streitkräfte in Deutschland aus - ein älteres Vorhaben aus Verärgerung, das Friedensbewegten hierzulande als ungewollter patriotischer Tribut des deutschen Abkömmlings im Weißen Haus nun doch gerade mal gefallen hätte. Schade... Bidens Korrekturen indes sind kein reformatorischer Eifer. Sie sind die Rückkehr aus den Extremen in die alte „Normalität“. In den unerfreulichen Status quo vor vier Jahren, zu dem sich ungetilgte Verwerfungen aus der Trump-Ära noch addieren. So bleibt es bei einem desillusionierenden Ausblick auf die Regierungszeit des Neuen im Oval Office.

## Rußland und China als Feinde

Nur Stunden nach Bidens Vereidigung bestand der erste Amtsakt des Senats darin, die neue Geheimdienstkoordinatorin zu bestätigen. Biden hatte sich für die Anwältin Avril Haines entschieden, die unter Obama stellvertretende Direktorin der CIA war und die rechtlichen Grundlagen für die seinerzeit eskalierenden Drohneneinsätze ausarbeitete. Wer in der weiten Welt unter Terrorismusverdacht gestellt wurde, konnte nun juristisch folgenlos per US-Joystick aus der Ferne getötet werden. Die Merkel-Administration schwieg dazu, obwohl viele dieser Drohnen aus Deutschland dirigiert wurden. Auch war Avril Haines Mitautorin des US-Folter-Berichts aus dem Jahr 2015, der offenbar ein so großes Ausmaß an Inhumanität auflistete, daß zwölf Dreizehntel - über 6 000 Seiten - vor den Blicken der Öffentlichkeit verschlossen wurden.

Avril Haines bekam auch sofort viel zu tun. Da Biden jede Umkehr zu vernünftigen Beziehungen mit Rußland ablehnt, wurde bei ihr eine Kaskade von Aufträgen zur Klärung vermeintlicher russischer Konspirationen abgeladen. Die Zeitungen berichteten schon im Januar Einzelheiten: Was hinter der Vergiftung Nawalnys stecke; wer von russischer Seite für Hackerangriffe auf das US-Unternehmen „SolarWinds“ zur Verantwortung gezogen werden müsse; ob Rußland in Afghanistan Kopfgelder auf die Ermordung von US-Soldaten ausgesetzt habe und - so neu wie grotesk - ob von einer russischen Einmischung in die Präsidentschaftswahlen 2020 auszugehen sei. Solche insultierenden Fragen, zum Teil selbst von den Geheimdiensten der

USA bereits verneint, werden immer wieder zu einem medialen Lamento verquirlt. Sie mutieren dabei zu Fast-Aussagen, deren Wahrheitsgehalt egal ist, wenn sie nur helfen, Rußland im Verständnis des In- und Auslands zu delegitimieren. Alles noch getoppt von der verschwörungstheoretischen Mutmaßung der glücklosen Hillary Clinton, Wladimir Putin könne Trump telefonisch zum Sturm auf das Kapitol geraten haben. Man suggeriere den verführten Verführer, und das jüngste amerikanische Staatsverbrechen verkleinert sich vielleicht zu einer Eiselei im Amt. Und weil Biden in punkto Ukraine, vermutlich aus familiärer Rücksicht, die Kennnisreichen gern im Boot hat, wurde die Maidan-Einpeitscherin Victoria Nuland wieder mit einer führenden Position im Außenministerium bedacht. „America first“ war schon ihre Losung, als sie nach dem Kiewer Putsch einen besonders amerikahörigen Premier, den Banker Arsenij Jazenjuk, gegen den Kandidaten Merkels und der Europäischen Union durchpeitschte, wobei sie es nie für nötig hielt, ihre telefonische Abbürste „Fuck the EU“ zu dementieren. Es bleibt auch beim amerikanischen Ausstieg aus dem INF-Vertrag und dem Open-Skies-Abkommen. Immerhin willigte Biden in die Verlängerung des New-START-Vertrages über atomare Abrüstung ein. In summa: Die Brückierung Rußlands, die Obama seinerzeit mit der Einordnung des Erzrivalen als „regional power“ anheizte, könnte bei fortgesetzter Delegitimierungs- und „Einkreisungs“-Manie unter Biden gefährlich überbordern.

Als noch größerer Feind erscheint den USA, die doch als einzige globale Führungsmacht akzeptiert sein wollen, die Volksrepublik China. Die hat sich mit sagenhafter Rasanz zu einem wirtschaftlichen und politischen Riesen entwickelt, dessen Wachstum nicht entscheidend einzudämmen ist. Amerika verliert die Contenance. Was bei Obama als antichinesische Etüden begann, eskalierte zu Trumps Amtszeit in militärischen Muskelspielen und einem wenig effektiven Handelskrieg. China setzte auf den eigenen Markt, und was Trumps Administration an Zöllen aufschlug, mußte sie, als China keine Sojabohnen und kein Fleisch mehr importierte, den amerikanischen Farmern an die Hand geben. Dann die lächerlichen Spionagevorwürfe gegen TikTok und Huawei - einzig aus Furcht vor wachsender technischer Expertise der Volksrepublik im digitalen Zeitalter. Noch dazu in einem Moment, wo die Planung der Neuen Seidenstraße mit ihren Optionen für eine faire Neugestaltung internationaler Kooperation erfolgreich verläuft. Die Völker werden deren Konzepte nüchtern mit den anders kalkulierenden Diktaten des „Weltgarden“ USA vergleichen. Weil Trump dem Entwicklungstempo der Volksrepublik nicht beikam, mußten die Verbündeten auf die Vassallenschiene gehievt werden, wenn für China

westliche Freiheitswerte reklamiert oder die Destruktionen des Hongkonger Rowdytums heiliggesprochen wurden. Natürlich geschah das auch, um Länder wie Deutschland aus dem lukrativen China-Geschäft zu drängen. Wieder ist der Übergang zu Biden fließend. Trumps Erbe, auch dessen jüngster Flirt mit Taiwan, bleibt unwidersprochen. Anfang Februar durchfuhr das US-Kriegsschiff „John S. McCain“ als erstes seit Bidens Amtsantritt ein Seegebiet, das China zu seinen Hoheitsgewässern zählt. Es wurde von den See- und Luftstreitkräften der Volksrepublik gewarnt und verfolgt. Und auch Corona hat im China-Bashing nicht ausgedient. Nun zweifelt die Biden-Administration die Ergebnisse der unabhängigen Untersuchungskommission, die das Geschehen in Wuhan prüfte, an und köchelt die von der Kommission verworfene These hoch, das Virus könnte einem dortigen Labor entwichen sein. Das ist nahe am Trumpschen Vokabular von der „chinesischen Krankheit“. Der altböse Feind als Weltverseucher – so könnte man einem indoktrinierten Publikum die US-Pläne zur Abkapselung Chinas illustrieren.

### Angekratzter Führungsanspruch

Da Vater und Sohn Biden geschmeidige Geschäftsleute sind, schauten die politischen Beobachter neugierig auf die Besetzung finanzieller Schlüsselposten in der neuen Administration. Das Imperium Goldman Sachs, das früher drei Finanzminister stellte, büßte

seinen immensen Regierungseinfluß zugunsten des umtriebigen Vermögensverwalters Blackrock ein. Dieser Finanzgigant, der selbst zu Krisenzeiten über eine Billion Dollar an verwaltetem Vermögen einsammelte und an den aufgelegten US-Nothilfen profitiert, wird gern als heimliche Weltmacht bezeichnet. Blackrocks Topmanager Brian Deese avancierte zu Bidens nationalem Wirtschaftsberater. In den USA reicht das der entsendenden Firma aus. In Deutschland stellte sie gern den künftigen Kanzler.

Die von Trumps Putschallüren aufgeschreckten Transatlantiker preisen Biden schon jetzt als entschlossenen Heiler des angekratzten politischen Führungsanspruchs der USA. Unsereins hat diesen Anspruch stets als inakzeptable Anmaßung zurückgewiesen. Weil der Imperialismus den Völkern eine freie und sozial gerechte Entwicklung nicht zugestehen kann und sein amerikanischer Arm sich mit besonderer Aggressivität bemüht, die eigene und die Vorherrschaft seiner Kapitalgeber in der Welt durchzusetzen. Seit dem Kalten Krieg hat er Unglück über den Globus gebracht. Im Vietnamkrieg. Bei der offenen oder verdeckten Niederwerfung aus freier Volksentscheidung hervorgegangener Regierungen – vom kupferreichen Chile der Unidad Popular bis zum weltpolitischen Winzling Grenada, nur weil der eben Kuba zuneigte. Später mit seinem Irakkrieg um Öl und der daraus folgenden Destabilisierung der arabischen Welt. Mit seinen Morddrohnen samt ihren grausamen Kollateralschäden. Und mit der auch von

Biden angestrebten Rache an Whistleblowern wie Julian Assange, die der Welt solche Verbrechen vor Augen führten.

Man darf zugleich nicht über den politischen Scherbenhaufen in Bidens Laufbahn hinwegsehen. Nach dem Zerfall der jugoslawischen Föderation hielt er ein gewaltsames Eingreifen der USA auf dem Balkan für angemessen und warb für das militärische Training bosnischer Muslime. Er war ein überzeugter Verfechter der NATO-Bombardements auf Belgrad. Diese Kriegshandlungen, an denen sich unseligerweise auch die Bundeswehr beteiligte, wurden ohne Mandat der UNO, also völkerrechtswidrig geführt. Später sprach sich Biden für eine Aufstockung der amerikanischen Bodentruppen in Afghanistan aus und stimmte dem Irakkrieg zu. Das wollen wir nicht vergessen.

Die Euphorie der Transatlantiker über den Reparatuer Biden speist sich aus ihrem eingefrorenen Weltbild. Er wird ihnen ihr Business as usual schon liefern. Wer aber den Zustand der Welt tatsächlich bessern will, der muß auch auf ein Neues Denken im Land von Jefferson und Luther King dringen. Das wird dieser Joseph Robinette Biden Jr. nicht liefern. Neulich sagte einer: Und bald 80 ist er auch noch. Was soll das? Alter, das wirklichen Fortschritt zustrebt, kann erfrischend jung agieren. Präsidenten nicht ausgenommen. Bei einem Bernie Sanders hätten wir es vermutlich erlebt.

Dr. Hartmut König  
Panketal

## CUI BONO? WEM ZUM GUTEN?

Wem zum Vorteil, wem zum Nutzen? Wer will wem die Flügel stutzen?

Der Name Nawalny (Aufbürder) läßt sich auf den slawischen Wortstamm *navalit* zurückführen. Auf Deutsch: wälzen, aufwälzen, aufbürden. Wem Nawalny was aufbürdet, wird der Welt von Mehrheitsmedien bereits über Jahre hinweg erklärt.

Wer hingegen Alexej Nawalny gesundheitsschädlich etwas aufgebürdet hat, soll der russische Geheimdienst gewesen sein, demzufolge von jenem befohlen, dem Nawalny beständig auf die Hacken zu treten versucht. Wladimir Putin also, der so schwachköpfig gewesen sein soll, sich selbst zu schaden?

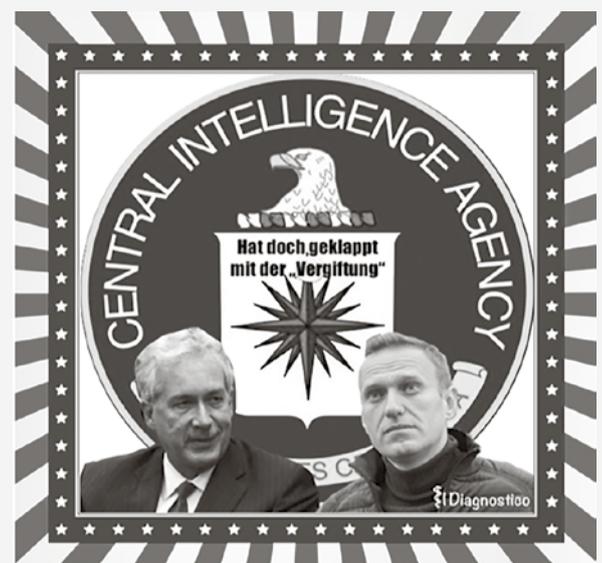
Da bietet sich doch eher eine andere Variante. Wie wäre es mit dieser:

Die CIA schockierte schon  
Mit weitaus schlimmen Sachen:  
Sie kiltte feig per Telefon,  
Half Kriege anzufachen.

Die Frage hier: Wem nützt das Spiel?  
Dem Kreml-Chef in Not?  
Es war ein raffinierter Deal;  
Denn wäre es ein Tötungsziel,  
Dann wär Nawalny tot.

Der CIA-Nawalny-Trick,  
Mit abgeschwächter Gabe,  
Hatte enen Logik-Knick  
In seiner Schurken-Wabe.

Lutz Jahoda



# Bürgerschaft für Frieden

## RusStrat: China bietet Rußland offizielles Militärbündnis an

Nachdem sich die „strategische Partnerschaft“ zwischen Peking und Moskau viele Jahre bewährte, wäre ein Militärbündnis die logische Fortsetzung der immer enger gewordenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kooperation und Abstimmungen zwischen den beiden Ländern. Laut dem Moskauer Institut für internationale Strategien gibt es jetzt ein solches Angebot Chinas.

Angesichts des vom Westen entfachten, neuen Kalten Krieges scheinen beide Länder bereit, einen längst überfälligen Schritt zu wagen. Nach einer Analyse des Moskauer Instituts für internationale politische und wirtschaftliche Strategien (RusStrat) vom 9. Februar 2021 (im Internet auf russisch: [russtrat.ru/comments/8-fevralya-2021-0010-2929](https://russtrat.ru/comments/8-fevralya-2021-0010-2929)) stehen Rußland und China nun kurz vor einem Militärbündnis. Dabei bezieht sich das renommierte Institut auf ein Telefongespräch zwischen den Außenministern Rußlands und Chinas, Sergej Lawrow und Wang Yi, das am 4. Februar 2021 stattgefunden habe und „dessen Bedeutung nicht überschätzt werden kann“, so RusStrat.

Im Rahmen der Neuunterzeichnung des bald auslaufenden Vertrages über Freundschaft und gute Nachbarschaft (vom 16. Juli 2001) habe Peking vorgeschlagen – so RusStrat –, „den neuen Vertrag mit epochalen Inhalten zu füllen, was nicht nur den Wunsch beider Länder nach dem Schutz ihrer eigenen Sicherheit widerspiegelt, sondern auch den vieler Nachbarstaaten“. Dann betont das Institut: „In der Tat können wir sagen, daß Peking Moskau den Abschluß eines offiziellen Militärbündnisses angeboten hat.“

Für einen großen Teil der Menschheit käme ein solches Bündnis einer Bürgerschaft für ein friedliches Zusammenleben gleich. Vor allem wäre es für alle Beteiligten des „Seidenstraßen-Projekts“ eine Garantie für eine Win-Win-Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit – ohne verdeckte oder offene Kriege, ohne Umsturzversuche und Destabilisierungen.

In seiner Analyse unterstreicht RusStrat, daß dieses Bündnisangebot keine plötzliche Initiative von Seiten Pekings ist. Angesichts zahlreicher Vorbehalte und Erklärungen von Spitzenbeamten beider Seiten sei dieses Thema seit 2016 vornehmlich hinter verschlossenen Türen diskutiert worden, mit einer wachsenden Übereinstimmung, die im letzten Jahr sichtbar wurde.

Insbesondere habe der russische Präsident Putin am 22. Oktober 2020 in Nowo-Ogarjowo erklärt, er stimme im Prinzip einem Militärbündnis zwischen den beiden Ländern voll und ganz zu, obwohl man es nicht unbedingt brauche. Auf diese Zustimmung habe die chinesische Seite sofort „sehr herzlich“ reagiert. Angesichts der Tatsache, daß beide Länder „sehr ähnliche Ziele und langfristige Strategien verfolgen“, sei die globale

Geopolitik und Annäherung zwischen Rußland und China „ein natürlicher und unvermeidlicher Prozeß“. Daran würde sich auch „in absehbarer Zukunft“ nichts ändern. „Dies bedeutet, daß es für mindestens ein halbes Jahrhundert, wenn nicht länger, keine ernsthaften Konflikte zwischen unseren Ländern geben sollte, die zu einer bewaffneten Konfrontation führen könnten“, schlußfolgert RusStrat, um anschließend für beide Seiten die Grundlagen, Perspektiven und Konsequenzen eines solchen Bündnisses eingehender zu bewerten. Demnach habe China „ein dreifaches Interesse an diesem Bündnis“: Erstens möchte China unter Rußlands strategischen Nuklearschirm schlüpfen. Denn auf sich allein gestellt könnte China das Opfer eines begrenzten, beispielsweise auf der Ebene von taktischen Nuklearsprengköpfen geführten Atomangriffs durch die USA werden. Das wäre, auch wenn es sehr theoretisch erscheint, trotzdem möglich. „Aber in einem Militärbündnis mit der Russischen Föderation ist es definitiv nicht“ mehr, stellt das Institut fest.

Zweitens kann Peking, nachdem es eine Garantie für solche Art (nukleare) Rückendeckung erhalten hat, sein Militär auf einen eher engen „östlichen“ Sektor einer potenziellen Front konzentrieren und so eine entscheidende Überlegenheit der Streitkräfte und Mittel dafür garantieren.

Drittens würde das Bestehen eines solchen Vertrages „nicht nur China die Hände in der ‚Taiwan-Frage‘ freihalten, sondern es würde auch bedeuten, daß Rußland inoffiziell China das Recht zugesteht, diese ‚Frage‘ nach eigenem Ermessen zu lösen“.

Was Rußlands Interessen an einem solchen Bündnis betrifft, zählt RusStrat folgende Punkte auf:

Erstens „wird die Unterzeichnung eines solchen Abkommens China automatisch dazu verpflichten, in vielen für uns (Russen) wichtigen internationalen Fragen eine aktivere und eindeutig pro-russische Position einzunehmen“. Das gelte sowohl für die Unterstützung bezüglich der Krim und gegen westliche Sanktionen (wie gegen „Nord Stream 2“) als auch für chinesische Unterstützung und Kooperation in solchen Bereichen wie der russischen Wirtschaft, Finanzen und Technologien.

Zweitens würde solch ein Bündnis eine hervorragende Grundlage bilden „für eine klare Abgrenzung der Interessen beider Länder in Zentralasien und dem übrigen postsowjetischen Raum, in dem noch zu viel Unsicherheit herrscht“. Solchen Problemen könnte durch das Bündnis abgeholfen werden, so RusStrat, denn: „Wenn einerseits in Zentralasien und Turkmenistan eine sehr breite Übereinstimmung gemeinsamer (russisch-chinesischer) Interessen möglich ist, dann kann Peking in Bezug auf die Länder an den Westgrenzen Rußlands gleichfalls nur Formulierungen unterstützen, nach denen diese

Gebiete in der Zone der strategischen Interessen Rußlands liegen, genauso wie Taiwan in der Zone der strategischen Interessen von Peking liegt.“

Drittens: „Die Hauptsache ist, daß am Ende die Möglichkeit besteht, die gegenseitigen Positionen über die Zweckmäßigkeit der Bewahrung des europäischen Integrationsprojekts zu synchronisieren.“ Allein habe Rußland dafür immer noch nur wenige Optionen. Aber mit der Unterstützung durch die Wirtschaftsmacht der Volksrepublik China wird es für Rußland dagegen viel einfacher sein, dieses Problem zu lösen, als es alleine möglich wäre.

Neben den Vorteilen eines möglichen Militärbündnisses zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik China bewertet RusStrat auch sehr nüchtern mögliche potentiell kontroverse Punkte. Einige von ihnen seien sogar „ziemlich bedeutsam.“ Dabei weist RusStrat vor allem darauf hin, „daß Moskau angesichts des unterschiedlichen wirtschaftlichen Gewichts und der Größe der außenpolitischen Probleme sowie einer gewissen weltanschaulichen Diskrepanz durch die Unterzeichnung eines solchen Vertrages in eine gewisse Abhängigkeit von Pekings Außen- und Innenpolitik gerät. Und dies ist in der Tat der Fall“.

In umgekehrter Richtung sei das jedoch ebenfalls gegeben, denn China begeben sich in die gleiche Art von Abhängigkeit. Und wenn es dort zu einer Zustimmung zu einem solchen Vertrag käme, dann bedeute dies, daß auch dort „die herrschende Elite des Landes dieser gegenseitigen Abhängigkeit zustimmt“.

Daher folgert RusStrat, es sei nicht auszuschließen, daß „bereits im laufenden Jahr, spätestens im Jahr 2022, ein offizielles Militärbündnis zwischen Rußland und China geschlossen werden kann“.

**Rainer Rupp**

(in einem Gastbeitrag auf  
RT DE am 10. Februar)

Unser Glückwunsch gilt dem Mitstreiter

### Gert Julius

Vorsitzender des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde, der am 2. März seinen 85. Geburtstag beging.

Neben seinem Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte, die ihm sehr am Herzen liegen, würdigen wir insbesondere sein Engagement zu den Veranstaltungen „Rote Lieder gegen braunen Mob“.

Lieber Gert, wir wünschen Dir alles Gute und baldige Genesung!

# Nach Osten ausgerichtet

## Trotz Pandemie soll die Manöverserie „Defender Europe“ gegen Rußland ab Mai fortgesetzt werden

Die NATO-Staaten bereiten sich auf ein zweites „Defender Europe“-Großmanöver vor. Mit ersten Aktivitäten ist voraussichtlich im Mai zu rechnen. Die letztjährige Kriegssübung „Defender Europe 20“ wäre in ihrer ursprünglich geplanten Form das größte US-geführte Manöver in Europa seit dem Ende des kalten Kriegs gewesen. „Defender Europe“ ist als Manöverserie konzipiert und soll jedes Jahr stattfinden, um das neue Level der Militarisierung Europas aufrechtzuerhalten und auszubauen. „Defender Europe 21“ ist in einem vergleichbaren Maßstab geplant wie die Übung im vergangenen Jahr; es richtet sich erneut gegen Rußland, hat allerdings einen anderen regionalen Schwerpunkt – das Schwarze Meer statt der Ostseeregion. Auch Deutschland ist involviert, einerseits direkt mit eigenen Soldaten, andererseits durch logistische Unterstützungsleistungen. Im vergangenen Jahr war dabei auch zivile Infrastruktur in den Dienst der NATO-Truppen gestellt worden. Die Vereinigten Staaten planen neben den gegen Rußland gerichteten „Defender Europe“-Manövern auch eine Übungsserie „Defender Pacific“ – gegen China. „Defender Europe 20“ hatte ursprünglich die größte Militärübung von NATO-Truppen in Europa seit dem Ende des kalten Krieges werden sollen. Rund 20 000 US-Soldaten sollten im Rahmen des US-geführten Manövers über den Atlantik nach Europa verlegt werden und gemeinsam mit hier stationierten US-Einheiten und mit Truppen verbündeter Staaten Übungen im Rahmen eines übergreifenden Konfliktszenarios abhalten. Insgesamt war die Beteiligung von 37 000 Soldaten aus 16 NATO-Staaten und zwei verbündeten Ländern geplant. Im Kern ging es darum, die Militärs mit einer Vielzahl von Verlegerouten aus den USA quer durch Europa bis zur russischen Grenze vertraut zu machen; ergänzend sollten in verschiedenen Ländern von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in einem simulierten „Schlachtfeldnetzwerk“ zahlreiche Kriegssübungen durchgeführt werden. In seiner Planung griff das Militärbündnis auf Übungsformate zurück, die es in der Region schon seit Jahren regelmäßig durchführt.

### Mit deutscher Beteiligung

Anfang 2020 war das US-geführte Manöver bereits angelaufen, als die beginnende Covid-19-Pandemie den Militärs einen Strich durch die Rechnung machte und die vollständige Durchführung der Übungspläne verhinderte. Allerdings wurde „Defender Europe 20“, während in großen Teilen der Welt das zivile Leben in Reaktion auf die Pandemie massiv eingeschränkt wurde, zwar verkleinert, jedoch nicht gänzlich abgesagt. Als im März 2020 die Entscheidung zur Reduzierung des Manöverumfangs fiel, waren bereits knapp 6 000 US-Soldaten in Europa angekommen. Bevor sie zurück über den Atlantik verlegten,

fürten sie trotz der Pandemie noch einige Kriegssübungen durch. Die Bundeswehr hatte pandemiebedingt die Manöverteile in Deutschland Mitte März offiziell eingestellt. Dabei hatte die Bundesrepublik für „Defender Europe 20“ neben militärischer auch in erheblichem Umfang zivile Infrastruktur bereitgestellt. Der Befehlshaber der U.S. Army Europe, General Christopher Cavoli, gab in einem Interview außerdem an, das deutsche Verteidigungsministerium habe nachträglich den Anteil der Manöverkosten übernommen, die eigentlich die US-Streitkräfte hätten bezahlen müssen – im Rahmen des sogenannten Host Nation Support.



Schon im Sommer vergangenen Jahres gaben führende US-Militärs bekannt, „Defender Europe 21“ sei bereits in Planung und solle von Frühjahr bis Sommer 2021 stattfinden. Diese Ankündigungen bestätigten sich jetzt: Nach Angaben der Bundesregierung ist das Manöver für den Zeitraum zwischen dem 1. Mai und dem 14. Juni 2021 geplant – mit rund 31 000 Soldaten, darunter 430 von der Bundeswehr. Daß weniger deutsche Militärs teilnehmen als im vergangenen Jahr, liegt daran, daß der regionale Manöverschwerpunkt dieses Jahr nicht auf der Ostseeregion, sondern im Süden, am Schwarzen Meer, liegt; besonderes Augenmerk erhält dabei laut General Cavoli die Zusammenarbeit mit Bulgarien und Rumänien. Trotz der großen Entfernung zur Schwerpunktreigion wird die Bundeswehr laut Angaben der Bundesregierung ganz wie im vorigen Jahr logistische Aufgaben beim Verlegen der multinationalen Verbände durch Deutschland und weitere Länder des Kontinents übernehmen. Insgesamt hat Berlin bis jetzt 2,9 Millionen Euro für das Manöver eingeplant.

### Defender Pacific

Wie die Bundesregierung bestätigt, ist die US-geführte Übung „Defender Europe“ inzwischen als alljährlich wiederkehrendes

Manöver konzipiert. Dabei werde der geographische Schwerpunkt der Übungsserie in geraden Jahren „im nördlichen, in den ungeraden Jahren im südlichen Bündnisgebiet der NATO“ liegen. Hinzu kommt, daß die Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr auch eine Manöverserie unter dem Titel „Defender Pacific“ gestartet haben. Bei ihr geht es darum, den Aufmarsch von US-Truppen über den Pazifik gegen China zu proben. „Defender Pacific 21“ wird sich dabei laut Auskunft der US-Streitkräfte auf den Südwestpazifik fokussieren. Das riesige Gebiet umfaßt zahlreiche kleine Inseln und Inselgruppen und reicht bis Australien; im Zweiten Weltkrieg umfaßte der alliierte Befehlsbereich Southwest Pacific auch große Teile der Inselwelt Südostasiens, darunter die Philippinen sowie Teile Indonesiens und Malaysias – und nicht zuletzt das Südchinesische Meer. Die Bundeswehr wird sich laut Auskunft der Bundesregierung nicht beteiligen. Allerdings ist für dieses Jahr eine Übungsfahrt eines deutschen Kriegsschiffs durch das Südchinesische Meer bis nach Japan geplant.

„Wir treffen Vorbereitungen, um bereit zu sein, zu kämpfen und zu gewinnen“, äußerte der für „Defender Europe“ zuständige US-General Cavoli im Februar über das Manöver. Ein zentraler Aspekt der Kriegsvorbereitungen ist laut Cavoli die militärische Mobilität in Europa. Die „Defender Europe“-Manöverserie sei eingeführt worden, um Schwachstellen der Infrastruktur aufzufindig zu machen und politische wie regulatorische Hemmnisse abzubauen. Cavoli spricht dabei von einem „informellen Bündnis“ der U.S. Army Europe mit der EU, die hohe Summen zur Verbesserung der militärischen Mobilität bereitstellt. Dabei katalogisierte die U.S. Army die bestehende europäische Infrastruktur und teste sie in den Übungen, um dann der NATO mitzuteilen, welche Verbesserungen notwendig seien. Die NATO wiederum leite die US-Wünsche dann an die EU weiter, um ihr zu „helfen, ihre Infrastrukturgelder in dual use-(...)Infrastruktur zu leiten“. Bei militärischen Aspekten der EU-Infrastrukturmaßnahmen hätten die US-Militärs „ein Wörtchen mitzureden“. Die Herausforderung bestehe darin, „daß wir, als die NATO expandierte, in Territorium expandierten, das vorher der anderen Seite angehörte und dessen Militärinfrastruktur für Equipment des Warschauer Paktes ausgelegt und durchweg nach Westen ausgerichtet war. Wir brauchen dagegen Infrastruktur, die auf westliches Equipment ausgelegt und nach Osten ausgerichtet ist“ – für den neuen kalten Krieg, dessen Blockgrenze teilweise bis direkt an die russische Grenze verschoben ist.

Der Text erschien am 4. März 2021 auf der Internetplattform [german-foreign-policy.com](http://german-foreign-policy.com)

# Nichts Neues aus München

## Die Sicherheitskonferenz hat unseren Wortschatz nicht erweitert

Mit Spannung richteten sich unsere Augen und Ohren im Februar nach München. Dort fand am 19. Februar die alljährliche Sicherheitskonferenz (Siko), diesmal verkürzt und online, statt. Trotzdem waren unsere Erwartungen hoch, kalkulierten wir doch mit neuen Statements der auftretenden NATO-Akteure, mit denen wir unseren Wortschatz würden erweitern können. Um es vorweg zu sagen: Die Ausbeute war spärlich. Immerhin konnte Frau Bundeskanzlerin mit einem Satz punkten, den ich bisher so noch nicht gehört hatte. Oder sollte ich sagen: Auf den wir schon lange gewartet haben? Sie beschuldigte Rußland, Mitgliedstaaten der EU immer wieder in „hybride

Der Widerspruch zwischen von Rußland und China angeblich ausgehenden Bedrohungen einerseits und den Selbstlobeshymnen andererseits mag auf den ersten Blick irritieren. Der Gegensatz von Obamas „Wir sind die einzige unverzichtbare Nation“ und der wie in einer Endlosschleife wiederholte Vorwurf, beide, Rußland und China würden die Sicherheit der USA gefährden und den westlichen Wertekanon unterlaufen, ist nur ein scheinbarer. Jeder seit 1990 geführte Krieg, jeder Regime Change, jeder Putsch und jeder Mord wird – „wir sind die Guten“ – nicht etwa als Kampf zur „alternativlosen“ Aufrechterhaltung privateigentümlicher Gesellschaften ausgewiesen, sondern als

Kreuzzug gegen Rußland und China, der zunehmend Züge autosuggestiver Rechtfertigung annimmt, nicht doch eines Tages, wenn alle anderen Mittel zur Disziplinierung ausgeschöpft sind, den militärischen Funken überspringen läßt.“

„Defensive Kraftmeierei“ überschreibt Jörg Kronauer sehr treffend seinen Kommentar in der „jungen Welt“ vom 22. Februar. Worum es wirklich geht, will ich mit Hilfe zweier Zitate illustrieren. Der ehemalige britische Finanzminister Philip Hammond sah das so: „Unsere Wirtschaft ist business-freundlich, sie unterstützt offene Märkte, freie Märkte, eine offene Wirtschaft, freien Handel. Aber wir haben ein Problem – und das ist nicht

Munich Security  
Conference **MSC**  
Münchner Sicherheitskonferenz



Auseinandersetzungen zu verwickeln“. Deshalb forderte sie eine gemeinsame transatlantische Rußland-Agenda. Und dann meinte sie noch, daß „China an globaler Schlagkraft gewonnen“ habe, weshalb man dieser „Herausforderung“ (Lieblingsswort aller Transatlantiker) etwas entgegensetzen müsse. Was gab es sonst noch? Absolut nichts, was wir nicht schon wissen. Der neue US-Präsident Joseph Biden durfte seinen Redenschreiber mit den Worten zitieren: „Der Kreml greift unsere Demokratie und Institutionen an“. Putin wolle „europäische Projekte schwächen und die transatlantische Partnerschaft untergraben“. Und dann forderte er noch ein „UN-System, das sich auf biologische Bedrohungen“ konzentrieren soll. Ob er damit auf die Apfelernte auf Streuobstwiesen oder auf das biologische Gesetz hinsichtlich seines eigenen Alters anspielte? Wir wissen es nicht. Jens Stoltenberg, NATO-Generalsekretär, zitierte sich selbst mit den Worten: „Der Aufstieg Chinas ist ein bestimmendes Thema für die transatlantische Gemeinschaft mit möglichen Folgen für unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Lebensweise.“ Der EU-Ratspräsident Charles Michel verabreichte Vorschußlorbeeren: Unter Biden stelle das Bündnis unter „gleichgesinnten Partnern wieder eine „gewaltige und einflußreiche Macht dar, um die internationale Ordnung gegenüber Angriffen autoritärer Regime zu verteidigen“.

selbstloser Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte überall. Gegen die Bösen, denen man das Fürchten lehren will. Es heißt ja, daß man bei Auseinandersetzungen sich stets auch in die Haut des jeweils anderen versetzen soll. Diese Fähigkeit geht westlichen Demokratien dank ihrer Selbstgerechtigkeit vollständig ab.

Die Linke müßte sich aber diese Tugend zu eigen machen und selbstbewußt und mit Empathie an die Adresse der Siko-Teilnehmer diese Botschaft richten: „Wir stimmen euch in fast allem, was ihr in München gepredigt habt, zu. Wir können eure Sorgen nachvollziehen, daß die Völker eurem Treiben nicht ewig tatenlos zusehen wollen. Das schlug sich ja auch in euren Reden effektiv nieder. Deren Soundtrack zeichnete sich durch eine geradezu stupende Aggressivität gegen die Systemfeinde Rußland und China aus. Der Verdacht, daß euer Gesellschaftsmodell doch nicht so alternativlos ist – vielleicht vorerst nur unterbewußt wahrgenommen – beschert euch möglicherweise nächtliche Alpträume. Die Älteren unter euch sahen damals den Russen vor der Tür stehen, heute steht der Chinese an seiner Seite. Wir haben volles Verständnis. Allerdings sind eure Ängste nicht die unsrigen. Wir sind keineswegs frei von Ängsten. Nicht auszudenken was passiert, die von den USA unter Mithilfe ihrer europäischen NATO-Partner gezündete Kriegsideologie und der von ihnen in immer schrilleren Tönen propagierte

nur ein britisches Problem, es ein Problem der entwickelten Länder. Es besteht darin, unsere Völker bei der Stange zu halten, damit sie fortfahren, unseren Marktkapitalismus und unser Wirtschaftsmodell zu unterstützen“. Wenn nun aber „das Volk, der große Lummel“ (Heinrich Heine) auf den Gedanken kommt, die Stange loszulassen, und sich ihr Verhalten zum „Störpotential“ auswächst, dann, so sang Franz Josef Degenhardt einst, „müßte man schon etwas Power geben“. „Väterchen Franz“ engagierte sich mit seinem Gesamtwerk für den Frieden und wußte, daß es zum Krieg immer eine Alternative geben muß.

Wenige Monate nach der Einverleibung der DDR in die BRD, als Heiner Müller die folgenden Sätze schrieb, war sein Blick nur auf den Zusammenbruch des sozialistischen Staatenblocks in Osteuropa gerichtet. Aber der Kern seiner Aussage gilt: „Der Kommunismus ist jetzt ortlos. Er hat keinen Ort mehr, ist nicht lokalisierbar, das heißt er ist ein Virus, wir wissen alle, wie gefährlich Viren sind. Und dieses Virus wird man nicht mehr los. Man wird Fragen stellen, die der Kommunismus gestellt hat oder die Marx gestellt hat.“ Freilich, so ganz ortlos ist der Kommunismus nicht. Aber die Entwicklung Kubas und vor allem das zur ökonomischen Weltmacht aufgestiegene China verstärken nur die Sorgen und Ängste der „westlichen Wertegemeinschaft“.

# Menschenrechts-Bewußtsein

## Der Linke-Parteivorstand will Kuba Nachhilfe in Demokratie erteilen

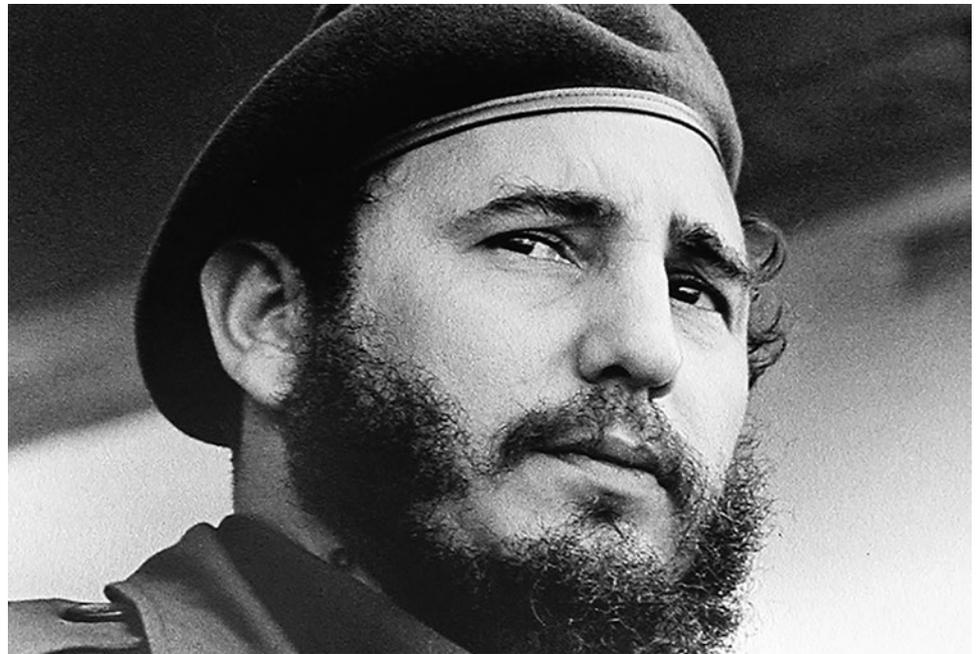
Der Beschluß des Parteivorstands der Linken vom 23. Januar erinnert mich fatal an Reaktionen auf das Glückwunschsreiben der damaligen Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst an Fidel Castro anlässlich seines 85. Geburtstags im Jahr 2011. Als der damalige Berliner Landesvorsitzende der Linkspartei und heutige Kultursenator, Klaus Lederer, vom „Tagesspiegel“ um seine Meinung dazu gebeten wurde, antwortete er mit einer durch eine Geste bekräftigten Wasserstandsmeldung: „Mir steht's bis hier.“ „Beschämend“, hatte ich damals geschrieben, welch eine Chance hatte sich ihm geboten, eine überzeugende Antwort zu liefern. Er hätte ganz anders antworten müssen, allerdings etwas ausführlicher. Zum Beispiel so: Heute weiß kaum noch jemand, daß nicht zuletzt der Sowjetunion die Ausarbeitung der von der UNO bereits 1948 beschlossenen Konventionen über zivile und politische Rechte einerseits und über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte andererseits zu verdanken war. Sie kamen nach einer teilweise erbitterten, 18 Jahre dauernden Auseinandersetzung zustande und wurden schließlich 1966 von der UNO-Vollversammlung angenommen. Es spricht Bände, daß sich vor allem die USA, Frankreich und Großbritannien gegen diese Konventionen stemmten, weil ihnen die Festschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte nicht paßte. Es ist eine der großen Leistungen des kubanischen Staates, daß es ihm trotz Blockade, Sanktionen und medialem Trommelfeuer gelungen ist, gerade die sozialen Menschenrechte (Arbeit, Wissenschaft, Kultur, Gesundheit) zu verwirklichen, was ihm – nebenbei bemerkt – auch von Wikipedia attestiert wird. Mir fehlt, hatte ich damals geschrieben, jedes Verständnis für diejenigen in der Linkspartei, die sich opportunistisch vor den Karren einer imperialistischen Menschenrechtskampagne – denn darum kreiste die Kritik am Glückwunsch für Fidel Castro – spannen lassen.

Heute, zehn Jahre später, dürfen wir eine Liedzeile von Hannes Wader paraphrasieren: „Viel herumgekommen, noch immer nichts gelernt.“ Im Beschluß des Parteivorstands heißt es: „Für die Linke gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden – überall!“ Diesen Satz hätten alle US-Präsidenten seit George Washington locker unterschreiben können. Was also hat den Linke-Parteivorstand bewogen, sich einer klassenneutralen Worthülse zu bedienen? Zwei Antworten bieten sich an und die eine ist so wenig schmeichelhaft wie die andere. Mit dem Wunsch nach Regierungsteilnahme wird ideologischer Ballast abgeworfen. Mindestens ebenso schlimm ist der zeithistorische Gedächtnisverlust. Beides hängt miteinander zusammen. Ich will dies am Beispiel der ersten sandinistischen Regierung in Nicaragua Anfang der 80er Jahre illustrieren. Sehr bald nach der Machtübernahme

der Sandinisten wurde der Staat nach allen Regeln der imperialistischen Konfliktsteuerung so in die Enge getrieben, daß sich die Regierung gezwungen sah, den nationalen Notstand mit allen Einschränkungen, die eine solche Maßnahme mit sich bringt, auszurufen. Prompt flossen aus konterrevolutionären Augen literweise Krokodilstränen über Menschenrechtsverletzungen. Der im Kampf gegen die Contras gefallene Sandinist Enrique Schmidt hat vor 40 Jahren in einem Gespräch mit dem „Spiegel“ (Nr. 20, 1981) auf Fragen nach Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua Antworten gegeben, die noch heute Allgemeingültigkeit besitzen. „Was hier in Nicaragua geschehen ist“, sagte er, „war

Mann wurde noch 1957, also ein Jahr, bevor Castro ihn aus dem Amt und dem Land geworfen hat, im Rahmen eines Staatsbesuchs in der BRD mit dem höchsten, nur Staatsoberhäuptern vorbehaltenen Orden geehrt. Er nennt sich „Sonderstufe des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“.

Kommen wir zum Wesentlichen: Die Revolutionen in Nicaragua, Kuba und nicht zuletzt in China, haben ihre Wurzeln in der antikolonialen Befreiungsbewegung. Es war ein Kampf um Anerkennung, Würde und um das nationale Selbstbestimmungsrecht, und der wurde auch von den Linken dies- und jenseits des Atlantiks anfangs mit



eine Revolution und nicht die Jahreshauptversammlung der Heilsarmee. Wir haben 46 Jahre gegen eine Diktatur gekämpft, deren Gräueltaten kaum vorstellbar sind. Somoza und seine Nationalgarde haben Tausende zu Tode gefoltert und abgeschlachtet. Wenn Sie jetzt nach einem Aufstand, der 50 000 unserer Landsleute das Leben gekostet hat, hierherkommen und an alles, was jetzt passiert, die Elle mitteleuropäischer Menschenrechtsvorstellungen anlegen wollen, dann haben Sie die falsche Elle mitgebracht. In der politischen und ökonomischen Bedrohung, in der sich Nicaragua jetzt befindet, können Sie uns nicht mit der Art politischer Menschenrechte kommen, die in Europa auch nur zu Friedenszeiten gang und gäbe sind.“ Blicken wir nun auf Kuba und Fulgencio Batista. Dieser Mann war dort von 1952 bis 1958 Präsident und Menschenschlächter in Personalunion. Nach unterschiedlichen Schätzungen ließ er bis zu 20 000 Menschen nach zum Teil fürchterlichen Folterungen ermorden und veranlaßte, die Leichen zur Abschreckung aus Autos zu werfen. Dieser

großer Sympathie begleitet. Denken wir nur an die weltweite Solidarität für das vietnamesische Volk. Als sich aber herausstellte, daß sich die antikoloniale Revolution mit kommunistischen Bewegungen verband, versiegte die Anteilnahme sehr schnell. Sie haben – auf dem vom westlichen Wohlstand gepolsterten Hochsitz sitzend – die progressive und emanzipatorische Reichweite der antikolonialen Weltrevolution letztlich nicht verstanden. Sonst würden sie begreifen, daß der Kampf, das koloniale Joch abzuschütteln, noch immer im Gange ist. Und sie würden nachvollziehen können, daß eine beschleunigte ökonomisch-technische Entwicklung, nolens volens die Erfordernisse der Demokratie (nach westlicher Lesart) in diesen Ländern zurückstellen mußte. Es muß hier nicht herausgestellt werden, daß die westliche Führungsmacht seit Abschluß des Potsdamer Abkommens 1945 eine Regime Change-Politik betrieben hat, die das amerikanische Jahrhundert befestigen sollte. Das US-Imperium hat unter dem Menschenrechtslabel jeden Putsch und jeden Krieg

geführt, jeden Mord an einem führenden Politiker gerechtfertigt. In diesem Kontext ist auch die inzwischen 60jährige Blockade gegen Kuba („Kuba ist eine Gesundheitsweltmacht“, so Dr. Wolfram Elsner, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bremen i. R.) zu verstehen. Jüngst hat der neue US-Präsident, Joseph Biden, verkündet, daß er unter seiner Führung die EU, Australien, Japan, Südkorea, Indien, weitere Akteure des Mittleren Ostens und Saudi-Arabien (!) zu einer „Vereinten demokratischen Front“ gegen China zusammenschließen will. Da hat der neue Chef im Weißen Haus Rußland vergessen.

In einer Pressekonferenz am 15. Februar hat NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg beiden Ländern vorgeworfen, daß sie „an der Spitze eines autoritären Vorstoßes gegen eine regelbasierte internationale Ordnung stehen.“ Regelbasierte Ordnung? Auch so eine vom deutschen Außenminister Heiko Maas bevorzugte Kategorie. Beiden Herren

sei das Studium des Textes empfohlen, der vor 76 Jahren unterzeichnet wurde: Die Charta der Vereinten Nationen. Dort werden sie alle „regelbasierten“ Festlegungen finden. Nur eines werden sie vergeblich suchen, nämlich einen Artikel, in dem den Nationen vorgeschrieben wird, für welches Sozialsystem, für welches Rechtssystem und für welchen ökonomischen Entwicklungsweg sie sich zu entscheiden haben. Statt dessen werden sie u. a. auf den Artikel 55 stoßen, in dem die Vereinten Nationen sich die Aufgabe gestellt haben, die Verbesserung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und die Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitliche Art zu fördern.

Nun hat sich der Vorstand der Linke-Partei positioniert: Er verurteilt nicht nur entschieden die Verschärfung der US-Sanktionen gegen Kuba, sondern er unterstützt auch die Kampagne und die Petition „Für ein Ende der

Blockade gegen Kuba“. Aber dann steht da der Satz in der Erklärung, der dem Bekenntnis zum universell geltenden Menschenrecht folgt: „Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.“ Wer immer die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind, die in einem solchen Prozeß einbezogen werden sollen, entlarvend ist doch, daß führende Vertreter der Partei Die Linke das Wesen einer sozialistischen Demokratie und der in ihr eingebetteten Menschenrechte unter Führung einer kommunistischen Partei in Kuba wie auch in China nicht verstanden haben bzw. nicht akzeptieren wollen. Nur so läßt sich erklären, daß sie aus einer eurozentristisch geprägten Position moralischer Überlegenheit heraus meinen, Nachhilfeunterricht im Fach Demokratie erteilen zu dürfen.

**Hans Schoenefeldt**

## Verbale Verbrechen

### Vor dem 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion: Wiederholt sich Geschichte?

In diesem Jahr ist der 80. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. An diesem 22. Juni geht es nicht nur um das Erinnern an ein historisches Ereignis oder die Bewahrung von Geschichtskennntnissen. Dieser Tag ist auch sehr aktuell angesichts der zunehmenden faschistischen Gefahr. Soll sich Geschichte trotz bitterer Lehren wiederholen?

Heute ist es erneut notwendig, eine möglichst breite antifaschistische Front unabhängig von allen Unterschieden in Ansichten, Religionen und Weltanschauungen zu bilden. Wir sind nicht nur mit einer möglichen Wiederholung von Methoden und Auffassungen des italienischen oder deutschen Faschismus konfrontiert. Das gegenwärtige Vorgehen der Neofaschisten ist eher als kriechend zu bezeichnen. Im Russischen sagt man dazu: „Weich betten, aber hart schlafen.“

In einem russischen Portal las ich einen Artikel unter der Überschrift „Liberaler Faschismus“. Es ist sicherlich schwer, sich den Faschismus als liberal vorzustellen. Was Begriffe, die verschieden auslegbar sind, anbetrifft, darf man nicht vergessen, die Hitler-Partei nannte sich nicht faschistisch, sondern Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, NSDAP. Mehr Demagogie und Lüge in fünf Buchstaben kann man sich kaum vorstellen.

Heute, zumindest in Deutschland, verwenden die Parteigänger des faschistischen Gedankenguts den Namen AfD. Das heißt, und dies sollte man sich vor Augen führen, „Alternative für Deutschland“. Bedenken wir

diesen hohen Anspruch für extrem niedrige Ziele.

Konfrontiert sind wir auch mit einer skrupellosen Geschichtsfälschung, mit der Gleichsetzung der Verantwortung für den Kriegsausbruch seitens Hitlerdeutschlands und der Sowjetunion.

Ich selbst kann darauf rein emotional nicht ohne Empörung und Widerwillen reagieren. Ich sehe solche Behauptungen als ein verbales Verbrechen an. Mit unabsehbaren potentiellen und praktischen Konsequenzen. Das sage ich, als „Kind des Großen Vaterländischen Krieges“! Meine Eltern waren Antifaschisten und Kommunisten. Mein Vater Bruno Mahlow war bekannter Gewerkschaftsfunktionär der graphischen Industrie und kommunistischer Abgeordneter der Bezirksversammlung Berlin-Kreuzberg. Meine Mutter konnte mich nicht in Deutschland zur Welt bringen, so wurde ich 1937 in Moskau, in der Sowjetunion geboren.

Was den Kriegsbeginn anbetrifft, möchte ich, der Exaktheit halber, darauf verweisen, daß der Zweite Weltkrieg nicht erst am 1. September 1939 mit dem Überfall Deutschlands auf Polen begann, sondern bereits mit dem Überfall Japans auf China im Juli 1937 im Fernen Osten. Hitler drang am Vorabend des 22. Juni 1941 gegenüber dem japanischen Botschafter in Deutschland darauf, daß Japan gleichzeitig mit Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfällt. Beide Länder gehörten zusammen mit Italien dem Antikomintern-Pakt an. Man sollte sich einmal vorstellen, welche Anstrengungen die Sowjetunion bei der Herstellung ihrer

Verteidigungsfähigkeit aufbringen mußte, um auch für den möglichen Überfall Japans auf die Sowjetunion vorbereitet zu sein.

All dies sollte man im Auge haben, wenn man heute mit der skrupellosen russophoben Hetze der deutschen Medien, aber nicht zuletzt auch der offiziellen deutschen Politik gegenüber Rußland konfrontiert ist. Die Politik der BRD-Regierung ist mehr als besorgniserregend. Mich bewegt dabei auch die Tatsache, daß erneut viele meiner deutschen Mitbürger sich dazu gleichgültig verhalten und insbesondere die deutsche Jugend in Unkenntnis der Geschichte auf weitere gefährliche Abenteuer vorbereitet wird.

Schon wieder stehen deutsche Soldaten mit Angehörigen anderer NATO-Truppen vor den Grenzen Rußlands. Man muß nicht Marxist oder Anhänger Lenins sein, um die Gefährlichkeit dieser Situation zu erkennen. Dazu braucht man nur menschliche Vernunft. Dazu gehört vor allem auch Klarheit, worin eigentlich die nationalen deutschen Interessen bestehen: In Frieden und nicht an einer Politik im Fahrwasser der USA und NATO, die eine Gefahr für die Existenz der Menschheit ist. Deren Ziele sind darauf gerichtet, mit einer uferlosen Manipulation der öffentlichen Meinung eine Art Robotisierung der Menschen durchzusetzen.

**Bruno Mahlow**  
Berlin

*(Aussagen in freier Rede am 23. Februar 2021 im russischen Fernsehen)*

# Alles privat

## Das nazibelastete Tafelsilber von Lychen findet neue Besitzer

In Hohenlychen, 80 Kilometer nördlich von Berlin, stehen Villen und Häuser im Fachwerkstil am Zenssee. Prunkvolle Treppenaufgänge, Hunderte von Zimmern und Sälen. In den 20er und 30er Jahren gehörte Hohenlychen zu den Orten, an denen sich die nationale Prominenz der Welt traf. Hohenlychen versprach Genesung, Entspannung und erstklassige medizinische Betreuung, ein kleines Davos mitten in der Mark Brandenburg.

Wie kam es dazu? Nach der Entdeckung des Tuberkulosebazillus und der von Ärzten entwickelten Behandlung zur Bekämpfung der Infektion, welche viel Sonnenlicht, saubere Luft, eine ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung voraussetzte, erwarb der Mediziner Gotthold Pannwitz im Jahre 1902 über zehn Morgen Land von der Stadt Lychen und ließ dort eine Kinderheilstätte bauen. Diese Heilanstalten wurden zum größten Teil aus Spenden finanziert und vom Deutschen Roten Kreuz unterhalten. Man begann versuchsweise mit 20 bis 30 Betten für Aufenthalte von drei Monaten. Innerhalb weniger Jahre stieg die Bettenzahl auf 500 im Sommer und 300 im Winterbetrieb. Ein Sanatorium für Frauen gab es ebenfalls.

In den Jahren des Ersten Weltkriegs wurden die Heilanstalten als Lazarett genutzt. Da dann die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen sank, verlagerte sich der Schwerpunkt der Behandlung von Lungenkranken nun auf Sport- und Arbeitsschäden sowie auf die Wiederherstellungschirurgie.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs änderte sich alles. Chefarzt der Heilstätten Hohenlychen war der Leibarzt Himmlers, Prof. Dr. med. Karl Gebhardt, der medizinische

Versuche an weiblichen Häftlingen aus dem nahegelegenen Konzentrationslager Ravensbrück vornahm. Ihnen wurden u. a. Bakterien, teilweise mit Holz- und Glaspartikeln, in den Oberschenkel injiziert. Viele Frauen starben an den Folgen dieser grauenvollen, entsetzlichen Experimente. Auch andere Ärzte waren beteiligt. Dr. Ludwig Stumpfegger führte Experimente zur Transplantation von Knochen, Nerven und Muskeln durch. Dr. Kurt Heißmeyer unternahm für seine Habilitationsarbeit Menschenversuche zur Bekämpfung schwerer Tuberkulose im Konzentrationslager Neuengamme bei Hamburg. Ärzte des Sanatoriums Lychen nahmen in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Neuengamme medizinische Versuche an Frauen und Kindern vor. Internationales Aufsehen erregte der Tod der Kinder vom Bullenhusser Damm in Hamburg. An diesem Verbrechen war maßgeblich der Arzt Dr. Heißmeyer aus Hohenlychen beteiligt. Karl Gebhardt wurde im Nürnberger Ärzteprozess 1948 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt und zum Tode verurteilt. Über seine Assistenzärzte Fritz Fischer und Herta Oberheuser verhängte man lebenslange Haft bzw. 20 Jahre Freiheitsentzug. Ludwig Stumpfegger hatte bereits bei der Flucht aus dem „Führerbunker“ wenige Stunden nach dem Suizid Hitlers am Lehrter Bahnhof zusammen mit dem Leiter der NSDAP-Kanzlei und Hitler-Vertrauten Martin Bormann Selbstmord mit einer Blausäurekapsel begangen.

Die Heilanstalt diente in den Kriegsjahren wieder als Lazarett. Im April 1945 wurde es evakuiert. Bis dahin befand sich auch die Feldkommandostelle von

SS-Führer Heinrich Himmler mit dem Codenamen „Steiermark“ in Hohenlychen. Am 29. April wurde es kampfflos den sowjetischen Verbänden übergeben. Am 31. August 1993 verließ das letzte sowjetische Kommando die Heilanstalten und beendete die Ära sowjetischer Stationierungen. Jahrzehnte lagen die Häuser als baufällige Anlagen in Hohenlychen. Einige ehemalige Ärztevillen wurden saniert und dienen als Wohnhäuser. Ein Großteil der Gebäude steht aber weiterhin leer. Der Dresdner Bauingenieur Michael Neumann kaufte 2009 einen Teil des Objekts – neun Gebäude auf 12 Hektar – vom Land Brandenburg. Entstehen sollte eine Parkresidenz. Inzwischen gibt es dort 44 barrierefreie Mietwohnungen, die fast alle bezogen sind, sowie neun Ferienwohnungen und ein Bistro. In diesem Jahr sollen weitere Ferienwohnungen und 15 Mietwohnungen hinzukommen.

Die Geschäftsführerin der tmu Tourismus Marketing Uckermark GmbH, Anet Hoppe, erklärt dazu: „Die Parkresidenz ist ein Zugewinn für Ort und Region.“ Die Kombination aus Miet- und Ferienwohnungen habe zur Folge, daß nicht nur Touristen, sondern auch Uckermärker davon profitieren würden, was aber nur bedingt der Fall ist. Der frühere Bürgermeister Sven Klemckow (Die Linke) meinte, Mietpreise von 800 Euro für 80 Quadratmeter muß man sich leisten können. Für Uckermärker Verhältnisse seien sie zu teuer.

Das einstige Verwaltungsgebäude des SS-Lazaretts ist jetzt Sitz der Verwaltung der Parkresidenz und dem Volk oder dem Roten Kreuz gehört nichts mehr.

Heinz Pocher

Der „RotFuchs“ gratuliert

### RA Hans Bauer

aus Berlin von ganzem Herzen zu seinem 80. Geburtstag, den er am 14. März beging.

Wir danken dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung (GRH) und Mitglied des Vorstands des RF-Fördervereins für sein jahrelanges Engagement in unseren Reihen, sein aufklärerisches und kämpferisches Wirken zur Entlarvung von BRD-Unrecht und Willkür.

Wir freuen uns, Dich mit Deiner menschlichen Wärme und stets uneigennützigem Hilfe fest an unserer Seite zu wissen.

Alles Gute und stabile Gesundheit für die kommenden Jahre, lieber Hans!



Karikatur: Klaus Stuttmann

# Adios Trump! Bienvenida Biden?

## Die fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas sehen den neuen US-Präsidenten skeptisch

„Mit Trump gingen dreißigtausend Lügen“ überschrieb der nicaraguanische Journalist Edwin Sanchez eine Kolumne auf „La Voz del Sandinismo“. In Bezug auf Nicaragua konstatierte „The Washington Post“ am 5. November des vergangenen Jahres 29 508 Falschmeldungen. Das Lügenpaket während und nach dem Putsch vom April 2018 zählte sie nicht dazu.

Der Abgang des US-Präsidenten Donald Trump ließ fortschrittliche Menschen in Lateinamerikas und der Karibik etwas aufatmen. Den Beginn der Biden-Präsidentschaft nahmen sie skeptisch zur Kenntnis. Der neue US-Präsident will zurück zum US-amerikanischen Führungsanspruch. In Lateinamerika

daß Lateinamerika ein weiteres verlorenes Jahrzehnt erwartet, das mit größeren Ungleichheiten wegen des harten Schlags der Corona-Pandemie ausgehen wird. Der Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank Mauricio Claver-Carone bezifferte die Erfordernisse der Region, um Front gegen die Gesundheitskrise zu machen, auf 150 Milliarden US-Dollar. Der Vizepräsident der Weltbank für die Region Lateinamerika und Karibik Carlos Felipe Jaramillo sagte, daß der Eintritt der Pandemie bisher schwere Ungleichheiten und eine schwache Wirtschaftsentwicklung hinterließ. Er begrüßte, daß Lateinamerika aktiv an der Anwendung von Maßnahmen teil-

seit geraumer Zeit gehen Kuba, Venezuela und Nicaragua eigene Wege. Es ist anzunehmen, daß sich Bolivien ihnen anschließen wird. „La Voz del Sandinismo“ berichtete, daß die Bolivarische Allianz für die Völker Amerikas (ALBA-TCP) die Gesundheitssysteme seiner neun Mitgliedsländer stärken will. Bereits im Dezember 2020 hatten die Vertreter der ALBA-Staaten auf Vorschlag des venezolanischen Präsidenten Maduro beschlossen, den Mitgliedsländern den Zugang zu Impfstoffen zu fairen Bedingungen zu ermöglichen. Dafür soll eine ALBA-TCP-Impfstoffbank aufgebaut werden. ALBA-TCP verläßt sich vor allem auf die Impfstoffe aus Rußland, China und Kuba. Kuba setzt auf den eigenen Impfstoff Sobe-rana 2.

Am 2. Februar autorisierte die nicaraguanische Regierung die Anwendung des russischen Impfstoffes Sputnik V. Damit gehört Nicaragua nach Rußland, Belarus, Argentinien, Bolivien, Serbien, Algerien, Palästina, Venezuela, Paraguay, Turkmenistan, Ungarn, Vereinigte Arabische Emirate, Iran, Republik Guinea, Tunesien, Armenien und Mexiko zu den Ländern, die Sputnik V zertifiziert und zur Nutzung freigegeben haben. Die Effizienz des russischen Impfstoffes von 91,6 Prozent überzeugte sie. Es gilt als sicher, daß Sputnik V im nicaraguanisch-russischen Institut Mechnikow in Managua hergestellt werden kann. „Nicaragua erhält ein mächtiges Mittel für die Gesundheit der nicaraguanischen Familien angesichts der Pandemie Covid-19“, erklärte das Gesundheitsministerium Nicaraguas.

Die Hauptländer des alten transatlantischen Westens wollten auf dem virtuellen G-20-Gipfel im November 2020 die Richtungen vorgeben, wie die beiden großen Herausforderungen für die Welt, Corona-Pandemie und Klimawandel, zu bewältigen sind. Sie schafften es nicht. Der Chef der Volksrepublik China Xi Jinping machte hingegen Nägel mit Köpfen und gab mit dem Ziel, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu sein, die Richtung vor. Auch in der Frage der Bewältigung der Corona-Krise läuft die Volksrepublik den transatlantischen „Vorlagengebern“ davon. Die westlichen Abendländer sorgten sich auf dem Gipfel um die grassierende zweite Corona-Welle. Da ist man in Asien weiter. Xi Jinping trat dafür ein, Covid-19-Impfstoffe nicht unter Patentschutz zu stellen. Damit würden sie kostengünstiger. Die USA und die EU waren dagegen. Die Zahl der Länder, die mit der Volksrepublik China kooperieren möchten und nicht mehr von der „Tafel“ des transatlantischen Westens abhängig sein wollen, wird größer. Und die „Abtrünnigen“ wie Kuba, Venezuela, Nicaragua und Bolivien gehören dazu.

Bleibt festzustellen: Gegen den Führungsanspruch Bidens gibt es Widerspruch. Deshalb kam vom rebellischen Quartett und vielen anderen auch kein „Bienvenida“.

**Wolfgang Herrmann**  
Dreesch



Donald Trump



Joseph Biden

und der Karibik weiß man, was das bedeutet. Eine Umfrage in Nicaragua ergab, daß die Mehrheit der Bevölkerung wenig Vertrauen in den neuen USA-Präsidenten hat. 54,9 Prozent der Befragten zeigten sich skeptisch. Nach ihrer Meinung wird die neue Regierung im Weißen Haus keinen Beitrag für den Weltfrieden leisten. 66,1 Prozent glauben, daß die USA eine ernsthafte Bedrohung für den Frieden, die Demokratie und den Wohlstand in Lateinamerika und der Karibik sind.

Die Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik sind der Meinung, daß die Corona-Pandemie das Fehlen der Solidarität der mächtigsten Länder gegenüber den schwächeren offenlege. Die Pandemie zeige, daß die Gesundheit als unteilbares Bürgerrecht gehandhabt werden muß. Die Regierungen müssen eine qualitätsgerechte und kostenlose medizinische Versorgung für alle garantieren. Sie müssen Maßnahmen ergreifen, damit alle die erforderlichen Impfstoffe erhalten können.

In ihrer Meinung werden sie von den Teilnehmern eines virtuellen Treffens des Weltwirtschaftsforums von Davos, das von der Nachrichtenagentur EFE Ende Januar organisiert wurde, bestärkt. Sie stellten fest,

nimmt, die darauf gerichtet sind, die globale Krise zu überwinden und die drei großen „Revolutionen“ zu nutzen: die digitale, die grüne und die neue Welle der technologischen Innovation.

Der Geschäftsführer der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik Mario Cimoli setzte sich für die Stimmen ein, die auf dem Forum den Hamsterkauf an Corona-Impfstoff seitens der reichsten Länder kritisierten. Er nannte ein Beispiel: Bei einer Weltproduktion von 6,5 Billionen Impfdosen, haben Lateinamerika nur elf Prozent und Afrika nur vier Prozent ihres Bedarfs unter Vertrag. Cimoli forderte eine größere Einbeziehung dieser Regionen, damit sie aus der Pandemiekrise herauskommen. Laut dem Bericht der Weltwirtschaftskommission werden die verheerenden sozialökonomischen Folgen der Pandemie in den nächsten Jahren zu spüren sein. Sie kündigt eine Wiederbelebung der Region für dieses Jahr mit 3,8 Prozent Wachstum und für 2022 mit 2,6 Prozent an, vorausgesetzt, die Pandemieentwicklung wird eingedämmt, die Lieferung der erforderlichen Impfdosen wird gewährleistet und die Wirtschaftsmaßnahmen greifen.

# Auf die Zukunft vorbereitet

## Belarus und seine Kommunistische Partei auf der 6. All-Belarussischen Volksversammlung

Am 10. und 11. Februar trafen sich in Minsk etwa 2 700 von Gemeinden, Kommunen, Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen aus allen Teilen des Landes und der Gesellschaft entsandte Delegierte zur 6. All-Belarussischen Volksversammlung. Neben der Frage nach der Einschätzung sozioökonomischer und gesellschaftspolitischer Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre und entsprechenden Zielen für die nächsten fünf Jahre stand auch die Frage nach der Grundlage von Verfassungsänderungen im Blickpunkt von Reden und Diskussionen. Als Hauptziele der nächsten fünf Jahre wurden die Sicherung der sozialen Stabilität und das Wohlergehen der Bevölkerung durch eine Modernisierung und Erweiterung der Industriekapazitäten benannt. Die weitere Förderung von Familien, der ländlichen Regionen, des Bildungswesens sowie einer verlässlichen Außenpolitik gegenüber Partnern wie der Russischen Föderation wurden als weitere Vorhaben genannt. Eine klare Absage gab es für Reformen hin zu einer liberaleren Ausrichtung der Wirtschaft.

Zur wichtigsten Frage, der nach der Verfassung, gab es bereits im Vorfeld regionale Beratungen, bei denen etwa 17 000 Initiativen und Vorschläge an die Volksversammlung weitergeleitet wurden. 1 400 über eine extra dafür eingerichtete Internetseite kamen hinzu. Konkret festgelegt wurde, daß noch im laufenden Kalenderjahr eine Verfassungskommission zu bilden sei, in der Vertreter staatlicher Organe, verschiedener Wirtschaftssektoren und der Gesellschaft gemeinsam entsprechende Formulierungen erarbeiten sollen. Vor allem eine Umverteilung der Befugnisse zwischen gesamtstaatlicher und kommunaler Ebene sowie die Stärkung der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen ist dabei das Ziel.

Die 71 Delegierten der Volksversammlung aus den Reihen der Kommunistischen Partei Belarus (KPB) unterstützten die Annahme der Resolution über die Hauptentwicklungsziele. Denn die KPB war es, welche die Notwendigkeit einer größeren Bedeutung der Parteien im politischen Leben, die Übertragung von Teilen der Exekutivbefugnisse auf Organe abseits des Präsidentenamtes sowie eine nachhaltigere Entwicklung der Regionen und die Einleitung weitreichender Investitionsprojekte zugunsten der Steigerung des technologischen Potentials von Produktionsanlagen gefordert hatte. Die

zurückliegenden fünf Jahre wurden u. a. in bezug auf die Corona-Politik der Regierung als Erfolg eingeschätzt. Die sinkende Unterstützung für Demonstrationen der selbsternannten Opposition sowie die erfolgreiche Durchführung der All-Belarussischen Volksversammlung werteten die KPB-Mitglieder



als endgültige Niederlage für die um Swetlana Tichanowskaja versammelte Gruppierung. Zudem wurde unterstrichen, daß man sich für die Offenheit des Präsidenten gegenüber linken Ansichten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten und insbesondere gegenüber der KPB bedankt. Der Erste Sekretär des ZK der KP Belarus, Alexej N. Sokol, betonte in einer ersten Einschätzung der Volksversammlung die Bedeutung von Dialog, Diskussionen und Kompromissen zwischen Staat und Bevölkerung abseits der aufgeheizten Stimmung von Demonstrationen. Es gelte nun, die ausgesprochenen Vorschläge und eingeleiteten Maßnahmen in Gesetzestexte umzuwandeln. Parteiorganisationen aller Regionen und Eben sollten sich dabei an der Erläuterung der Beschlüsse der Volksversammlung beteiligen, sowie auch dafür sorgen, daß diese durch neue Anliegen und Forderungen aus der Bevölkerung bereichert werden. Ein besonderes Gewicht soll dabei die Aufklärung über das Wirken

und die Ziele ausländischer Propaganda haben. Jugendpolitische Forderungen sowie die Arbeit staatlicher und kommunaler Organe gegenüber den Anliegen von Bürgern und der Arbeiterschaft wurden diskutiert. Vorgesehen sind ein verbesserter Auftritt der KPB im Internet sowie eine kritische Einschätzung

der Arbeit aller Parteigremien in den letzten Jahren. Ein Sekretär des ZK der KPB ergänzte, daß der Versuch, eine neue Weltordnung unter Hegemonie der westlichen Zivilisation zu errichten, verschiedenste Konflikte provoziere, die internationale Sicherheit destabilisiere und Völker auf der ganzen Welt zu sozialem und moralischem Abstieg und zu Hoffnungslosigkeit verdamme. Dies in Belarus verhindern zu haben, sei ein Verdienst des belarussischen Präsidenten und müsse Ziel der zukünftigen Entwicklung des Landes bleiben. Die KPB bedankte sich zudem bei allen Unterstützern der Republik Belarus von Seiten der ausländischen kommunistischen und Arbeiterparteien sowie darüber hinaus.

Pjotr N. Simonenko, Erster Sekretär des ZK der in die Illegalität gedrängten KP der Ukraine, war Gast der 6. All-Belarussischen Volksversammlung und begrüßte den konstruktiven Ansatz der Delegierten zu den gesellschaftlichen Verhältnissen sowie zu den Ereignissen in der zweiten Jahreshälfte 2020. Er verwies dabei auf die Erfahrungen in der Ukraine seit 2014 und die vor allem durch deren Bevölkerung begangenen Fehler.

Gennadij A. Sjuganow, Vorsitzender des ZK der KP der Russischen Föderation, begrüßte ebenfalls die Volksversammlung und ihre in Form des Entschlusses vorliegenden Ergebnisse. Er betonte, daß Belarus ob seiner Spezifika die besten sozioökonomischen wie auch gesellschaftspolitischen Ergebnisse im postsowjetischen Raum zeige – keine Oligarchie, kein organisiertes Verbrechen, Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer aus der Zeit der UdSSR herrührenden Industrie und Technik sowie auch der landwirtschaftlichen Kapazitäten, des Bildungs- sowie Gesundheitswesens, Entwicklung besonders enger Kontakte zur Russischen Föderation und im zunehmenden Maße auch zur VR China. Dies alles könne als Kern einer brüderlichen Zusammenarbeit der Völker Rußlands, der Ukraine und Belarus' für zukünftige Herausforderungen und Bedrohungen angesichts des wachsenden weltweiten Einflusses der VR China ein besonderes Beispiel sein.

**Silvio Michallek**  
Berlin

# Neokoloniale Kriegsszenarien

## Die „G5-Sahel“ – Somalia oder Afghanistan als Vorbild?

Ginge es nach den Völkern, wäre der Weg zum Frieden klar: Verhandlungen – Versöhnung – Entwicklung. Für Mali hieße das Verhandlungen in den beiden Konfliktzonen im Norden und im Zentrum. Verhandlungen mit den betroffenen Konfliktparteien um Mopti, mit den verfeindeten Dörfern der Ackerbauer (Dogon u.a.) und den nomadischen Viehzüchtern (Peul). Die Sahara frißt sich jährlich südwärts kilometerweit ins Weideland und treibt die nomadischen Viehzüchter abseits ihrer traditionellen Durchzugskorridore aufs dörfliche Ackerland. Jedenfalls so-

Friedensforschungsinstitut SIPRI aus dem Jahr 2018 zufolge. Die Anwesenheit ausländischer Truppen, auch der UN, wird immer mehr als nutzlos gegen terroristische Bedrohungen, gar als unerträgliche Besatzung empfunden. Sogar der malische Botschafter in Paris mußte gegen die „überbordende Anwesenheit auf den Straßen Bamakos“ protestieren. Die Bombardierung einer Hochzeitsgesellschaft im Januar – für die Militärs der französischen Mali-Operation „Barkhane“ waren es „Terroristen“ – facht den Zorn im Land nur weiter und dauerhaft an. Die angekündigte Untersu-

der UN-Mission Jean-Pierre Lacroix dafür ein, „sich nicht auf Sicherheitsfragen zu beschränken“. Solcher Verhandlungen wegen erlebte die Islamische Republik Mauretanien, Sitz des Sekretariats der Fünf-Staaten-Gemeinschaft „G5-Sahel“, seit 2011 als einziges Land der Region weder terroristische Überfälle noch Attentate oder Geiselnahmen. Das Land würde wohl rasch Zielscheibe werden, wenn es sich außerhalb seiner Grenzen z. B. an der Jagd auf den malischen Dschihadisten Amadou Koufa, Chef der bewaffneten Gruppe „Katiba Macina“, beteiligen würde.

Auch das französische Volk hat die Schnauze voll: Nicht nur wegen der von seinen Regierungen in imperialem Größenwahn in den Sand gesetzten Milliarden Euro. Die Militärs und Präsident Emmanuel Macron haben die Unterstützung ihres Kriegszugs gegen den „Terror“ verspielt, mit dem sie noch 2013 selbst die Kommunisten beeindruckten konnten. Über 51 Prozent der Franzosen sind nach einer aktuellen Umfrage des Forschungsinstituts IPSOS dafür, daß die französischen Truppen zurückkehren. Über 50 zum Staatsbegräbnis heimgeholte Särge sind genug. Es sind so viele, wie die Deutschen aus Afghanistan zurückbrachten. Zudem legte der Journalist und Militärfachmann Jean-Dominique Merchet in der französischen Tageszeitung „L'Opinion“ offen, daß die Bedrohung durch Dschihadisten aus dem zerstörten Libyen heraus 2013 zu Beginn der französischen Intervention in Mali zwar gegeben, aber eine Übertreibung war. Er bezeichnete am 12. Februar 2021 die damaligen Warnungen vor „dschihadistischen Kolonnen“ als „eine mit nichts belegte Geheimdienst-Ente“. Der malische Übergangspräsident Dioncounda Traoré hatte im Januar 2013 auch nur um Luftunterstützung durch die in Niger stationierten Hubschrauber Frankreichs gebeten, aber der französische Präsident François Mitterand brach die 50. Militärintervention in Afrika seit 1960 vom Zaun. Ausgerechnet der Historiker Bernard Lugan, ein Fan des deutschen Kolonialschlächters Paul von Lettow-Vorbeck und der Apartheid, sollte als „Experte“ der französischen Nationalversammlung mit seinen ethnisch-rassistischen Kriegsszenarien einen Ausweg zeigen. General Lecointre hatte 2020 beteuert, Frankreich habe in Mali keinerlei wirtschaftlichen Interessen. Nun versuchen Wissenschafts- und Forschungsministerin Frederique Vidal und der rechtsextreme Innenminister Gerald Darmanin islamophoben medialen Wind zu entfachen. Der Spitzenmilitär hatte sich zur Vorbereitung des Gipfels in Pau im Januar 2020 geäußert, dem zweiten Anlauf Emmanuel Macrons, die G5-Sahel zu eigenen militärischen Anstrengungen zu veranlassen. Wie in den 30er/40er Jahren die Formel vom „jüdischen Bolschewismus“ die antikommunistische Kriegsfront herstellen sollte, so zaubern Vidal und Darmanin nunmehr den „islamo-gauchisme“ aus dem Hut. Demnach bedroht der „linke“ Islamismus die abendländische „Freiheit und



lange, bis – wie in China die „Grüne Mauer“ gegen die Wüste Gobi – das panafrikanische Aufforstungsprojekt „The green wall“ Gestalt annimmt.

Das aus Armut gespeiste Banditentum (unter ethnisch, auch milizionärer oder dschihadistischer Flagge oder einfach kriminell) aus dem Zentrum Malis nistete sich ins Dreiländereck Mali/Niger/Burkina-Faso ein. (Ein Drittel des nach Europa verbrachten lateinamerikanischen Kokains läuft über diese Route). Al-Qaida breitet sich weiter in Richtung Golf von Guinea aus, so der französische Geheimdienst DGFSE. Der togolesische Präsident Faure Gnassingbé ernannte nun angesichts dieser Gefahr eine Frau, die frühere Generaldirektorin der Geschäftsbank BICI Marguerite Gnakadé, zur Verteidigungsministerin, um die Streitkräfte zu verstärken und „Militär und Bevölkerung“ zu versöhnen.

Der Jugend einen Ausweg zu zeigen, weg vom „leichten Geld“ aus Mord und Totschlag, aus Drogen- und Menschenschmuggel, und eine Perspektive zu bieten – wie es Aligote Dantogote, dem nigerianischen Oligarchen gegen Boko Haram vorschwebte – das wünschte sich die malische Bevölkerung einer repräsentativen Umfrage des schwedischen

chung durch die UN-Mission MINUSMA kann das nicht beschwichtigen.

### Frankreich behält sich Aufteilung vor

Im Norden Malis laufen ohnehin Verhandlungen mit den Separatisten, um die endgültige Loslösung der Nordprovinzen nach der Blaupause für Somalia, wo die „Republik Somaliland faktisch abgetrennt wurde, zu verhindern und gesamtstaatliche Strukturen wiedereinzusetzen. In Bamako pfeifen die Spatzen von den Dächern, daß sich Frankreich die Option der Separation offenhält. Seit acht Jahren weht im sogenannten Azawad wieder eine malische Fahne, wenngleich einsam vor dem Gouverneurssitz im Hauptort Kidal. Die Verhandlungen werden mit Investitionen begleitet, etwa in den Bau von Schulen und Krankenstationen. Das hatte das Abkommen von Algier aus dem Jahr 2015 vorgesehen. Die amtierende Übergangsregierung Malis sich vorgenommen hat, das mit Leben zu erfüllen. Dafür ist es erforderlich, die Verfassung von 1992 zu ändern. Die Verhandlungen werden aber durch die französische Obstruktion erschwert, mit „Terroristen nicht zu verhandeln“ (General François Lecointre, Stabschef der französischen Armee). Dabei setzt sich auch der Vize-Generalsekretär

Demokratie“, die es wie am Hindukusch auch im Sahel zu verteidigen gelte.

### Der Februar-Gipfel im Tschad

Macron rief am 15./16. Februar 2021 zur Heerschau nach N'Djamena, der Hauptstadt der Republik Tschad, um die G5-Sahel zum dritten Mal anzuschieben. Sie waren 2014 mit dem Versprechen aus der Taufe gehoben worden, den fünf benachbarten Ländern werde die gemeinsame Antiterror-Truppe mit 50 Millionen Euro der Europäischen Union und der Vereinigten Arabischen Emirate finanziert werden. 2017 versuchte Macron angesichts der ausgeweiteten Aktivitäten der dschihadistischen Gruppierungen (siehe Grafik) die „leer drehende“ Mission, so spöttelte das Institut für internationale Beziehungen IVERIS am 24. Februar 2021, wiederzubeleben.

Auf dem Treffen im südfranzösischen Pau im Januar 2020 (der zweite Anlauf), zu dem Macron die G5-Staatschefs zur Renaissance einer „Sahel-Koalition“ einberufen hatte, wurde immerhin der Tschad in die Pflicht genommen, 1 200 Soldaten ins Drei-Länder-Eck von Niger, Mali und Burkina Faso zu entsenden. Aber nun auf dem Gipfel in N'Djamena mußte der burkinische Staatspräsident Roch Marc Kaboré von Macron selbst in die Mangel genommen werden, um die „Stationierung der tschadischen Truppen zu klären“. Dennoch bleiben die „Kollateralschäden“ nicht vergessen. So hatten die tschadischen Truppen 2013 an der Seite der französischen Mission „Serval“ Rache in Mali genommen, weil ihr Missionschef General Mahamat Idriss Deby Itno, der Sohn des Staatspräsidenten, dort im Kampf gefallen war. Nach jahrzehntelanger Erfahrung mit der kolonialen und seit 1960 neokolonialen Teile- und-Herrsche-Politik ist nicht verwunderlich, daß die Staatschefs starke Vorbehalte gegen afrikanische Truppen auf ihrem jeweiligen Territorium hegen.

### Demnächst sieben „Friedenseinsätze“

Während die G5-Sahel-Mission vor sich hin dümpelt, hat Frankreich seine Mission „Barkhane“ mit den Truppen von vier anderen Ländern stärker vernetzt, z. B. in Niger mit den US-Aufklärungsdrohnen, mit der britischen Airforce, dem deutschen Logistik-Stützpunkt und der Europäischen Union. Oumar Mariko von der malischen Partei SADI, Präsident der Bewegung MDP, kommentierte die Situation am 24. Februar mit den Worten: „Jeder verfolgt seine eigene Ideologie und Ziele, was zu Massenmord an der Bevölkerung oder zur Zwangsgefolgschaft führt, um zu überleben“. Er forderte die „Gründung einer Armee in voller Souveränität und einen Ausweg aus der Globalpolitik.“

Inzwischen tummeln sich sechs internationale „Friedenseinsätze“ in der Sahelzone und der siebte ist in Vorbereitung:

1. Seit 2012, dem Jahr des Putsches in Mali, werden in der Ausbildungsmission „EUCAP Sahel Niger“ mit einer Personalstärke von etwa 120 Leuten 200 nigrische Polizeibeamte ausgebildet – seit Januar 2021 unter Leitung der Deutschen Antje Pittelkau.
2. Seit 2013 gibt es in Mali die UN-Mission MINUSMA mit etwa 15000 Mann und einem Jahresbudget von 1,1 Milliarden US-Dollar.

3. Seit 2013 bildet „EUTM Mali „mit 745 Mann und einem Jahresbudget von 30 Millionen Euro malische Soldaten aus.
4. Seit 2014 operiert Frankreich mit seinen Truppen in Mali unter den Namen „Barkhane“ autonom und straflos wie in Afghanistan. 2017 wurde das Kontingent um 500 Mann auf 5 100 Mann aufgestockt.
5. Seit 2015 wurde auch die Polizei in Mali mit „EUCAP Mali“ von 140 Polizistinnen und Polizisten aus EU-Ländern fortgebildet.
6. Seit 2017 soll – wie oben schon erwähnt – die G5-Sahel Joint Force mit 5 000 Mann eingesetzt sein. Man wird sehen, wann und wo die 1 200 tschadischen Soldaten zum Einsatz kommen.

Die siebte Truppe, die von 10 EU-Staaten (und Großbritannien) zu beschickende Helikopter-Mission „Takuba“, bringt eine neue Qualität in Richtung Afghanistan: Es geht um internationale Kampftruppen. Das erste Kontingent von 150 Mann einschließlich dreier Hubschrauber und einem Ärzteteam ist aus Schweden bereits angekommen. Tschechien und Estland haben zugesagt. Dem französischen Kommando unterstellt wird „Takuba“ im Drei-Länder-Eck auf Terroristen-Jagd gehen – zivile Kollateralschaden (allein in Burkina Faso z. B. seit 2015 mehr als 1 600 Getötete und mehr als eine Million Flüchtlinge) inbegriffen. Die weitere Aushöhlung der Souveränität Malis und Nigers wird so vorangetrieben. Denn was von der Vereinbarung zu halten ist, daß „Barkhane“ eigene Operationen mit der malischen Armee abzustimmen hat, zeigt – wie in Afghanistan – die Bombardierung oben erwähnter Hochzeitsgesellschaft.

### Militärisch gescheitert

Die Mitte Februar auf dem Gipfel in N'Djamena gezogene Bilanz erscheint für die „Missionare“ wenig erfreulich: Allen militärischen Triumphmeldungen zum Trotz wird ein Siegfrieden immer illusorischer – wie in Afghanistan, wo sechsmal so viele ausländische Militärs auf einem halb so großen Gebiet operieren. Als Kriegsziel der Mission „Barkhane“ wird nur noch die „decapitation“, die „Enthauptung“ der dschihadistischen Gruppierungen durch Beseitigung ihrer Führungsspitzen, offiziell angestrebt. Die signalisierte Verringerung der Truppenstärke aber war, so Macron nun, „ein Irrtum“ gewesen. Es bleibt beim Kontingent von 5 100 Soldaten. Auch den angedrohten Rückzug der US-amerikanischen Drohnen-Aufklärung wird es nicht geben. Allerdings ging der neue, eigentlich frankophile US-Außenminister Antony Blinken in seiner Rede auf dem Video-Gipfel von N'Djamena nicht auf „Barkhane“ ein. Das wurde von IVERIS als „schallende Ohrfeige“ interpretiert. Denn dahinter steht die Weigerung der US-Administration, die G5-Sahel-Truppe dem UN-Mandat zu unterstellen. Es sei „Wunschdenken“, meinte die frühere malische Außenministerin Kamissa Camara, auf diese Weise eine sichere Finanzierung zu erreichen.

Die deutsche Bundesregierung hatte ebenfalls keine Lust, ihre Truppen aufzustocken. Die EU-Ausbildungsmission, an der die Bundesrepublik beteiligt ist, war acht Jahre lang ohne Effekt und müßte abgebrochen werden. Die Unfähigkeit, etwas zu verbessern, beweist

zum einen der Militärputsch 2020 in Mali (der sicher nicht auf dem Ausbildungsplan stand), aber auch die desolate Lage der malischen Armee – von General Lecointre gelobt und schöngeredet. Das Militär kostet zwischen 20 bis 30 Prozent des Jahreshaushalts, der 2020 gestürzte Präsident Malis Ibrahim Boubacar Keita sprach von 20 Prozent. Damit wurden – vom Schwund durch Korruption abgesehen – vor allem die jeweiligen Präsidentengarden ausgerüstet. Den Streitkräften selbst mangelt es an Ausrüstung, sogar an Wasser und Verpflegung, wie der damalige malische Verteidigungsminister Ibrahim Dahirou Dembele am 21. November 2019 im Parlament ausführte. Wenn Sold und Kampfprämien nicht (oder verspätet) ihre Adressaten erreichen, darf man sich über die mangelnde Moral der Truppe nicht wundern. Mit den Militärs in der malischen Übergangsregierung sollte sich aber die Lage gebessert haben.

Der frühere Premierminister Malis Moussa Mara beklagte sich jedenfalls über die „Inaktivität“ von „Barkhane“ bei dschihadistischen Attacken auf die einheimische Armee. Das bedeutet: Die Franzosen ließen sie im Kugelregen stehen. Mit der malischen Übergangsregierung ist aber offensichtlich die Bereitschaft zur Kooperation zwischen „Barkhane“ und der Armee Malis gestiegen. So gab es, wie „Mali Debut“ auf Facebook berichtete, im Januar die gemeinsame Operation „Eclipse“ sowohl im Norden und insbesondere im Dreiländer-Eck. Über 1 000 Soldaten aus Mali, Burkina Faso und Niger operierten mit „Barkhane“ in der Gegend, die auch Liptako-Gorma-Region genannt wird. Nach einer Attacke auf Camps in Boulkessi und Mondoro in Niger wurden in einer gemeinsamen Aktion 30 Dschihadisten und sechs malische Soldaten getötet.

### Rohstoffe sichern und China abblocken

Dennoch kommt Boubacar Haidara, Forscher am Afrika-Studienlabor LAM in Bordeaux und an der malischen Universität Segou, in einer Analyse zum Schluß, G5-Sahel sei heute wie bei seiner Gründung eine „totgeborene Maschine“. Die malische Armee sei aber kurzfristig nicht in der Lage, ohne „Barkhane“ zu operieren. Es sehe so aus, als ob die malische Übergangsregierung den internationalen Truppen eine Atempause zur Überprüfung ihres Engagements schaffe.

Cui bono? Wem nützte und nützt es? Den Bevölkerungen der Sahel-Zone? Dem neokolonialistischen Imperialismus, vor allem dem französischen, um den Zugriff auf Uran, Erdöl und Mineralien zu sichern? Um den Einfluß der VR China auf die Entwicklung Malis abzublocken? Nur ein Beispiel: 2015 wurde das 2013 unterzeichnete Vorhaben, die Hauptstädte Senegals Dakar und Bamako wieder über eine 1 300 Kilometer lange Eisenbahnlinie zu verbinden, nach Attentat auf chinesische Manager und Arbeiter gekündigt. Laut dem panafrikanischen Meinungsforschungsinstitut Afrobarometer sahen über 70 Prozent der befragten Bewohner 2017 in China ein positives Modell der Entwicklung. Ist die Übergangsregierung in Mali in der Lage, einige Schritte einer nichtkolonialen Entwicklung zu gehen?

**Georges Hallermayer**  
Sarreguemines/Schwerte

# Droht eine Eskalation am Golf?

Guido Steinbergs neues Buch über einen möglichen Krieg gegen den Iran

Der Nahost-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik Dr. Guido Steinberg hat unter dem Titel „Krieg am Golf“ ein weiteres Buch vorgelegt. Nomen est omen. Offensichtlich geht der Autor davon aus, daß es Krieg geben könnte in dieser konfliktreichen Region, in der die beiden Haupttrivalen Saudi-Arabien und Iran um die Vorherrschaft kämpfen. Guido Steinberg hat sich viel Arbeit gemacht und umfangreiches Material zur jüngsten Geschichte und der inneren Verfaßtheit der beiden Mächte sowie deren Verbündeten am Golf, wie dem Emirat Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Emirat Bahrain zusammengetragen. Sehr minutiös beschreibt er



die innenpolitischen Kräftekonstellationen in den jeweiligen Ländern wie die Rolle des saudischen Kronprinzen Mohammad Ibn Salman, des Kronprinzen Hamad Ibn Issa von Bahrain sowie die dominierende Funktion des iranischen religiösen Oberhauptes Ali Chamenei und der Gardien der islamischen Revolution, die Sepāh-e Pāsdārān-e Enqelāb-e Eslāmī mit ihrem legendären, von den USA per Drohneinsatz am 3. Januar 2020 exekutierten Kommandeur Generalmajor Mohammad Qassem Soleimani.

Im Buch werden in fünf Teilen die Geschichte und der Hintergrund des iranisch-saudi-arabischen Konflikts zwischen den Jahren 2011 und 2019 sowie dessen Auswirkungen und Folgen für Europa und die Bundesrepublik Deutschland analysiert. Für Guido Steinberg ist klar, daß es eines „starken Militärs“ bedarf, „um der eigenen Diplomatie im Notfall Nachdruck zu verleihen.“

Unter der Herrschaft des despotischen Schah-Regimes von Mohammad Reza Pahlavi war Iran für die Vereinigten Staaten ungleich wichtiger als Saudi-Arabien. Zum einen hatte Iran eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion und zum anderen waren dort Raketen und Spionageanlagen der USA stationiert. Durch massive militärische Unterstützung

der Vereinigten Staaten entwickelte sich Iran „zur Hegemonialmacht am Golf“. Erst nach der iranischen Revolution im Februar 1979 wurde Saudi-Arabien für die USA attraktiver. Ab dieser Zeit begann der Kampf zwischen Saudi-Arabien und der Islamischen Republik Iran um die Vorherrschaft in der Region des Nahen und Mittleren Ostens und damit der Beginn eines „Kalten Krieges“ am Golf sowie zwischen den USA und Iran. Die USA haben zunächst Iraks Staatschef Saddam Hussein motiviert – Donald Rumsfeld war als Sondergesandter des US-Präsidenten Jimmy Carter kurz vor Beginn des Krieges gegen den Iran am 22. September 1980 in Bagdad –, das Mullah-Regime, das sich zur damaligen Zeit in einer existenziellen Krise befand, durch einen Feldzug zu stürzen. Das Gegenteil wurde erreicht. Das iranische Volk verteidigte sein Land, wodurch sich das Mullah-Regime stabilisieren konnte.

Als Saddam Hussein nach zehn Jahren Krieg seine Mission noch immer nicht erfüllt hatte, nämlich die iranische Regierung zu stürzen, und anfang, aus der Reihe der willfährigen Diktatoren der Region und US-Verbündeten auszuscheren, wurde er von den USA unter George Bush senior in die Kuwaiter Falle gelockt. Für einen Überfall auf das Scheichtum am 2. August 1990 erhielt er sowohl von der US-Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, während ihres persönlichen Besuches bei Saddam Hussein als auch vom US State Department grünes Licht. Nach der Besetzung Kuwaits vertrieb die US-Armee die irakischen Einheiten und verfolgte sie gnadenlos, sogar noch während ihres Rückzuges. Diese entscheidenden Aspekte der US-Intervention werden von Guido Steinberg aber nicht thematisiert.

Nach dem Scheitern dieser Strategie versuchten die USA und ihre regionalen Verbündeten, die sogenannte arabische NATO zu gründen, um unter Beteiligung der USA, der arabischen Monarchien und Israel einen Krieg gegen Iran zu initiieren. Nachdem der damalige US-Präsident George W. Bush unter anderem Iran zum Schurkenstaat deklarierte, begann Iran mit seinem Atomforschungsprogramm.

Auch die Greater Middle East Strategie der sogenannten Neokonservativen, der Neocons, unter George W. Bush und Dick Cheney, Paul Wolfowitz und Donald Rumsfeld, welche die Blaupause für den Krieg gegen Afghanistan 2001 und gegen Irak 2003 bildete, bleibt bei Steinberg unerwähnt. Als es in den arabischen Ländern ab dem 17. Dezember 2010 zu zahlreichen Aufständen kam, unter anderem die „Arabellion“ der unterdrückten Völker in den arabischen Golf-Emiraten gegen die dortigen Despoten, vor allem im Emirat Bahrain und im Jemen, sprach man vom Export der Revolution aus Iran.

Im Kampf um den Führungsanspruch demonstrierte der saudische Kronprinz Mohammad Ibn Salman Stärke. Im März 2011 ließ er seine Truppen in das Emirat Bahrain

einmarschieren, um die jahrzehntelang benachteiligte und demonstrierende schiitische Bevölkerung niederzuwalzen. Das war der einzige militärische „Erfolg“ des Prinzen. Seine militärische Intervention im Jemen ab September 2015 hat nur verbrannte Erde und ein zerstörtes Land hinterlassen. Selbst auf die von der UNESCO als Weltkulturerbe eingestufte Architektur hat er keinerlei Rücksicht genommen. Den Krieg hat er dennoch nicht gewonnen. In Syrien erlitt er durch die russisch-iranische Unterstützung der Regierung von Baschar Al-Assad sein Waterloo. Das Emirat Katar durch massive Sanktionen und Ultimaten auf die Linie der saudischen Außenpolitik zu bringen, scheiterte ebenfalls kläglich.

Der letzte Abschnitt des Buches ist mit „Der kommende Krieg am Golf“ betitelt. Der Autor weist darauf hin, daß es Iran nicht zwangsläufig gelingen wird, „eine Atommacht zu werden“. Dafür werde viel Zeit benötigt. „Bisher haben israelische, US-amerikanische und britische Geheimdienste immer alle relevanten Einrichtungen rechtzeitig entdecken können“ und zerstört.

Bereits vor der Ermordung des iranischen Atomwissenschaftlers Dr. Mohsen Fachrisadeh am 27. November 2020 waren zahlreiche Wissenschaftler durch den israelischen Geheimdienst getötet worden. Dies sind eindeutige Signale dafür, daß Israel auf keinen Fall eine Atommacht Iran dulden will. Würde der Iran tatsächlich Atombomben bauen, werde sehr wahrscheinlich auch Saudi-Arabien mit Hilfe Pakistans, dessen Atomforschung Saudi-Arabien finanziert hatte, Atombomben bauen wollen. Diese Patt-Situation könnte abschreckend wirken, aber auch die Befürchtung Guido Steinbergs von einem möglichen Krieg untermauern.

Der Autor unterscheidet nicht zwischen der iranischen und der islamischen Revolution, die erst später einsetzte, auch nicht zwischen Persien und Iran. Ein exakter Umgang mit solchen Begriffen, ein etwas strafbarer Text und weniger Redundanzen wären wünschenswert gewesen. Da Guido Steinberg sehr viele Namen anführt, hätte ein Personenverzeichnis das Lesen erleichtert. Dennoch ist das Buch nicht nur für Experten, sondern auch für alle nahostinteressierten Leser von großem Nutzen.

**Dr. Matin Baraki**



*Guido Steinberg: Krieg am Golf. Wie der Machtkampf zwischen Iran und Saudi-Arabien die Weltsicherheit bedroht, Droemer-Verlag, München 2020, 352 Seiten, 20 Euro. E-Book: 16,99 Euro*

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

## Über die theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Kommunismus (2)

*Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.* **RF**

24. Februar 1977

Zu den theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Kommunismus – wenn wir ihn im weiteren Sinne, als das Ganze der wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse fassen – zählen außer der klassischen deutschen Philosophie auch die englische politische Ökonomie und der – speziell in Frankreich ausgebildete – kritisch-utopische Sozialismus.

Die beiden bedeutendsten Vertreter der klassischen politischen Ökonomie Englands sind Adam Smith (1723–1790) und David Ricardo (1772–1823). Wodurch wurden ihre Lehren zu einer theoretischen Quelle der Weltanschauung der Arbeiterklasse, warum führt von ihnen eine theoretische Linie in die Herausbildung des wissenschaftlichen Kommunismus? Ganz allgemein lautet die Antwort hierauf so: Die klassische englische politische Ökonomie hat Erkenntnisse über wesentliche Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise erbracht, Erkenntnisse, an die Marx anknüpfen konnte, um eine wissenschaftliche ökonomische Lehre aufzubauen.

Die Marxsche ökonomische Theorie untersucht die bestimmenden ökonomischen Verhältnisse und die ökonomischen Existenzgrundlagen der Gesellschaft. Sie hat die ökonomischen Gesetze entdeckt, nach denen die menschliche Gesellschaft sich entwickelt und vorwärtsbewegt. Dazu gehören auch jene Gesetze, deren Wirken zur Beseitigung des Kapitalismus und seiner Ablösung durch die kommunistische Gesellschaftsformation führt. Die marxistisch-leninistische politische Ökonomie weist nach, in welchen ökonomischen Bedingungen der Klassenkampf in den Ausbeutergesellschaften wurzelt, worauf die revolutionäre Stellung der Arbeiterklasse fußt, was die ökonomischen Grundlagen und Voraussetzungen für die Erfüllung ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe sind, die von Ausbeutung und Unterdrückung freie kommunistische Gesellschaft zu errichten. Kurz, die politische Ökonomie ist untrennbarer Bestandteil der kommunistischen Weltanschauung als Ganzes, und sie erarbeitet theoretische Grundlagen für den Aufbau des wissenschaftlichen Kommunismus.

Die klassischen Theorien der bürgerlichen Ökonomie faßten das Wirtschaftsleben der menschlichen Gesellschaft als einen natürlichen Organismus auf und versuchten die verschiedenen ökonomischen Bereiche der Gesellschaft als ein einheitliches Ganzes zu begreifen – also Produktion, Zirkulation, Verteilung und Konsumtion zusammenschließen. Sie trachteten, die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen – im Gegensatz zum feudalen religiösen Weltbild – als objektive Prozesse nachzuweisen, die letztlich in der produktiven Tätigkeit wurzeln, und die kapitalistische Warenproduktion als naturgegebene, bestmögliche Form der Bedürfnisbefriedigung zu begründen. Im Hauptwerk Smith' „Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen“ (1776) sind solche bedeutenden theoretischen Leistungen der klassischen bürgerlichen Ökonomie wie die folgenden niedergelegt: Es ist dies einmal die Anschauung, daß die kapitalistische Wirtschaft von objektiven ökonomischen Gesetzen beherrscht wird. Zum andern ist es die Arbeitswerttheorie mit der fundamentalen Erkenntnis: Der Wert der Waren wird durch die für ihre Herstellung notwendige Arbeit bestimmt. Wert und Mehrwert entspringen einzig der produktiven Arbeit des Menschen. Das Wachsen des Reichtums beruht daher auf der Produktion, ihrer Effektivität, die ihrerseits wesentlich durch die Arbeitsteilung bedingt ist. Ricardo ging insofern noch über Smith hinaus, als er den Profit als Zweck der kapitalistischen Produktion bestimmte und die Tendenz des Kapitals erkannte, den Arbeitslohn auf das jeweilige Existenzminimum herabzudrücken.

Die entscheidende Schranke dieser Lehren liegt in folgendem: Sie begriffen die kapitalistische Produktionsweise nicht als geschichtlich vergängliche Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern betrachteten sie als ewige, endlich erreichte „Normalform“ des Produzierens. Ferner scheiterten sie an der Frage, wie der Mehrwert zu erklären sei. Sie konnten als bürgerliche Denker nicht das Geheimnis der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital lüften, obwohl die Arbeitswerttheorie bis

dicht an die Erklärung dieses Geheimnisses heranführte. Aufbauend auf den Vorleistungen der klassischen englischen Ökonomie gelang Marx eine der für die Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus ganz entscheidenden Leistungen: die Erklärung des Wesens der kapitalistischen Ausbeutung in Gestalt der Mehrwerttheorie. Lassen Sie mich zur Charakterisierung der herausragenden Bedeutung gerade dieser Leistung für den wissenschaftlichen Kommunismus Friedrich Engels zitieren: „Es handelt sich ... darum, die kapitalistische Produktionsweise einerseits in ihrem geschichtlichen Zusammenhang und ihrer Notwendigkeit für einen bestimmten geschichtlichen Zeitabschnitt, also auch die Notwendigkeit ihres Untergangs, darzustellen, andererseits aber auch ihren innern Charakter bloßzulegen, der noch immer verborgen war. Dies geschah durch die Enthüllung des Mehrwerts. Es wurde bewiesen, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung des Arbeiters ist; daß der Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft seines Arbeiters zum vollen Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat, dennoch mehr Wert aus ihr heraus schlägt, als er für sie bezahlt hat; und daß dieser Mehrwert in letzter Instanz die Wertsumme bildet, aus der sich die stets wachsende Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen anhäuft. Der Hergang sowohl der kapitalistischen Produktion wie der Produktion von Kapital wird erklärt. Diese beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelt des Mehrwerts verdanken wir Marx.“<sup>1</sup> Die englische politische Ökonomie gehört speziell mit den Leistungen von Smith und Ricardo zu den Quellen des wissenschaftlichen Kommunismus, weil sie Voraussetzungen für eben diese Leistungen von Karl Marx schuf.

Wenden wir uns nunmehr dem kritisch-utopischen Sozialismus, den Lehren Saint-Simons, Fouriers und Owens zu! Henri Saint-Simon (1760–1825) war, wie die übrigen Vertreter des kritisch-utopischen Sozialismus auch, in seinen Ansichten wesentlich

von der französischen Aufklärung und von den Erfahrungen der französischen Revolution von 1789 geprägt. Friedrich Engels rühmt an ihm die „geniale Weite des Blicks, vermöge deren fast alle nicht streng ökonomischen Gedanken der späteren Sozialisten bei ihm im Keime enthalten sind“.<sup>2</sup>

Den Mittelpunkt seiner Bestrebungen, eine neue, von Ausbeutung freie Gesellschaft zu errichten, bildet die Idee, daß die Produktivkräfte planmäßig und zum Wohle aller Menschen entwickelt werden müßten. Er erstrebt eine Gesellschaft, die das individuelle und das allgemeine Interesse miteinander vereinigt. Voraussetzung dafür ist, daß alle arbeiten und alle – je nach ihrer Leistung – am Reichtum teilhaben. So können die Produzenten in brüderliche Beziehungen zueinander treten. Die Menschheitsentwicklung faßt Saint-Simon als gesetzmäßigen Prozeß des Aufstiegs vom Niederen zum Höheren. Er unterscheidet drei Entwicklungsperioden, in denen jeweils ein besonderes Ordnungsprinzip herrscht, das sein eignes ideologisches Gepräge hat: Im Altertum ist es der *Polytheismus* – er entspricht der antiken Sklaverei und dem antiken Militärwesen. Der *Theismus* ist das Prinzip des Mittelalters, der mittelalterlichen Monarchie und Leibeigenschaft. In der Neuzeit schließlich, im Zeitalter der Industrie und der freien Produzenten, herrscht die *Wissenschaft*.

Obwohl Saint-Simon die Vernunft als Triebkraft des Fortschritts faßt und damit eine idealistische Geschichtsphilosophie vertritt, hat er glänzende theoretische Einsichten, die an den historischen Materialismus heranführen. So betrachtet er die Geschichte selbst in erster Linie als eine Entwicklung des materiellen Lebens und betont das Gewicht ökonomischer Faktoren für den *Fortschritt*. Zu seinen genialen Entdeckungen gehört die Erkenntnis, daß die französische Revolution von 1789 einen Klassenkampf darstellte, einen Klassenkampf zwischen Besitzlosen, Bürgertum und Adel. Saint-Simon erklärte „die Politik für die Wissenschaft von der Produktion und sagt voraus das gänzliche Aufgehen der Politik in der Ökonomie“<sup>3</sup>. Engels schreibt im gleichen Zusammenhang, daß hierin im Keim die Einsicht enthalten ist: Die ökonomischen Verhältnisse bilden die Basis für die politischen Einrichtungen. Soviel in Kürze zu Saint-Simon.

Lassen Sie mich nun die Stellung Charles Fouriers (1772–1837), seine Rolle als eines der Vorläufer des wissenschaftlichen Kommunismus, mit den folgenden Sätzen von Friedrich Engels aus seiner berühmten Arbeit über „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ kennzeichnen: „Er deckt die materielle und moralische Misere der bürgerlichen Welt unbarmherzig auf, er hält daneben sowohl die gleißenden Versprechungen der frühern Aufklärer von der Gesellschaft, in der nur die Vernunft herrschen werde, von der alles beglücken die Zivilisation, von der grenzenlosen menschlichen Vervollkommnungsfähigkeit wie auch die schönfärbenden Redensarten der gleichzeitigen Bourgeois-Ideologen; er

weist nach, wie der hochtönendsten Phrase überall die erbärmlichste Wirklichkeit entspricht ... Noch meisterhafter ist seine Kritik der bürgerlichen Gestaltung der Geschlechtsverhältnisse und der Stellung des Weibes in der bürgerlichen Gesellschaft. So spricht er zuerst aus, daß in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist. Am großartigsten aber erscheint Fourier in seiner Auffassung der Geschichte der Gesellschaft. Er teilt ihren ganzen bisherigen Verlauf in vier Entwicklungsstufen: Wildheit, Barbarei, Patriarchat, Zivilisation, welche letztere mit der jetzt sogenannten bürgerlichen Gesellschaft, also mit der seit dem 16. Jahrhundert eingeführten Gesellschaftsordnung, zusammenfällt, und weist nach, „daß die zivilisierte Ordnung jedes Laster, welches die Barbarei auf eine einfache Weise ausübt, zu einer zusammengesetzten, doppelsinnigen, zweideutigen, heuchlerischen Daseinsweise erhebt“, daß die Zivilisation sich in einem ‚fehlerhaften Kreislauf‘ bewegt, in Widersprüchen, die sie stets neu erzeugt, ohne sie überwinden zu können, so daß sie stets das Gegenteil erreicht von dem, was sie erreichen will oder erlangen zu wollen vorgibt. So daß z. B. ‚in der Zivilisation die Armut aus dem Überfluß selbst entspringt‘. Fourier, wie man sieht, handhabt die Dialektik mit derselben Meisterschaft wie sein Zeitgenosse Hegel.“<sup>4</sup>

Fourier setzt sich das Ziel, die Menschheit in ein fünftes, glückliches und harmonisches Entwicklungsstadium zu führen. In ihm sollen die Reichen nicht mehr auf Kosten der Armen leben, Anarchie und Konkurrenzkampf sollen abgeschafft werden. Das Hauptmittel hierzu sind in Fouriers Konzept die „Phalanstères“. Das sind Wirtschaftsgemeinschaften, in denen die Erzeugung und Verteilung der Güter genossenschaftlich organisiert wird. Die Produkte werden durch genossenschaftlich arbeitende Agrar- und Handwerksbetriebe erzeugt.

Für Robert Owen (1771–1858), für seine Auffassung vom Kommunismus ist charakteristisch, daß er durch die – im Gefolge der industriellen Revolution – rasche Zunahme des Elends, der Massenarmut, der Demoralisierung zu einer radikalen Kritik an den bestehenden Verhältnissen und zu theoretischen wie praktischen Versuchen gelangt, dem Kapitalismus eine kommunistische Alternative entgegenzusetzen. Während der fast drei Jahrzehnte seines Wirkens als Leiter einer großen Baumwollspinnerei in New Lanark in Schottland war er bestrebt, eine Reihe von Maßnahmen durchzusetzen, die die sozialen Gegensätze beseitigen sollten. Er verkürzte die Arbeitszeit, erhöhte die Löhne, richtete Musterschulen für die Arbeiterkinder ein. Gestützt auf die englische politische Ökonomie prangerte er die bestehende Ordnung als ungerecht an. Die Arbeiter würden den Profit der Unternehmer schaffen – was die Arbeit erzeuge, müsse jedoch denen gehören, die es erarbeiten. Owen wollte den Kapitalismus durch die Schaffung industrieller Gemeinden beseitigen – in ihnen sollten Arbeit und Eigentum

nach dem Prinzip der Gleichheit verteilt werden.

Auch Owens Rolle in der theoretischen und praktischen Vorbereitung des wissenschaftlichen Kommunismus sei abschließend mit Engels' Worten charakterisiert: „Der Fortschritt zum Kommunismus war der Wendepunkt in Owens Leben. Solange er als bloßer Philanthrop aufgetreten, hatte er nichts geerntet als Reichtum, Beifall, Ehre und Ruhm. Er war der populärste Mann in Europa. Nicht nur seine Standesgenossen, auch Staatsmänner und Fürsten hörten ihm beifällig zu. Als er aber mit seinen kommunistischen Theorien hervortrat, wendete sich das Blatt. Drei große Hindernisse waren es, die ihm vor allem den Weg zur gesellschaftlichen Reform zu versperren schienen: das Privateigentum, die Religion und die gegenwärtige Form der Ehe. Er wußte, was ihm bevorstand, wenn er sie angriff: die allgemeine Ächtung durch die offizielle Gesellschaft, der Verlust seiner ganzen sozialen Stellung. Aber er ließ sich nicht abhalten, sie rücksichtslos anzugreifen, und es geschah, wie er vorhergesehen. Verbannt aus der offiziellen Gesellschaft, totgeschwiegen von der Presse, verarmt durch fehlgeschlagene kommunistische Versuche in Amerika, in denen er sein ganzes Vermögen geopfert, wandte er sich direkt an die Arbeiterklasse und blieb in ihrer Mitte noch dreißig Jahre tätig. Alle gesellschaftlichen Bewegungen, alle wirklichen Fortschritte, die in England im Interesse der Arbeiter zustande gekommen, knüpfen sich an den Namen Owen.“<sup>5</sup> Eine klassische Zusammenstellung der Leistungen und Grenzen des utopisch-sozialistischen und utopisch-kommunistischen Denkens findet man im „Manifest der Kommunistischen Partei“. Bei allem Respekt, den wir dem sozialkritischen Scharfsinn dieser Männer, ihrer Kritik an den Gebrechen des Kapitalismus, der Kühnheit ihrer kommunistischen Projekte schulden, darf jene entscheidende Schranke nicht übersehen werden, die das „Kommunistische Manifest“ so ausspricht: „Die Erfinder dieser Systeme (also Saint-Simon, Fourier und Owen – RF) sehen zwar den Gegensatz der Klassen wie die Wirksamkeit der auflösenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft selbst. Aber sie erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung.“<sup>6</sup> Die revolutionäre Handlungsfähigkeit des Proletariats theoretisch zu begründen und praktisch zu organisieren, das war das Werk der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, Karl Marx und Friedrich Engels, und ihrer Mitstreiter und Nachfolger in der revolutionären Arbeiterbewegung.

### Anmerkungen

- 1 Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 209
- 2 Ebenda, S. 196
- 3 Ebenda, S. 195
- 4 Ebenda, S. 196, 197
- 5 Ebenda, S. 199, 200
- 6 MEW, Bd. 4, S. 490

## Engels in der MEGA (Teil 3 und Schluß)

Für Buch II des „Kapital“ hatte Marx 1868 ein Manuskript erarbeitet, das seit 2012 in der MEGA2 ediert vorliegt.<sup>1</sup> Marx hat wenigstens weitere sieben Manuskripte hinterlassen, die 828 Seiten Text in der MEGA2 einnehmen und seit 2008, nach jahrelanger Arbeit von deutschen, russischen und japanischen Marx-Engels-Forschern ediert, zur Verfügung stehen.<sup>2</sup> Marx' hinterlassene Ausarbeitungen zum „Zirkulationsprozeß des Kapitals“ waren also nicht druckreif. Engels' Bearbeitung derselben kann nicht hoch genug gewertet werden. Nur etwa zwei Jahre nach Marx' Tod und ein und ein halbes Jahr nach Veröffentlichung der 3. deutschen Auflage des ersten Bandes teilte das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ am 30. Juni 1885 das Erscheinen des zweiten Bandes „Der Zirkulationsprozeß des Kapitals“ mit. Engels hatte dem Verleger Meißner dazu einen Text zugesandt, in welchem es hieß: „Der Stoff dieses Bandes gehört wesentlich der ‚höheren‘ Ökonomie an, und bedingt Untersuchungen, die den ökonomischen Tagesfragen ferner liegen als dies im ersten Bande der Fall war. Die Lebensbedingungen der heutigen kapitalistischen Produktion sind aber nicht zu verstehen ohne klare Einsicht in die Vorgänge der Cirkulation, die den Austausch der einzelnen Kapitalisten unter einander, und damit die Reproduktion und den Ersatz ihrer Kapitale vermitteln. Je weniger diese Vorgänge bisher im Zusammenhange untersucht worden, desto mehr Gelegenheit bot sich dem Verfasser, hier wesentlich neue Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, und man darf kühn behaupten, daß die neuen Resultate des zweiten Bandes sich denen des ersten ebenbürtig zur Seite stellen, wenn nicht gar sie übertreffen.“<sup>3</sup>

In seinem Vorwort zum zweiten Band teilte Engels mit, daß er nun an die Bearbeitung von Marx' Manuskript für Buch III gehen wird. Tatsächlich löste Engels ab Ende 1883 mit der 3. deutschen Auflage des ersten Bandes des „Kapitals“, 1884 mit seinem Werk „Der Ursprung der Familie...“ und 1885 mit der Herausgabe der 1. deutschen Auflage des zweiten Bandes des „Kapitals“ eine neue Stufe der Wirkungsgeschichte des Marxismus und der Marxismuskritik aus. Nicht nur zu ökonomischen Problemen wurde Stellung genommen. Es begann ein Sturmangriff auf die allgemeine Theorie von Marx und Engels von der menschlichen Gesellschaft und ihrer Geschichte, meistens kurz als Historischer Materialismus bezeichnet. So schrieb der Kathedersozialist Prof. Georg Adler (1863–1908) 1887: „Marx' Lehre vom Wert und vom Mehrwert ist schon oft kritisiert worden; aber es ist noch nie versucht worden, das ganze Marx'sche kritische System in seiner Gesamtheit zu untersuchen.

(...) Die Konsequenzen der Marx'schen Kritik der bestehenden Volkswirtschaft hängen eng mit der von Marx aufgestellten sogen. ‚materialistischen Geschichtstheorie‘ zusammen. Es erschien daher eine Analyse der letzteren notwendig.“<sup>4</sup> Engels hatte also beginnend mit seinem „Anti-Dühring“ gezeigt, daß die



von Marx und ihm entwickelte Theorie ein System philosophischer, ökonomischer und politischer Auffassungen ist.<sup>5</sup> Die von Marx und Engels begründete Weltanschauung bleibt in der öffentlichen Diskussion. Ende November 2007 veröffentlichte Papst Benedikt XVI. seine zweite Enzyklika „Spe salvi (Gerettet durch die Hoffnung)“. Seit der Entdeckung Amerikas und den Auffassungen von Francis Bacon seien in Europa die Kategorien Vernunft und Freiheit immer stärker in das Zentrum des Fortschrittsglaubens getreten, wie das anhand der Aufklärung, der Französischen Revolution oder der Philosophie von Immanuel Kant zu ersehen sei. „Das 19. Jahrhundert hielt am Fortschrittsglauben als neuer Gestalt menschlicher Hoffnung fest

und sah weiterhin Vernunft und Freiheit als die Leitsterne an, denen man auf dem Weg der Hoffnung folgen mußte. Das immer schnellere Vorangehen der technischen Entwicklung und die damit verbundene Industrialisierung schuf aber nun eine gänzlich neue gesellschaftliche Situation: Es entsteht die Klasse der Industriearbeiter und das ‚Industrieproletariat‘, dessen grauenvolle Lebensbedingungen Friedrich Engels 1845 in einer erschütternden Weise geschildert hat (Gemeint ist das Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ – E. K.). Dem Leser mußte klar sein: Dies darf nicht bleiben. Veränderung ist nötig. Aber die Veränderung wird die ganze Struktur der bürgerlichen Gesellschaft erschüttern und umkehren. Nach der bürgerlichen Revolution von 1789 war eine neue, die proletarische Revolution fällig: Der Fortschritt konnte nicht einfach in kleinen Schritten linear weitergehen. Es brauchte den revolutionären Sprung. Karl Marx hat diesen Anruf der Stunde aufgenommen und mit sprachlicher und denkerischer Kraft diesen neuen großen – und wie er meinte – endgültigen Schritt der Geschichte zum Heilen hin – zu dem, was Kant ‚Reich Gottes‘ bezeichnet hatte – auf den Weg zu bringen versucht. Nachdem die Wahrheit des Jenseits entschwunden sei, gelte es nun, die Wahrheit des Diesseits zu etablieren. Die Kritik des Himmels verwandelt sich in die Kritik der Erde, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik (Gemeint: Marx' „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ von 1844 – E. K.). Der Fortschritt zum Besseren, zur

endgültig guten Welt, kommt nun nicht mehr einfach aus der Wissenschaft, sondern von der Politik – von einer wissenschaftlich bedachten Politik, die die Struktur der Geschichte und der Gesellschaft erkennt und so den Weg zur Revolution, zur Wende aller Dinge weist. Marx hat mit eingehender Genauigkeit, wenn auch parteilich einseitig, die Situation seiner Zeit beschrieben und mit großem analytischen Vermögen die Wege zur Revolution dargestellt (Anspielung auf „Das Kapital“ – E. K.) – nicht nur theoretisch, sondern mit der kommunistischen Partei, die aus dem kommunistischen Manifest von 1848 hervorging, sie auch auf den Weg gebracht. Seine Verheißung hat mit der Klarheit der Analysen und der eindeutigen Angabe der Instrumente für die radikale Veränderung fasziniert und tut es noch immer wieder. Die ‚Revolution‘ ist denn auch eingetreten, am radikalsten in Rußland.“

Noch nie zuvor waren in einem päpstlichen Rundschreiben ausdrücklicher z. B. die Namen von Engels oder Marx genannt und deren Standpunkt so ausführlich dargestellt worden.

Ohne Engels wäre der Marxismus sozusagen nur eine halbe Sache. Daran zu erinnern, ist auch nach Engels' 200. Geburtstag dringend notwendig.

1 Siehe MEGA2, Bd. II/4.3, S. 285-363.

2 Siehe MEGA2, Bd. II/11.

3 MEGA2, Bd. II/13, S. 555.

4 G. Adler: Die Grundlagen der Karl Marx'schen Kritik der bestehenden Volkswirtschaft. Kritische und ökonomisch-literarische Studien. Tübingen 1887, S. V und 1.

5 Siehe E. Kopf: „Das System Marx“ in der öffentlichen Diskussion. Zur Wirkungsgeschichte des II. Bandes von Marx' „Kapital“ 1885 bis zum Erscheinen des III. Bandes Anfang 1895. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Frankfurt am Main. Heft Nr. 77, März 2009, S. 103-127.

# Vorbote einer neuen Gesellschaft

## Zum 150. Jahrestag der Pariser Kommune

Die Antwort auf die Frage, welche Bedeutung dieses Jubiläum für uns heute hat, ist nachzulesen in der Ausarbeitung von Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, geschrieben im April/Mai 1871. (Marx/Engels Werke Band 17) Hilfestellung vermittelt dabei die Einleitung von Friedrich Engels zum 20. Jahrestag der Pariser Kommune am 18. März 1891. (Marx/Engels Werke Band 22)

Eine Kernfrage, auch für heutige Auseinandersetzungen, ist und bleibt der von Marx und Engels zur Charakterisierung der Pariser Kommune verwendete Begriff „Diktatur des Proletariats“. Friedrich Engels schreibt dazu: „Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht. Seht Euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“

Eine Grundthese der bürgerlichen Ideologie besteht seit eh und je darin, Diktatur als „das Böse“ zu verleumden und der Demokratie als „das Gute“, das „non plus ultra“, gegenüberzustellen.

Die Klassiker entlarvten in vielen ihrer Schriften, daß jede herrschende Klasse mittels des Staates als Machtapparat Diktatur über die unterdrückten Klassen und Schichten ausübt.

Die ausführlichste Darstellung des Wesens der Diktatur des Proletariats als der am höchsten entwickelte Demokratie findet sich bei Lenin in „Staat und Revolution“, Werke Band 25, wo er sich auch auf „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ stützt.

Will man das Wesen der Pariser Kommune als Diktatur des Proletariats begreifen, muß man die Schwerpunkte ihrer Politik und die dabei erreichten Ergebnisse für die Arbeiter und breite Kreise des Volkes analysieren.

Was haben die Kommunarden in den Wochen ihrer Herrschaft vom 18. März bis 28. Mai 1871 in Paris durchgesetzt bzw. in Angriff genommen? Marx erklärte, daß die Kommune nicht den bürgerlichen Staatsapparat übernehmen und mit ihm die Herrschaft ausüben kann. Deshalb war das erste Dekret der Kommune die Ersetzung des stehenden Heeres durch das bewaffnete Volk, organisiert in der Nationalgarde, ab einem bestimmten Zeitpunkt überwiegend aus Arbeitern bestehend.

Die Kommune wurde von vornherein als arbeitende Körperschaft organisiert, ihre Beschlüsse trugen einen entschieden proletarischen Charakter. Alle Stadträte der Kommune wurden gewählt, waren persönlich verantwortlich und jederzeit absetzbar. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die Vergütung wurde mit maximal 6 000 Franc, damals 4 800 Mark, festgesetzt.

Nach den Vorstellungen der Pariser Kommunarden sollte die Kommune überall als „die politische Form selbst des kleinsten Dorfes“ organisiert werden. Religion wurde gegenüber dem Staat zur Privatsache erklärt. „Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von allen Einmischungen des Staats und der Kirche gereinigt.“ Für die Richter wurde festgelegt, daß sie wie alle übrigen „öffentlichen Diener“ gewählt, verantwortlich und absetzbar sein sollen. Karl Marx: „Die Kommune war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“

Er betonte die Notwendigkeit der Einheit von politischer und ökonomischer Befreiung: „Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf deren Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft beruht ... Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner.“

Die Kommune richtete ihr politisches Programm auch auf die Gewinnung „der Mittelklasse“, Kleinhändler, Handwerker, Kaufleute und mit besonderem Nachdruck auf die Befreiung der Bauern von den unerträglichen ökonomischen Belastungen durch das Regime der „Krautjunker“.

Unter dem Einfluß der ersten feministischen Massenorganisation wurden solche wichtigen Ergebnisse erreicht wie das Recht der Frauen auf Arbeit, auf gleichen Lohn wie für Männer und einige weitere Rechte. Verfolgt wurde das Ziel der Übergabe der von ihren Besitzern verlassenen und stillgelegten Betriebe an Arbeitergenossenschaften.

Die Pariser Kommune hat in den wenigen Wochen ihrer Existenz beispielhaftes an revolutionären Errungenschaften für die Arbeiterklasse und die Volksmassen erkämpft. Das konnte angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie nicht gehalten werden. Dennoch war das alles letztlich nicht nur eine Utopie. In der DDR wurden über 40 Jahre hinweg wichtige Lehren aus der Pariser Kommune in der Staatsorganisation und -politik schöpferisch angewandt.

Die Monopole als große „Enteigner“ wurden enteignet und in das Eigentum des Volkes überführt, so daß sich nicht weiter „das Ergebnis der Arbeit vieler in den Reichtum der wenigen verwandelte“. Es gab eine Nationale Volksarmee und Sicherheitsorgane

aus Arbeiter und Bauern zum Schutze der revolutionären Errungenschaften, eine Armee, deren oberster Grundsatz war, dem Frieden zu dienen, und die, im Gegensatz zur Bundeswehr, nie in militärischen Einsätzen fremdes Territorium betreten hat. Gleich nach Gründung der DDR wurden alle Bestimmungen des noch bis Ende 1975 geltenden Bürgerlichen Gesetzbuches, die gegen die Gleichberechtigung der Frau gerichtet waren, aufgehoben. Das für die Diktatur der Bourgeoisie charakteristische Berufsbeamtentum wurde abgeschafft, alle Staatsangestellten wurden gewählt oder durch Vertreter gewählter Volksvertretungen berufen und waren für einen in Volkseigenen Betrieben der Höhe nach üblichen „Arbeiterlohn“ tätig.

Kein Richter, vom Obersten Gericht der DDR bis zu den Bezirks- und Kreisgerichten, wurde auf Lebenszeit berufen, sondern mußte sich jeweils in den Volksvertretungen der entsprechenden Ebene nach Rechenschaftslegung turnusmäßig zur Wahl stellen. Das bürgerliche Bildungsprivileg wurde abgeschafft, und allen Kindern des Volks eine kostenlose Bildung bis zu höchsten akademischen Abschlüssen ermöglicht. Marx und Engels analysierten die Ursachen der Niederlage der Pariser Kommune. Friedrich Engels bezeichnete es als schweren Fehler, die Banken nicht anzutasten, so daß die nach Versailles geflohene konterrevolutionäre Regierung unter ihrem Oberhaupt Adolphe Thiers auf deren Mittel zurückgreifen konnte. Es gab unter den Mitgliedern der Kommune eine Spaltung in eine Majorität und eine Minorität und über wichtige Fragen der Strategie und Taktik keine Einigkeit, was den Erfolgs beeinträchtigte.

Die Pariser Kommune organisierte sich unter den Bedingungen des Waffenstillstandes im Deutsch-Französischen Krieg und bei fortdauernde Blockade der Hauptstadt Paris durch die preußischen Truppen. Die Versailler Regierung wäre mit ihrem reduzierten Truppenbestand nicht imstande gewesen, die Pariser Kommune zu besiegen. Auf ihr Ersuchen entließ Bismarck große Teile der Kriegsgefangenen, die dann in die Versailler Armee eingegliedert wurden. Bismarck gestattete auch den Durchmarsch der Versailler Truppen durch die preußische Blockade. Durch durch Verrat gelang es ab 21. Mai 1871, in die Stadt einzudringen. Es kam zu einem erbitterten Kampf, der auf Grund der Übermacht der Truppen von Thiers letztlich mit einer Niederlage der Kommunarden endete. Die Armee der Bourgeoisie beging als Rache einen Massenterror, dem viele Tausende Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Die Pariser Kommune endete am 28. Mai 1871 mit der Ermordung der letzten 147 Kommunarden an der „Mauer der Föderierten“ auf dem Friedhof Père Lachaise.

Dem Reaktionär Bismarck war die Pariser Kommune aus klassenmäßigen Gründen ein Dorn im Auge. Deshalb unterstützte er alle Aktionen der Regierung Thiers als Vertreterin der Bourgeoisie und Krautjunker gegen die Kommune.

Hier zeigte sich, wie an vielen Beispielen der Geschichte vorher und nachher, daß selbst feindlich gegenüberstehende nationale Formationen der Bourgeoisie über alle Konkurrenz hinweg zusammenarbeiten, wenn es gegen die Arbeiterklasse und revolutionäre Kräfte geht.

Eine solch nationale Aktion wie die Pariser Kommune wird unter den heutigen Bedingungen der globalen Vernetzung des Imperialismus und seines Machtapparates nicht mehr möglich sein. Aber der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte. Er kann überwunden werden durch internationale Massenbewegungen, die sich im Kampf um Abwehr der atomaren Bedrohung, gegen Krieg, die Erhaltung unseres Planeten und die Fortexistenz der Menschheit im Kampf gegen die durch kapitalistisches Profitstreben heraufbeschworene

akute Gefahr der Umweltvernichtung zusammenschließen.

Das ist eine der wichtigsten Lehren für heute. Die Pariser Kommune gehört unverändert zu unseren revolutionären Traditionen. Karl Marx schließt sein Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ mit den Worten: „Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.“

**Dr. Dr. Ernst Albrecht**  
Dormagen

## Dank dir, Liebling



Zeichnung: Cornelia Noack

... hab nen kleinen Freund,  
der mir's Herz so doll erwärmt.  
Fühlt er, wie's meinige weint -  
weil ich wurd so eingesperrt?

Ganz tapfer hüpfst der Kleine,  
Knopfaugen äugen mich an,  
als ob, so könnt man meinen,  
er mir vertrauen kann.

So manchen Leckerbissen  
werf ich behutsam ihm hin.  
Schwelg schon in dem Gewissen  
als seine Nährerin.

Doch, auch wenn dieser Knäuel  
mich innerlich erwärmt,  
es packt mich fast ein Gräuel  
kein anderer Vogel, der hier schwärmt.

Wo sind sie bloß geblieben  
der Wintergäste Schar?  
Hat Mensch sie auch vertrieben,

weil er sich selbst nur wichtig war?

Hör's Ungeziefer schon grinsen,  
wird sicher fett und laut.  
Kein Vogel ist zu finden,  
der uns die Plage von dannen kaut.

Ist wie im wahren Leben -  
nur gemeinsam sind wir stark.  
Wenn Mensch alles wird geben,  
überlebt vielleicht der Tiere Art.

Noch leidet mein Freund keine Not.  
Ich lieb ihn, ach welche Lust,  
seiner Brustfedern wegen - dieses Rot  
wärmt innig auch meine Brust.

Bin dir gut, mein kleines Seelchen -  
sind und bleiben wir doch  
beide Rotkehlchen.

**Cornelia Noack**

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Februar!

### Zum 96. Geburtstag

Helga Archut (Berlin) am 21. März

### Zum 94. Geburtstag

Kurt Heß (Plauen) am 2. März  
Heinz Birch (Berlin) am 9. März  
Fritz Ulrich (Berlin) am 10. März

### Zum 92. Geburtstag

Werner Rothe (Schwielowsee) am 9. März  
Sonja Brendel (Berlin) am 16. März  
Gisela Liebe (Berlin) am 16. März  
Johannes Chemnitz (Neuenhagen)  
am 24. März

### Zum 91. Geburtstag

Walter Sitte (Wernigerode) am 8. März  
Rudi Pietschmann (Saßnitz) am 26. März

### Zum 90. Geburtstag

Werner Maletzki (Güstrow) am 1. März  
Marianne Mittag (Dresden) am 17. März  
Thea Kleine (Berlin) am 26. März

### Zum 85. Geburtstag

Ingrid Ossig (Neustrelitz) am 4. März  
Günter Bauch (Fraureuth) am 13. März  
Gerhard Schiborowski (Hagenow)  
am 16. März  
Wolfgang Koch (Berlin) am 29. März

### Zum 80. Geburtstag

Wolfram Güntzel (Graag-Müritz) am 1. März  
Peter Bleyel (Tanne) am 9. März  
Jost Zempel (Olbernhau) am 23. März  
Reinhard Peter (Magdeburg) am 30. März

### Zum 75. Geburtstag

Jürgen Fleitmann (Zetel) am 7. März

### Zum 70. Geburtstag

Ingolf Töle (Oranienburg),  
OT Schmachtenhagen am 14. März

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

# Ein Lehrbeispiel sozialistischer Außenpolitik

Der erste Hoheitsakt der Diktatur des Proletariats in Rußland 1917  
war das Dekret über den Frieden

In dem Gedicht Bertolt Brechts „Der Schwankende“ ist zu lesen: „Einen Teil unserer Wörter hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.“ Daß der Feind dies tut und Wörtern einen ihm genehmen Inhalt gibt, ist nicht neu. Neu ist auch nicht, daß nicht wenige Linke diesem Treiben immer wieder auf den Leim gehen. Ein Hauptgrund dafür dürfte sein, daß in der linken Bewegung – vor allem in den letzten 30 Jahren – theoretische Kenntnisse des Marxismus in ihrer gesamten Breite und Tiefe einschließlich historischer Fakten weder zum Basiswissen der Führungskräfte gehören noch die Mitglieder zu systematischen Schulungen animiert werden.

Zu solchen gemiedenen Begriffen gehört „Diktatur des Proletariats“. Der als wissenschaftliche Methode bezeichnete Trick, der angeblich Objektivität garantiert, besteht darin, die „Wörter“ zu lange so zu drehen und zu wenden, bis daraus Klassen, Klassenherrschaft, Klassenkämpfe und Klassenkräfte, die Herrschaft von Gruppen in den ökonomisch herrschenden Klassen, verschwunden sind. Vortrefflich wird dabei vom Wesen des Phänomens „Staat“ abgelenkt. Die Frage nach dem Klasseninhalt jedweden Staates taucht dann nicht mehr auf. In der marxistischen Theorie wurde deshalb klar zwischen Wesen und Erscheinung, zwischen Allgemeinen, Besonderen und Einzelnen unterschieden.

Hier sei auf das 1975 erschienene DDR-Lehrbuch „Marxistisch-Leninistische Staats- und Rechtstheorie“, das hoffentlich noch in dem einen oder anderen Bücherregal der älteren DDR-Generation zu finden ist, verwiesen. Darin heißt es: „Es kann deshalb festgestellt werden, daß einer jeden ökonomischen Formation der Klassengesellschaft ein bestimmter historischer Staatstyp entspricht. Der Staatstyp gibt darüber Aufschluß, welche ökonomische Basis der Staat schützt, den Interessen welcher herrschenden Klasse er dient. Mit dem Staatstyp wird der Staat klassenmäßig konkret bestimmt, wird ausgesagt, Diktatur welcher herrschenden Klasse er ist ... In der Staatsform tritt das Wesen des Staates in Erscheinung. Jedem Staatstyp sind bestimmte Staatsformen eigen“.<sup>1</sup>

Gerade die klassenmäßigen Zusammenhänge zwischen Diktatur der ökonomisch herrschenden Klasse (der Sklavenhalter, des Feudaladels, der Bourgeoisie, der Monopolbourgeoisie, des Proletariats) und Frieden und Krieg bieten vielfältige argumentative Möglichkeiten, Marxismus zu propagieren und vor allem nachzuweisen, daß ohne ihn der strategische Kompaß verloren geht.

Es dürfte unbestritten sein, daß die sozialistischen Staaten von Anfang an, also unmittelbar nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland und der Etablierung der Diktatur des Proletariats, bis zu ihrem Untergang weltweit mit Friedensinitiativen hervorgetreten sind. Die ersten vierzig Jahre des Bestehens der Vereinten Nationen bestätigen eindrucksvoll, daß die Forderung nach Ab-



Streikende Arbeiter und Arbeiterinnen der Putilow-Werke am ersten Tag der Februarrevolution in Petrograd 1917

rüstung immer wieder von den sozialistischen Staaten ausging und Widerstand von den imperialistischen Staaten kam. Niemals sollte in den Annalen der Weltgeschichte vergessen werden – und es ist Verpflichtung von Linken, dies wachzuhalten –, daß zur Diktatur des Proletariats wesenseigen der Frieden gehört. Für Arbeiter und Bauern gibt es kein materielles und natürliches Interesse an Kriegen. Ihre soziale Stellung ist insoweit in allen Ländern gleich. Sie gehören niemals zu den Gewinnern von Kriegen. Deshalb heißt es im ersten Hoheitsakt der Diktatur des Proletariats am 25. Oktober (7. November) 1917: „Die neue Arbeiter- und Bauernregierung wird sofort allen kriegführenden Völkern einen gerechten und demokratischen Frieden anbieten.“<sup>2</sup>

Im Gegensatz zu vielen bürgerlichen Staaten blieb es nicht bei Worten. Auf dem Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten vom 25. bis 26. Oktober (7. bis 8. November) 1917 hat Lenin das „Dekret über den Frieden“ zur Beschlußfassung dem Gremium unterbreitet und verlesen: „Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24. bis 25. Oktober geschaffen wurde und die sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen.

Ein gerechter oder demokratischer Frieden, wie ihn die überwältigende Mehrheit

der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt, einen Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste gefordert haben, ein solcher Frieden ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen ...“<sup>3</sup>

Das Dekret über den Frieden ist ein Lehrbeispiel für sozialistische Außenpolitik. Würden heutige Politiker die darin entwickelten Grundprinzipien zu Grundlage von Friedensgesprächen und -verhandlungen nehmen, würde sich die Welt wieder mehr in Richtung Frieden, Stärkung der UN-Charta usw. bewegen. Es würde von Linken erkannt werden, daß die NATO seit 1990 keinerlei Berechtigung mehr hat. Insofern ist der Begriff der Äquidistanz im Verhältnis zu Rußland

völlig absurd. Wer in der Friedenspolitik glaubwürdig sein will, kann und muß die Auflösung der NATO fordern. Alles andere ist Verrat an den Interessen der Arbeiter und der Völker. Zur bürgerlichen Gesellschaft gehört der Krieg. Vor genau 105 Jahren schrieb Rosa Luxemburg: „Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthäufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdeställen; Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse ... in Fetzen gerissen ... Geschändet, entehrt, im Blute wadend ... so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie.“<sup>4</sup>

Bedarf es nach zwei Weltkriegen eines weitern, um zu begreifen, daß die Schrecken des Krieges von der Menschheit nur durch Überwindung imperialistischer Macht- und Herrschaftsstrukturen abgewendet werden können?

Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Berlin

## Quellen

- 1 Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie, Lehrbuch, Staatverlag der DDR, 1975, S. 75
- 2 Lenin, Werke Bd. 26, S. 230
- 3 Lenin, a. a. O., S. 239
- 4 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 52/53

# Heldenhafte Verteidigung der Arbeiter

## Die Märzaktion im mitteldeutschen Industrierevier 1921 und die Debatte in KPD und Kommunistischer Internationale um die Einheitsfrontpolitik

Die „Rote Fahne“ titelte in der Frühausgabe des 17. März 1921: „Die Konterrevolution schlägt zu!“ und gab den Inhalt einer am Tag zuvor erlassenen Eilverfügung des sächsischen Verwaltungspräsidenten Friedrich Hölsing (SPD) wieder. Hölsing hatte in Abstimmung mit seinem Parteikollegen, dem preußischen Innenminister Carl Severing, beschlossen, daß zur Niederschlagung der Arbeiterkämpfe „in den nächsten Tagen starke Polizeiaufgebote“ der neugebildeten Schutzpolizei (SiPo) in das mitteldeutsche Industrierevier im Bereich Halle/Merseburg und Mansfelder Land (heute Sachsen-Anhalt) verlegt werden. Die SiPo setzte sich mehrheitlich aus aufgelösten Reichswehreinheiten zusammen und war als paramilitärischer Verband mit schweren Waffen, Panzerfahrzeugen und Artillerie ausgerüstet.

Die Meldung der „Roten Fahne“ platzte in die für den Morgen des 17. März 1921 anberaumte Sitzung des Zentralausschusses (ZA) der VKPD (nach dem Übertritt von etwa 300 000 USPD-Mitgliedern zur KPD nannte sich die Partei bis zum Jenaer Parteitag im August 1921 V(ereinigte)KPD). Das Ergebnis der Sitzung der Zentrale konnte man am Folgetag in der „Roten Fahne“ lesen: „Kein Zaudern mehr!“ Die Bourgeoisie habe mit Hilfe der willfähigen Mehrheitssozialdemokratie der Arbeiterschaft den Krieg erklärt, nun sei mit gleicher Münze zurückzuschlagen: „Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet.“ Schon tags darauf, am 19. März 1921, marschierten schwerbewaffnete Hundertschaften der SiPo im mitteldeutschen Industrierevier ein, besetzten mehrere Städte, drangen in Bergwerke und Betriebe ein und riegelten die Verbindungsstraßen ab. In vielen Betrieben und Gruben trat daraufhin die Arbeiterschaft in den Streik, die Bezirksleitung der VKPD Halle-Merseburg rief am 21. März 1921 zum Generalstreik unter den Forderungen „Sofortiger Abzug von Sipo und Reichswehr“ sowie „Entwaffnung der Konterrevolution“ auf.

In dieser Situation kam der VKPD ihre starke Verankerung in den Massen zu Gute, sie konnte allein im Bezirk Halle auf etwa 67 000 Mitglieder zurückgreifen und hatte bei den Wahlen im Februar annähernd 200 000 Stimmen erzielt. Die VKPD kooperierte zudem mit der lokal über nennenswerte Kräfte verfügenden Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD), die sich Anfang April 1920 als linke Abspaltung von der VKPD getrennt hatte. Nach dem Einmarsch von Sipo und Reichswehreinheiten im Mansfelder Land traten auch dort die Arbeiter in den Generalstreik. Zunehmend kam es am 22. März rund um Eisleben, Hettstedt und Halle zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Arbeitern Polizeikräften. Zur zentralen Figur der Märzkämpfe im Mansfelder Land wurde Max Hölz, langjähriger Vorsitzender

des Arbeitslosenrats in Falkenstein/Vogtland, überall bekannt unter seinen Spitznamen „Roter Robin Hood“ und „Kesselheizer der Revolution“. Zeitweise wegen „Disziplinosigkeit“ aus der KPD ausgeschlossen, war er am 22. März in Eisfeld eingetroffen, scharte eine über 500 Mann starke bewaffnete Truppe um sich und stellte an verschiedenen Orten die Einheiten der Polizei. Am 23. März 1921 griff der Generalstreik auf die 1916 von der BASF gegründeten Leuna-Werke über. 4 000 der insgesamt 20 000 streikenden Arbeiter wurden unter Waffen genommen, binnen zwei Tagen ein Panzerzug auf dem Werksgelände aufgebaut. Die Arbeiter verschanzten sich im Werk und trafen Vorbereitungen für das bevorstehende Eintreffen der Regierungstruppen. Die Besetzung des Werks sprach sich schnell herum, in umliegenden Betrieben und Gruben traten tausende Arbeiter in den Solidaritätsstreik. Im Werk selbst organisierte eine Kampfleitung aus VKPD- und KAPD-Angehörigen den Widerstand. Der Bahnhof Leuna und Straßenkreuzungen im Bereich Merseburg wurden der Kontrolle von Arbeitermilizen unterstellt.

Mittlerweile hatte die VKPD den Generalstreik im ganzen Reich ausgerufen, ein Aufruf, der allerdings bis auf das Ruhrgebiet, Hamburg, die Lausitz und Thüringen ohne nennenswerten Widerhall blieb. Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) verhängte den Ausnahmezustand (Artikel 48 Weimarer Reichsverfassung) für die Gebiete Sachsen und Groß-Hamburg, der Vertrieb der VKPD-Zeitungen „Rote Fahne“, „Mansfelder Volkszeitung“ und der Bezirkszeitung „Klassenkampf“ wurde verboten. Am 26. März 1921 gingen die Polizei- und Reichswehrtruppen zur Generaloffensive über. Sie durchkämmten in mehreren aufeinanderfolgenden Wellen das gesamte Aufstandsgebiet. Einkesselte Arbeitereinheiten wurden unter Artilleriefeuer genommen und zerschlagen, der Ring um die Leuna-Werke enger gezogen. Auch die mittlerweile auf etwa 2 000 Mann angewachsene Truppe um Max Hölz, der weitgehend die Munition ausgegangen war, mußte einen Angriff auf das Munitionsdepot in Ammendorf angesichts der Polizeiübermacht aufgeben. Die Reste der Kräfte um Hölz wurden am 1. April 1921 bei Beesenstedt zerschlagen. Hölz entkam zunächst, wurde aber in Berlin zwei Wochen später gefaßt und zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Erst 1928 kam er aufgrund des jahrelang von der Roten Hilfe organisierten Protestes wieder frei.

Den Schlußpunkt der Märzkämpfe markierte die Einnahme der Leuna-Werke durch Polizei und Reichswehr: Einkreiselt von über 2 000 Polizeikräften, beschoß das Reichswehrartillerie Regiment Nr. 4 in den frühen Morgenstunden des 29. März 1921 das Werk. Im Bericht der Sipo war nachzulesen: „... um 7 Uhr früh der Sturm. Die Aufrührer verloren

etwa 70 Tote. Es wurden 2 500 Gefangene eingebracht. Und 800 Gewehre, 3 Maschinengewehre, 1 behelfsmäßiger Panzerzug und 4 Lastkraftwagen erbeutet.“

Schon Anfang April 1921 entspann sich in der VKPD und der Komintern eine kontroverse Diskussion um die Frage, ob die Ereignisse der vorangegangenen zwei Wochen und die Zerschlagung des Märzaufstandes auf einer Überschätzung eigener Kräfte beruhten. Hatte sich der Zentralausschuß, getragen von dem Aufstieg der VKPD zur Massenpartei, befördert durch die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse im mitteldeutschen Industrierevier und bei Vernachlässigung des Einheitsfrontgedankens zur geduldigen Gewinnung noch unentschlossener Teile der Arbeiterklasse, dazu verleiten lassen, vorschnell auf den revolutionären Funken zu setzen, der auf das Reich überzuspringen hoffen ließ?

Auf der Sitzung des Zentralausschusses vom 7. April 1921 prallten die Standpunkte von Heinrich Brandler (Parteileitung), der die Märzaktion rechtfertigte, und insbesondere Clara Zetkin, die argumentierte, es sei eine Fehleinschätzung, den regionalen Abwehrkampf der Arbeiterschaft in einen reichsweiten Kampf um die Macht umzudeuten, aufeinander. Mit dem Antrag, über diese Punkte auf einem Parteitag zu beschließen, scheiterte Zetkin. In den folgenden Monaten verließen mehr als 200 000 Mitglieder die Partei. Paul Levi, der in Gegnerschaft zur „Offensivtheorie“ bereits im Februar als Vorstand der VKPD zurückgetreten war, publizierte die Broschüre „Wider den Putschismus“, in welcher er der Zentrale die Schuld an den Opfern des Arbeiteraufstandes zuwies. Levi wurde deshalb am 15. April 1921 aus der Partei ausgeschlossen.

In der Folge setzte in der VKPD ein Überdenken der Märzaktion ein. Eine Auswertung der Diskussionen auf dem III. Weltkongreß der Komintern (Juni/Juli 1921) und der Beschlüsse des 7. Parteitags der KPD (August 1921) zeigt, daß sich letztlich Lenins ausgewogene Sichtweise durchgesetzt hatte. Er schrieb „Die Märzaktion war kein „Bakunistenputsch“ (für eine solche Schmähung mußte man Levi ausschließen), sondern eine heldenhafte Verteidigung der revolutionären Arbeiter, ... aber wie heldenhaft dies auch war, in Zukunft darf man einen solchen Kampf, provoziert von der Regierung, ... nicht aufnehmen, solange die Kommunisten nicht die Mehrheit im ganzen Lande, sondern nur in einem kleinen Bezirk hinter sich haben“ (Lenin: Werke, Band 1917–1923, Berlin 1971, S. 330 f.). Die Erfolge der offensiven Einheitsfrontpolitik der KPD im Eisenbahnerstreik und im süddeutschen Metallarbeiterstreik im Februar und der damit neugewonnene Masseneinfluß der Partei gaben ihm Recht.

# Bildung statt Almosen

## FDJ-Brigaden der Freundschaft halfen Ländern Afrikas und Asiens (Teil 2 und Schluß)

Ein bedeutenden Beitrag zur Vorbereitung der Brigadisten auf ihren Einsatz leistete die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ mit ihrer Außenstelle in Bärenklau in der Nähe von Oranienburg.

An einigen ausgewählten Beispielen soll das Wirken der Brigaden verdeutlicht werden:

Im Jahr 1964 wurde von der ersten Brigade in Mali/Somo Hilfe bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion geleistet.

In Algerien errichteten die Brigadisten das Dorf Quadhias im Rahmen einer Aktion des Weltbundes der Demokratischen Studenten (WBD) für Angehörige von Gefallenen des antikolonialen Befreiungskampfes. Im Jahr 1966 entstand auf der Insel Sansibar das Musterdorf BAMBI. Gleichzeitig wurden Zimmerer, Maurer und Bautischler ausgebildet und eine Schule für die Ausbildung von Schlossern, Elektrikern und Klempnern geschaffen. In der Nähe der Hauptstadt Guineas Conakry bauten die Brigadisten eine Reparaturwerkstatt für Zweiräder. In Madait (Algerien) begann die Brigade „Hans Beimler“ im Jahr 1967 mit dem Bau eines Berufsausbildungszentrums für Dreher, Schlosser und Tischler.

In Dioro (Mali) wurde ein Agrarzentrum entwickelt, ausgestattet mit einem

Reparaturstützpunkt. Gleichzeitig errichteten die Brigaden eine 400 Hektar große Farm, auf der 150 Kader für die landwirtschaftliche Produktion ausgebildet wurden. Gleiches geschah in Ratoma (Guinea).

Im Jahr 1969 begann die Brigade „Artur Becker“ in Bouiva (Algerien) mit dem Aufbau eines Zentrums für Agrarprodukte und half bei der Entwicklung einer modernen Feld- und Viehwirtschaft.

Zwischen 1964 und 1988 waren mehr als 60 Freundschaftsbrigaden in 26 Ländern tätig. Der Einsatz der Brigadisten, der unter schwierigen materiellen und klimatischen Bedingungen stattfand, formte auch deren Persönlichkeit. Ein Brigadist hielt fest: „Wir reparieren LKW, Traktoren, bringen Mais- und Maniokmühlen in Ordnung, helfen, wo wir können. Im ersten Jahr bin ich jeden Tag mit einem Wasserwagen 35 Kilometer zu einer Quelle gefahren, um Frischwasser für die Mädchen und Jungen in einem benachbarten Kinderheim zu holen. So etwas prägt sich ein. Bei der Gründung der Volksrepublik waren fast 85 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Woher sollten sie wissen, wie man einen LKW fährt, einen Motor repariert. Maschinen bedient?“ Natürlich fanden die Leistungen der Brigaden auch

in den Einsatzländern selbst Würdigung und Anerkennung. Der Vizepräsident der Demokratischen Republik Somalia, General Hussein Kulmii Afra, äußerte sich 1975 zur Hilfe der sozialistischen Länder folgendermaßen: „Die Kolonialmächte haben uns zwar einige Almosen gegeben, aber niemals Wissen und Bildung. Die sozialistischen Länder, insbesondere die DDR, verhalten sich anders. Die einen geben uns einen Fisch und wenn wir ihn gegessen haben, hungern wir weiter. Die anderen geben uns das Angelzeug, damit wir uns alle Tage satt essen können.“

Die Brigaden der Freundschaft entstanden in einer Zeit härtester Klassenseinseitigkeiten auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung zwischen den Systemen. Dabei spielte ihr Einsatz in den Ländern der nichtpaktgebundenen Bewegung eine wichtige Rolle und hat entscheidende Akzente in der aktiven Solidarität mit ihnen gesetzt.

Ihre Arbeit war ein würdiger Beitrag der FDJ innerhalb der Solidaritätsbewegung der Werktätigen der DDR. Sie haben für den Jugendverband weltweit Ruhm und Ehre erworben, der bis in unsere Zeit hineinwirkt.

**Bringfried Werk**  
Bernau

# Wladimir Iljitsch Lenin über die geistige Manipulation der Menschen im Kapitalismus

Albert Einstein (1879–1955) hat Lenin verehrt als „einen Mann, der seine ganze Kraft unter völliger Aufopferung seiner Person für die Realisierung sozialer Gerechtigkeit eingesetzt hat.“ Eines sei sicher, so Einstein: „Männer wie er sind die Hüter und Erneuerer des Gewissens der Menschheit.“ Immer wieder hat Lenin die verheerende Manipulation der Presse in der bürgerlichen Demokratie angeprangert. Das war keine Obsession, sondern entsprach der Logik der Wirklichkeit. In den ersten Wochen der Revolution 1917 forderte er in seiner Rede zur Pressefrage eindringlich, von der „vom Kapital abhängigen Pressefreiheit“ abzukommen. Beim Fortschreiten zur sozialen Revolution könnten zu den Bomben der konterrevolutionären Weißen Armee nicht noch „Lügenbomben“ hinzugefügt werden. Zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere gehört die Betäubung und Korrumpierung des Denkens auf vielen unterschiedlichen Ebenen. Der von der bürgerlich Demokratie so hoch gehaltene Wert der Pressefreiheit ist, so Lenin, „Lug und Trug, denn in Wirklichkeit bedeutet sie die Freiheit für die Reichen, die Presse zu kaufen und zu korrumpieren, die Freiheit für die Reichen, das Volk mit dem Fusel der bürgerlichen Zeitungslügen betrunken zu machen (...).“ Georg Wilhelm Friedrich

Hegel (1770–1831) hatte in seinen Äußerungen zur „Preßfreiheit“ als das „Substantielle“ qualifiziert, daß „Verletzung der Ehre von Individuen überhaupt, Verleumdung, Schmähung, Verächtlichmachung der Regierung, ihrer Behörden und Beamten, der Person des Fürsten insbesondere, Verhöhnung der Gesetze, Aufforderung zum Aufruhr usf. Verbrechen, Vergehen mit den mannigfaltigsten Abstufungen sind.“ Das entsprach ganz der Ideologie des Bürgertums, das zur Befreiung aus den Fesseln des Feudalismus angetreten ist und jetzt seine Macht ideologisch über Medien festigte. Es war für Lenin nicht die Zeit, die Zeitungen zu gruppieren oder ihre Parteinahmen und Alibifunktionen in der Diktatur der bürgerlichen Demokratie zu qualifizieren. An Wendepunkten der Geschichte sind nur wenig Differenzierungen in der von der herrschenden Klasse und ihren Gruppierungen vermittelten Ideologie festzustellen. Das war 1914 nicht anders als bei den völkerrechtswidrigen Kriegen der imperialistischen Westmächte gegen Jugoslawien (1999), Afghanistan (2001), den Irak (2003) oder gegen Libyen (2011). Das Lügengewebe von Kriegstreibern in den USA wie George W. Bush (geb. 1946) oder in Deutschland wie Josef „Joschka“ Fischer (geb. 1948) wurde von den bürgerlichen Medien papageienhaft

wiedergegeben und die Kriegsverbrechen, wennschon nicht direkt applaudiert, so doch nicht in Frage gestellt. Deutschland würde, so vermittelten die Fischer und Co., am Balkan ein „Auschwitz“ verhindern und „Frieden stiften“. Die Erinnerung, daß das Deutschland von Adolf Hitler (1889–1945) mit seinen Finanziers auch nur für den „deutschen Frieden“ völkermordende Kriege begonnen hat, hat keine Bedeutung mehr.

Die Umstellung der Zeitungen als „Werkzeuge des Betrugs und der Irreführung der werktätigen Massen“ hin zu einem „Werkzeug zur Aufklärung und Belehrung der Massen“ war in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution aufgrund der historischen Realitäten nicht von heute auf morgen zu realisieren. Lenin forderte 1921 eine beharrliche und systematische Pressearbeit und sah in der breiten Förderung von Abonnements kommunistischer Zeitungen eine Perspektive, ja einen „Schritt vorwärts vom Kapitalismus zum Kommunismus.“ Die Zeitungen und Zeitschriften des sozialistischen Aufbaus sollten die Massen veranlassen, ihre Interessen zu erkennen und dafür solidarisch zu kämpfen.

**Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**

Aus: Zeitung der Arbeit vom 9. Januar 2021

## Das hier wollte ich nicht

Nach dreißig Jahren real existierendem Kapitalismus sehne ich mich in die soziale Wärme der DDR zurück. Das Radio meldete soeben, daß es in Niedersachsen ca. 8 600 Wohnungslose gibt. Auf dem Hannoveraner Hauptbahnhof wird man regelmäßig von Obdachlosen angebettelt. Wer wie ich in einem deutschen Staat aufgewachsen ist, der diese Unwürdigkeit nicht kannte, ist jedesmal entsetzt. Im Sommer 2020 wollte ich einer etwa 35jährigen abgemagerten Frau einen Apfel statt eines Euros schenken, da fragte sie, ob sie nicht doch den Euro kriegen könnte, weil sie wegen ihrer fehlenden Zähne den Apfel nicht beißen könne. Ich war erschüttert, denn sie hatte nicht nur offensichtlich kein Zuhause, sondern war noch dazu alkohol- und Crystal-Meth-abhängig, was u. a. zu Zahnausfall führt. Warum zum Teufel bekommt ein so reicher Staat wie die BRD es nicht hin, sich um mental labile Menschen zu kümmern, sie zu unterstützen und ihnen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen? Sind ihm die Menschen so egal, daß er einen Teil seiner wortreich beschworenen „Gemeinschaft“ einfach verkommen läßt? Warum hat es die „arme“ DDR geschafft, gestrauchelte Menschen nicht fallenzulassen? Warum stören die Obdachlosen im Straßenbild nicht die Herrschenden? Allein Hannover hat offiziell um die 400 und die Dunkelziffer liegt sicherlich höher.

Es ist jedoch nicht nur dies, was einen umtreibt. Angefangen von der Bildungsmisere führt ein Faden zu Altersarmut und Alters einsamkeit, zu Klimafrevel und Militärausgaben. Mein Sohn berichtete mir von einem iranischen Studenten, der verwundert darüber war, daß das deutsche Abitur nur Stückwerk ist. Im Iran wird in jedem Fach eine fünfständige Abschlußprüfung geschrieben, ebenso in China oder Vietnam. Studenten aus dem asiatischen Raum sind naturwissenschaftlich-mathematisch up to date. Will die BRD hier bald zum Schlußlicht gehören? Die Corona-Generation steht schon in den Startlöchern. Schlechtbezahlte Handwerker oder Pflegerinnen und Pfleger bringen dieses Land nicht voran.

Niemand kann es sich im Grunde leisten, im Dienstleistungsbereich zu arbeiten. Auch in der DDR wurde in ihm nicht gut bezahlt. Meine Schwester bekam als Bibliothekarin 450 Mark monatlich. Ihre Ein-Zimmer-Neubauwohnung (ca. 38 Quadratmeter) kostete im Monat 27 Mark warm – 6 Prozent vom Gehalt. Meine heutige Freundin aber – alleinerziehend mit Kind – arbeitet im Pflegeheim und verdient netto 1 700 Euro. Die Warmmiete für ihre 61 Quadratmeter große Neubauwohnung beträgt 980 Euro – 57,6 Prozent. Noch Fragen? Abzüglich der Kosten für das kleine Auto und für Essen bleibt kaum etwas zum Sparen übrig. Man kann sich nichts aufbauen, bleibt immer der arme Angestellte, der man am Anfang war. Erstrebenswert ist so ein Leben nicht. Abgesehen von dem fehlenden gesellschaftlichen Renommee, ist den meisten nicht klar, daß später die Rente nicht zum Leben reichen wird. Warum hat die „marode“ DDR das alles geschafft?

Zur Bildungspolitik: In der Grundschule meines Jüngsten hatte ich mich einmal bereit erklärt, eine von fünf „Lesemüttern“ zu sein, weil Lehrer einer 1. Klasse mit 25 Schülern mit dieser Aufgabe offensichtlich überfordert waren. Mein Denkfehler war, aushelfen zu wollen, denn ich war Stundendisziplin aus der Polytechnischen Oberschule (POS) gewohnt. Das brachten diese fünf Kinder nicht mit und konnten es auch nicht. Ihre Erziehung verlief gänzlich anders als bei uns damals im Leseland DDR. Ohne Disziplin gibt es kein or-



dentliches Lernen, kommt spätestens in der 10. Klasse das böse Erwachen. Umfassende Bildung und Ausbildung, Lernhilfe geben und nehmen, menschliche Solidarität und eine sonnige Kindheit erleben – das fehlt heute vielerorts.

In dieser Gesellschaft ist es vermessen, Solidarität üben zu wollen, denn die wirklich Reichen und Herrschenden sind nicht solidarisch mit uns, den unteren Schichten. In den Geschichten aus der „Merkelei“ wird uns Solidarität zwar immer wieder in der „Tageschau“ vorgebetet, im Alltag jedoch ist sich jeder selbst der Nächste.

Die Altersarmut wird zunehmen. In den Publikationen des Deutschen Instituts für Urbanistik aus Berlin kann man das nachlesen. Die Kommunen sind darauf nicht vorbereitet, weder personell noch strategisch. Es gibt kein echtes soziales Netz für arme Alte, das sich auch um die Gestrauchelten, Verwahrlosten als Menschen kümmert, sie im Lebensalltag unterstützt und berät. Diese Bürger haben keine Lobby. Sie „rechnen“ sich nicht.

Alterseinsamkeit – ein weiteres Thema – ist für viele Menschen, die keine Kinder und Enkel haben, programmiert. Ursache ist auch hier das gesellschaftliche System der BRD. Unsere Mütter in der DDR waren meist Anfang oder Mitte Zwanzig, wenn das erste Kind geboren wurde. Durch das gut organisierte System von Kinderkrippen, Kindergärten und Horten konnten sie ihre Lehre zu Ende machen, arbeiten gehen, auch als Alleinerziehende ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, mußten nicht abhängig bleiben und konnten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Junge Mütter von heute sind, wenn sie studiert

haben, im Schnitt 35 Jahre alt, wenn das erste Kind geboren wird. Sie können sich ihren Kinderwunsch erst erfüllen, wenn das Studium abgeschlossen ist und sie einige Jahre im Beruf standen. Damit sie nach der Babypause nicht den Job verlieren, verzichten die meisten auf ein zweites Kind. Ist das gesund für eine Gesellschaft? Ich meine, nein. Wollten wir das 1989? Frei nach dem Motto: Deutschland vergreist und die Gesellschaft verarmt?

Aus politischer Unerfahrenheit bin ich 1989 den Verblendeten der Dresdener Montagsdemos nachgelaufen. Heute kann ich sagen: Nein, das hier wollte ich nicht, auf keinen Fall! Mein Ziel war ein gerechtes, kluges deutsches Land, das sich für immer dem friedlichen Aufbau verpflichtet fühlen sollte. Deshalb war die Landung so hart, als wir erkennen mußten, daß wir für die „Brüder und Schwestern“ nur Beute waren. Sie haben gern uns gut ausgebildete junge Facharbeiter genommen, doch nun ist das Geschrei groß, weil nicht mehr genug qualifizierte junge Menschen nachkommen. Die DDR hatte damals die Nase vorn mit ihrer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, deren Bedeutung ich erst heute richtig erfasse. Im Durchschnitt hatte jede Familie zwei Kinder, die sich auf ein gutes, preiswertes oder sogar kostenloses soziales Netz von Ausbildung und Freizeitaktivitäten stützen konnten. Als kinderreich galt man ab drei Kindern und bekam Vergünstigungen. Jeder erhielt eine Lehrausbildung, wenn auch nicht jeder seinen Wunschberuf. Wie viele Schulabgänger liegen heute auf der Straße, können keine Ausbildung beginnen. Wenn die Eltern keine „Überbrückung“ finanzieren können, sind diese Jugendlichen angeschmiert. Da hilft kein Staat, der hält sich raus, schreit aber gleichzeitig nach Fachkräften. Die BRD hat 1989 gewonnen, weil sie in Teilen produktiver als die DDR war und vor allem skrupellos. Doch heute kehrt sich dies mehr und mehr um in Antiproduktivität.

Wer eine Rechnung aller Kosten anstellt, sollte nicht nur die glänzenden Seiten berücksichtigen, sondern auch die Verluste in Form von gesellschaftlicher Unzufriedenheit, AfD-Protestwählern, Umweltzerstörung, Kriegstreiberei, Russenhaß, Bevölkerungsverdummung und der Masse von Abgehängten am unteren Rand der Gesellschaft. Was hat Kohl 1989 in Dresden groß getötet? „Vielen wird es besser gehen, keinem schlechter!“ Es war eine Lüge. Vor allem in den schlecht bezahlten Stellen werden die Menschen mehr und mehr ausgequetscht oder mit Entzug von Geld mundtot gemacht. Geht das ewig so weiter? Und wenn die jungen Menschen ohne Ausbildung keine Arbeit bekommen, müssen sie eben zur Bundeswehr. Sieht so die Lösung des Problems aus? Werden Gewalttäter und Mörder erzo-gen, die mit Waffen zerstören, was andere Völker mit ihren Händen mühsam aufgebaut haben? Die BRD ist mit ihrer Ausbildungskrise, der Klimakrise und den horrenden Rüstungsausgaben dabei, sich selbst abzuschaffen und andere Länder mit in den Abgrund zu reißen.

**Andrea Wohlfahrt**  
Hemmingen

# Grundfragen kommunistischer Politik

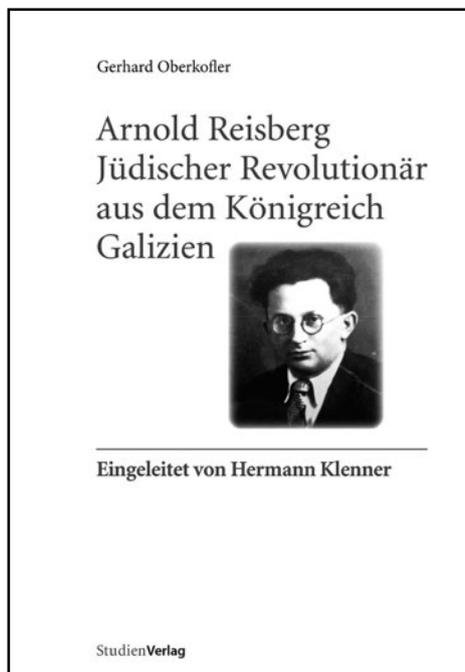
Gerhard Oberkofler hat eine Biographie des marxistischen Historikers Arnold Reisberg geschrieben

Im April 2020 erinnerte der „RotFuchs“ an das Buch „Lenins Jugend“ des Historikers Arnold Reisberg (1904–1980), das 1973 im Verlag Neues Leben erschienen war. Es war eine der am weitesten verbreiteten Publikationen des Wissenschaftlers. Er schilderte darin anschaulich die gesellschaftlichen Verhältnisse in Simbirsk, wo Lenin Kindheit und Jugend verbrachte, aber auch das familiäre Leben der Uljanows. Simbirsk war, so Reisberg, „die rückständigste und hinterwäldlerischste aller Gouvernementsstädte an der Wolga“, damals noch 150 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation entfernt. Der Autor reicherte seinen Text mit vielen Episoden und Details an, schilderte das Elternhaus des jungen Wladimir als harmonisch und fortschrittlich gesinnt und brachte ihn seinen Lesern vor allem menschlich näher. Verständlich wird, welch Einschnitt im Leben des Jugendlichen 1886 der Tod des Vaters, eines Mathematik- und Physiklehrers und Schulinspektors, sowie 1887 die Hinrichtung seines Bruders Alexander bedeutete: Er hatte sich einer Gruppe angeschlossen, die den Zaren Alexander III. ermorden wollte. Beide Ereignisse prägten Lenin tief: Der Vater war seinem Ziel, durch Bildung und Aufklärung die Gesellschaft zu verändern, nicht nähergekommen. Und auch der anarchistische individuelle Terror, dem sich Alexander zugewandt hatte, schien untauglich. Reisberg schildert plastisch, wie sich der Student Uljanow in kurzer Zeit den Marxismus aneignet und zu dessen anerkannten Vertreter in Rußland wird.

Arnold Reisberg hat in gewisser Weise in dem Buch auch über den eigenen Lebensweg und die eigenen Überzeugungen geschrieben. Sein Thema war die Frage nach den Wegen und auch Irrwegen der kommunistischen Arbeiterbewegung beim Versuch, die Welt zu verändern. Die von Lenin nach Oktoberrevolution und Bürgerkrieg aufgeworfene und mit viel Unverständnis aufgenommene Frage nach der Einheitsfront mit nicht-kommunistischen Teilen der Arbeiterbewegung, d. h. auch mit Sozialdemokraten, erkannte Reisberg als eine der Grundfragen kommunistischer Politik. Sie ließ ihn nicht mehr los. Um so verdienstvoller ist es, heute an ihn zu erinnern. Denn er sei „so gut wie vergessen“, schreibt der österreichische Historiker Gerhard Oberkofler in seiner Biographie des aus Galizien stammenden Kommunisten und in der DDR mehr als 20 Jahre arbeitenden Wissenschaftlers. Die Feststellung ist leider – mit Ausnahme des „RotFuchs“ – richtig und es muß nicht begründet werden, warum das nach 1990 so ist. Die Aktualität des Problems „Einheitsfront“ ist heute größer als vor 30 Jahren.

Der Lebenslauf, den Oberkofler unter dem Titel „Arnold Reisberg. Jüdischer Revolutionär aus dem Königreich Galizien“ veröffentlicht

hat, widerspiegelt exemplarisch Tragik und Selbstbehauptung des kommunistischen



Gerhard Oberkofler

Teils der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Der Rechtswissenschaftler Hermann Klenner schreibt in seiner Einleitung: „Um es scharf zu formulieren: Wer dieses Werk gelesen und dadurch Reisbergs Leben miterlebt hat, kann nicht mehr, wenn er Sozialist war, schwach werden und von seinen Überzeugungen lassen.“

Reisberg wurde am 17. Februar 1904 in Borislav in Galizien, das seit der ersten Teilung Polens 1772 Österreich angegliedert worden war, in einer jüdischen Familie geboren. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges flohen seine Eltern aus Sorge vor Pogromen nach Wien. Reisberg studierte dort Geschichte, Geographie und Philosophie und erwarb 1928 den Dokortitel. 1923 trat er dem Kommunistischen Jugendverband bei, ein

Jahr später der KPÖ. Er leitete bald deren Propagandabteilung und die 1932 in Wien eröffnete „Marxistische Arbeiterschule“ (MASCH). Nach dem KPÖ-Verbot 1933 folgte das der MASCH Ende desselben Jahres. Nach der blutigen Niederschlagung des Arbeiteraufstands im Februar 1934 durch das Dollfuß-Regime wurde Reisberg verhaftet und als angeblich polnischer Staatsbürger (Polen hatte sich 1919 die heutige Ostukraine einverleibt) ausgewiesen. Die Sowjetunion nahm ihn und seine Familie auf. Er lehrte in Moskau unter dem Namen Bruno Braun an der Internationalen Leninschule. 1937 inhaftiert, blieb er bis 1946 im Straflager und ab 1949 weitere fünf Jahre in Verbannung. 1954 wurden die Urteile aufgehoben. Weil Österreich ihn als „Polen“ nicht aufnehmen wollte, übersiedelte Reisberg 1959 in die DDR und wurde dort am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED tätig. Er habe „Tag und Nacht“ gearbeitet, schreibt Oberkofler, angesichts einer enormen Fülle von Publikationen und Aktivitäten. Schwerpunkte waren die Biographie Lenins, woraus 1973 das Buch über den jungen Lenin und 1977 zwei bis heute ein Standardwerk darstellende Reclam-Bände mit Dokumenten hervorgingen. In zwei Bänden schilderte er das Ringen in der jungen KPD um die Einheitsfrontpolitik. Oberkofler hat seinem Band mehrere Originalbeiträge Reisbergs beigegeben, die dessen Arbeitsweise zeigen: Nicht nur Tatsachen nennen, sondern „Tatsachenzusammenhänge“ aufzeigen. Das trug ihm auch in der DDR manche Kontroverse ein, weil er auch die Ansichten von Antileninisten nicht aussparte, aber eben das läßt seine Arbeiten nicht veralten.

Arnold Schölzel

Gerhard Oberkofler: *Arnold Reisberg. Jüdischer Revolutionär aus dem Königreich Galizien. Eingeleitet von Hermann Klenner. Studienverlag, Innsbruck/Wien 2020, 184 Seiten, 19,90 Euro*

## ■ Regionalgruppe Harz

**Am 26. März um 14 Uhr:**  
Gedankenaustausch zur aktuellen Situation in Kuba und Lateinamerika

**Ort:** Gaststätte „Lindenhof“,  
Spiegelsbergweg 16,  
38820 Halberstadt

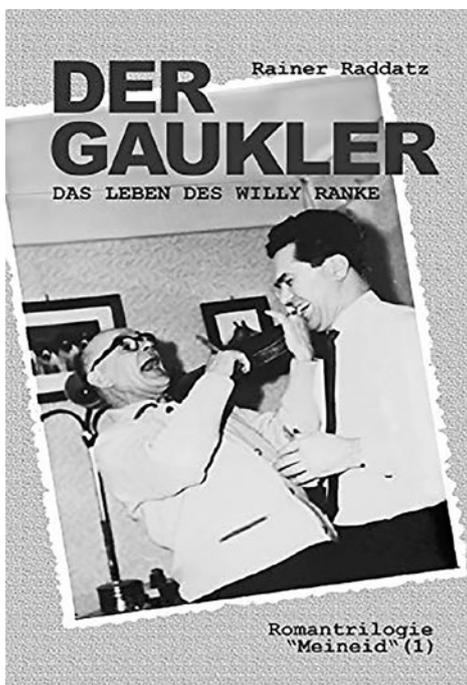
**Veranstaltung unter Vorbehalt**

## BUCHTIPS

**Rainer Raddatz**

Der Gaukler.  
Das Leben des Willy Ranke

„Der Gaukler. Das Leben des Willy Ranke“, ist eine biographisch orientierte Romantrilogie. Sie zeigt die Geschichte Deutschlands aus der Position des „kleinen Mannes“, der scheinbar zufällig in Brennpunkte des politischen Geschehens seiner Zeit gerät. Teil eins „Meineid“ spielt in den Jahren 1918 und 1919. Er zeigt Willy nach abgeschlossener Lehre in der Keulahütte als Soldat einer Eliteeinheit im Ersten Welt-

**Horst Schumann**

Der Militärgeheimdienst der DDR

Der Schutz der bewaffneten Kräfte eines Staates vor Spionage, Sabotage und innerer Zersetzung gehört seit jeher zu den wichtigsten Aufgaben der Geheimdienste. Innerhalb der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR oblag dieser Schutz vor allem der Hauptabteilung I. Im Unterschied zu anderen Dienststeinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit war die HA I nicht territorial gegliedert, sondern an

**Heinz Günther**

Überzeugung ist nicht käuflich.  
Das Leben des Aufklärers Jürgen Rogalla

Oberst a. D. Jürgen Rogalla gehörte von 1951 bis zur Auflösung dem Ministerium für Staatssicherheit, von 1959 bis 1990 der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A). Die letzten Jahre leitete er die Nordamerika-Abteilung der HV A (A XI). Das erklärt, weshalb sich westliche Geheimdienste sehr für ihn interessierten und ihm wiederholt lukrative Angebote machten. Allen voran bemühten sich die CIA und besonders hartnäckig der



krieg, als Angehörigen eines Freikorps in Berlin und Kronzeuge bei der Vertuschung des Mörders von Rosa Luxemburg. Die Handlung des Romans basiert auf umfangreichen Dokumenten zur Biographie des Willy Ranke und der nächsten Personen seines Umfelds. Das ihn unmittelbar berührende historische Geschehen, die Handlungsorte und politischen Ereignisse sind im Roman auf der Basis von Originaldarstellungen dieser Zeit gestaltet. Rainer Raddatz (geb. 1950) war Offizier der NVA und arbeitete nach 1990 als freier Journalist und Zeitungsredakteur. Im Internet stellt er unter der Adresse [gauklerdokumente.blogspot.com/](http://gauklerdokumente.blogspot.com/) zahlreiche Kopien von Dokumenten zur Verfügung, auf denen das Buch beruht, darunter vom Gerichtsverfahren wegen des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Unabhängig veröffentlicht, Januar 2019,  
250 Seiten, Taschenbuch 13,14 Euro,  
E-Book 7,90 Euro

die Struktur der NVA und der Grenztruppen angepasst. Die Mitarbeiter der HA I waren in ihren Zuständigkeitsbereichen als solche bekannt. Sie trugen die gleichen Uniformen wie die Soldaten und unterhielten zu ihnen überwiegend kameradschaftliche Beziehungen. Sie leisteten dabei eine verantwortungsvolle tägliche Kleinarbeit, bei der sie in den 40 Jahren des Bestehens der DDR von tausenden vor allem jungen Menschen unterstützt wurden. Als inoffizielle Mitarbeiter erbrachten diese einen unschätzbaren Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit der DDR. Der Autor legt mit der Darstellung der Struktur, der Arbeitsweise und der Aufgabenstellung der Hauptabteilung I einen bedeutsamen Teil ihrer Geheimdienstarbeit offen. Er ermöglicht damit und anhand zahlreicher Beispiele dem Leser einen Einblick in die Vielfalt der operativen Arbeit der Dienststeinheiten der HA I.

Verlag tredition, Hamburg 2020,  
236 Seiten, 19,50 Euro

Bundesnachrichtendienst (BND). Der hatte sich bereits während Rogallas Einsatz als Ausbilder im afrikanischen Raum und speziell 1966 in Ghana für ihn interessiert: Er war nach einem Putsch dem Gegner in die Hände gefallen und in lebensgefährliche Umstände geraten. Der BND bot ihm an, ihn herauszuholen, wenn er denn überliefe. Rogalla und Heinz Günther sind Freunde seit Jahrzehnten. Günther arbeitete von 1950 bis 1990 beim MfS, ab 1959 ebenfalls in der HV A. Er arbeitete von 1960 bis 1965 in der Balkanabteilung des Außenministeriums der DDR, danach war er bis 1990 Lehrer und Lehrstuhlleiter „Regimeverhältnisse/Straf- und Prozeßrecht der BRD“. Gemeinsam promovierten beide 1972 zum Dr. jur. Am Ende schied auch Günther im Rang eines Oberst aus dem Dienst im MfS.

Verlag am Park, 2. korrigierte Auflage  
Berlin 2020, 270 Seiten, 16,99 Euro  
ISBN 978-3-89793-218-0

# Nachdenklicher Richter

Ein Erfurter Jurist untersucht, wie alte Nazis am jungen Bundesarbeitsgericht Fuß faßten

Zu den Grundmakeln der Bundesrepublik gehört ohne jeden Zweifel die völlig ungenügende strafrechtliche Aufarbeitung von Nazi-Gewaltverbrechen und die daraus resultierende mehr als mangelhafte juristische Verfolgung der Täter. Es brauchte Jahrzehnte, bis das endlich von Historikern und Rechtswissenschaftlern weitgehend eingestanden wurde. Heute ist man sich einig, daß viele Verfahren zu Unrecht, zu früh und aus falschen Gründen eingestellt wurden oder die strafrechtliche Sanktionierung aus falsch verstandenem Korpsgeist unterblieben ist. Seitdem nahezu keine neuen und vor allem lebenden Täter mehr zu ermitteln sind, ist man scheinbar eher bereit, über grundlegende Fehler der Vergangenheit zu sprechen und diese auch einzuräumen. Inzwischen wird gegen die wohl allerletzten Personen ermittelt, die heute Mitte 90 sind und bei denen es eher unwahrscheinlich ist, daß sie sich noch ernsthaft einem Verfahren werden unterziehen müssen.

Der seit einigen Jahren in dieser Frage entwickelte Aktionismus vermag nicht die Todsünden der vorangegangenen Jahrzehnte zu beseitigen. Um so mehr ist es erforderlich, daß wissenschaftlich untersucht wird, wie solche Täter nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und in der jungen Bundesrepublik oftmals wieder in verantwortliche Positionen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft gelangen konnten. Unter Konrad Adenauer wurden die juristischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch belastete Altnazis wieder in den „Schoß der Gesellschaft“ zurückkehren konnten. Damit waren die meisten geradezu davor geschützt, künftig noch angegriffen zu werden. Einige wenige gegenteilige Beispiele bestätigen die Regel. Vor allem waren es Juristen, die in die unterschiedlichen Verantwortungsebenen des neuen Staates eingebunden wurden, obgleich sehr schnell hätte ermittelt werden können, daß sie nicht unwesentliche Stützen des Naziregimes waren und zum Teil auch Blut an den Händen kleben hatten. Solche Tatsachen wollte man nach dem Ende des schrecklichen Zweiten Weltkrieges und der Gründung der BRD oftmals nicht so genau wissen. Auf diese Weise gelangten Personen in öffentliche Ämter, die unter soliden Umständen in keinem Fall eingestellt worden wären. Das kann auch nicht mit dem berühmten Zitat, welches Adenauer zugeschrieben wird, entschuldigt werden, daß man schmutziges Wasser nicht wegschütten könne, bevor man sauberes habe. Viele Fälle zeigen, daß mit dem „schmutzigen Wasser“ oft bis zum bitteren Ende gearbeitet worden ist. Inzwischen versucht man auf Bundesebene durch Aufarbeitung der „braunen Flecken“ eine gewisse Distanz zu demonstrieren. Den Anfang machte vor einigen Jahren das Auswärtige Amt, das eine Studie in Auftrag gab,

um kritisch diese Problematik zu beleuchten. Einige Zeit später folgte das Bundesjustizministerium („Rosenburg-Akte“), und wie vor einigen Monaten zu lesen war, läßt auch die Bundesanwaltschaft ihre eigene Geschichte bei der Übernahme belasteter Nazis in die Reihen der höchsten Anklagebehörde wissenschaftlich untersuchen.

Diese Aktivitäten sind beachtenswert, aber eben auch überfällig. Andere obere Justizbehörden tun sich noch etwas schwer damit. Das Bundesarbeitsgericht, das bis Ende 1999 seinen Sitz in Kassel hatte und seither in Erfurt residiert, sah bislang von sich aus noch keine Veranlassung, eine kritische Auseinandersetzung mit in frühen Jahren nach dorthin berufenen belasteten Nazijuristen vorzunehmen. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß jetzt ein einzelner Richter am Landgericht Erfurt, der vor einiger Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter vorübergehend am Bundesarbeitsgericht tätig war, die Initiative dazu ergriff. Ausschlaggebend dafür war, daß er auch in dem in Erfurt vor dem Umzug neu errichteten Gebäude auf eine Ahnengalerie stieß, wo sämtliche seit Gründung des Bundesarbeitsgerichts tätigen Richter mit gerahmtem Bild unter Hinzufügung ihres Namens und der Zeit ihres Wirkens zu sehen sind. Diese Tatsache machte Dr. Martin Borowsky nachdenklich und ließ ihn nicht mehr los. Seine Vermutung, daß unter den in der Ahnengalerie zu sehenden ehemaligen Bundesarbeitsrichtern auch solche mit Nazibelastung zu finden sind, hat inzwischen durch die von ihm eigenständig unternommenen wissenschaftlichen Untersuchungen Bestätigung gefunden. Sein Engagement entsprang also nicht einem Auftrag, wie er bei anderen Bundeseinrichtungen an renommierte Historiker erging, sondern seinem eigenen Interesse an der Aufklärung. Die fehlende Bereitschaft dazu, die lange vorherrschte, bezeichnet er nicht zu Unrecht als die „dritte Schuld“.

Am 9. Dezember vergangenen Jahres stellte Martin Borowsky seine bisherigen Forschungsergebnisse auf einer Veranstaltung in der Gedenkstätte „Topf & Söhne“ in Erfurt vor, die leider wegen der bestandenen Corona-Beschränkungen nur online einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden konnte. Das ist mehr als bedauerlich, aber es besteht guter Grund zu der Annahme, daß zum Ende des Jahres mit einer Buchveröffentlichung von ihm zu den dunklen Flecken des Bundesarbeitsgerichts gerechnet werden kann. Bei den Untersuchungen stieß er auf 13 belastete ehemalige Bundesarbeitsrichter. Das sind etwas mehr als die Hälfte des untersuchten und in Betracht kommenden Personenkreises, den er in den Geburtsjahrgängen bis 1925 zu finden glaubte. Unter ihnen sind Willy Martel (1907-1985), der am Sondergericht in Mannheim während der Nazizeit an der Verhängung von neun Todesurteilen beteiligt

war, oder der spätere Bundesarbeitsrichter Theodor Simons (1900-1973), der ebenfalls an einem Sondergericht wirkte und Todesurteile verhängte. Auch der Richter Walter Schilgen (1900-1991) wirkte früher am Oberlandesgericht Kattowitz in einem politischen Strafsenat, Georg Schröder (1905-1983) im Reichsjustizministerium. Dr. Hans-Gustav Joachim (1917-1989) fiel Borowsky durch seine Dissertation auf, die sich aus faschistischer Sicht mit der europäischen Völkergemeinschaft beschäftigte und in der er darlegte, daß „Juden und Neger nicht zur Gemeinschaft der Völker gehören“ würden. 1937 war er der NSDAP beigetreten. Noch 1959 sah man offensichtlich keinen Grund, ihn nicht zum Richter am Bundesarbeitsgericht zu berufen. Seine früheren rassistischen und antisemitischen Auffassungen spielten offenbar keine Rolle. Ob er sich später davon distanziert hat, ist nicht bekannt, aber eher unwahrscheinlich, weil dies letztlich die Offenlegung seiner geistigen Haltung in der Nazizeit erfordert hätte.

Borowskys Recherchen zeigten aber auch, daß es ebenso aufrechte Richter gab, die sich nicht von den Faschisten zum Handlanger von Verbrechen machen ließen und die später zum Bundesarbeitsgericht berufen wurden. Betroffen macht allerdings, daß sich die seit 2005 amtierende Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, Ingrid Schmidt (geb. 1955), im Rahmen eines Fernsehreports zu den Untersuchungen von Martin Borowsky sehr bedeckt hielt und offenbar keine Veranlassung sieht, an der in ihrem Hause vorhandenen Ahnengalerie ehemaliger Bundesarbeitsrichter etwas zu verändern. Interessanterweise hob sie eher darauf ab, daß untersucht werden müßte, inwieweit die frühere Haltung belasteter Richter Auswirkungen auf deren spätere Rechtsprechung am BAG gehabt habe. Diese Auffassung geht wohl am Thema vorbei und sorgte für einiges Erstaunen und Unverständnis. Die Kernfrage ist doch, ob die einstmals berufenen Bundesarbeitsrichter aufgrund ihrer belasteten Nazivergangenheit aus moralischen und juristischen Gründen für eine solche Tätigkeit disqualifiziert waren. Vermutlich wird man kaum einen unter ihnen finden, der seine frühere geistige Gesinnung, die in der Hitlerzeit auch seine Rechtsprechung beeinflusste, auch am BAG in die zu fällenden Entscheidungen erkennbar hat einfließen lassen.

Die Ahnengalerie des Bundesarbeitsgerichts ist bezüglich der belasteten Richter in der momentanen Form eher ein Schandfleck und könnte sich zur Belastung für das Gericht selbst erweisen, wenn die Bildnisse dieses Personenkreises nicht mit entsprechenden Hinweisen auf dessen braune Vergangenheit versehen werden. Nicht irgendwann, sondern jetzt!

# Zum Tod von Professor Erich Buchholz

Für mich war Erich Buchholz zeitlebens als Mensch, als Genosse und Lehrer ein Vorbild. Ich möchte seiner mit einigen persönlichen Worten im „RotFuchs“, in dessen Förderverein er Mitglied war, gedenken. Erich Buchholz wurde am 8. Februar 1927 in Berlin geboren und wuchs in einfachen Verhältnissen auf. Er starb nach einem erfüllten Leben im Alter von 93 Jahren am 11. Dezember 2020.

Er wird uns nicht nur als anerkannter Rechtswissenschaftler, namentlich als Strafrechtler in Theorie und Praxis in Erinnerung bleiben, der nach wie vor geehrt und von seinen Gegnern gefürchtet wird. Das Wesentliche seines Wirkens war seine kompromißlose Haltung bei der Beurteilung der grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Rechtssystemen der BRD und der DDR. Er gab einem seiner Bücher den treffenden Titel „Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD?“.

Als Student der Sektion Rechtswissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin habe ich mein Staatsexamen im Straf- und Strafprozeßrecht bei dem damaligen Dekan der Juristischen Fakultät Erich Buchholz abgelegt und 1972 als Diplom-Jurist mein Studium abgeschlossen. Spätere Umstände wollten es, daß ich das Glück hatte, die Persönlichkeit meines Lehrers näher kennenzulernen.

Wie sich herausstellte, war meine Tätigkeit als Offizier und studierter Jurist im Kommando der Grenztruppen der DDR von 1973 bis 1984 dafür entscheidend. Denn sie führte mich nach 1990 in die „Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.“ (GRH). Sie wurde – wie der Name sagt – zur Unterstützung der von der BRD politisch verfolgten DDR-Bürger wie Grenzsoldaten, ehemalige Richter oder Staatsanwälte gegründet. Mit aktiver Hilfe

des Strafverteidigers Erich Buchholz setzte sie sich gegen die rechtliche Verfolgung, besonders der Grenzsoldaten, vor den Gerichten der BRD in den sogenannten Mauer-schützenprozessen ein.

Erich Buchholz in der Prozeßpraxis vor einem BRD-Gericht zu erleben, war für mich als Jurist und ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen ein besonderes Erlebnis. Das galt vor allem für seine Verteidigung des Chefs der Grenztruppen der DDR, Generaloberst Klaus-Dieter Baumgarten, und meines ehemaligen Kommandeurs des Grenzregiments 33, Oberst Köhler, in einem total gesicherten und überfüllten Gerichtssaal.

Ich konnte aber bereits vor dem Ende der DDR 1990 als Leiter der Rechtsabteilung des Außenhandelsbetriebes Kohle und Energie die rechtliche Unterstützung von Erich Buchholz nutzen. Das geschah bei einem der letzten Verfahren am Staatlichen Vertragsgericht in der Berliner Behrenstraße, das von uns erfolgreich beendet wurde. Es ging um die Abwehr eines Liquidationsverfahrens gegen unseren Außenhandelsbetrieb, das einer der ersten „Wendehälse“ im Ministerium für Kohle und Energie, der Stellvertreter des Ministers – ein gewisser Herr P. aus Cottbus –, zu seinem persönlichen Vorteil und im Auftrag der BRD-Großindustrie auf dem Gebiet von Kohle und Energie organisiert hatte. Günstig für das Zusammenwirken mit Erich Buchholz war, daß sich unsere Wohnungen und ab 1990 auch der Standort unserer Rechtsanwaltskanzleien in Berlin-Treptow in unmittelbarer Nähe in der Straße Am Treptower Park befanden.

Ein großes Erlebnis war für mich die Teilnahme an dem von Freunden und Bekannten organisierten Festakt zum 80. Geburtstag von Erich Buchholz am 8. Februar 2007 im ehemaligen jüdischen Waisenhaus

in Berlin Pankow. Daran nahmen mehr als 200 Personen, darunter frühere Minister, viele Rechtsanwälte und Staatsanwälte, ehemalige Studenten und andere Gleichgesinnte teil.

Ab 2004 kam Genosse Erich Buchholz, der bereits 1946 Mitglied der SED geworden war und nach 1990 von der Humboldt Universität als Wissenschaftler entlassen wurde, zu uns als Mitglied der Parteigruppe der Linken im Wohngebiet Am Treptower Park. Es war für uns eine große Bereicherung, wenn wir als „Erstleser“ seine politischen Bücher auf unseren Versammlungen diskutieren konnten. In besonderer Erinnerung bleibt mir das Buch mit einer persönlichen Widmung für mich mit dem Titel „Totalliquidierung in zwei Akten. Die juristische Annexion der DDR“.

In den letzten Jahren, besonders nach dem Tod seiner Frau, wurde es einsam um unseren „Professor“, der seit 2018 in einem Seniorenheim lebte. Wir, die Genossinnen und Genossen seiner Basisorganisation ließen die Verbindung zu ihm nie abreißen. Wir hatten ein Mitglied unserer Gruppe beauftragt, ständig zu ihm Kontakt zu halten.

Die Urnenbeisetzung fand am 29. Januar 2021 auf dem Waldfriedhof Schöneweide in Berlin statt. Das ist eine würdige letzte Ruhestätte für Erich Buchholz, in der auch eine Persönlichkeit wie Walter Rathenau beerdigt ist.

Die Gedenkfeier sollte wegen Corona im kleinen Kreis der Familie stattfinden. Doch auch wir haben uns dank des Sohnes des Verstorbenen, Dr. Wolfgang Buchholz, der eine bewegende Trauerrede hielt, würdig verabschieden können. Dafür bin ich sehr dankbar.

Ein letzter Gruß von einem Kampfgefährten!

**Harry Schröder**  
Berlin

## Klarstellung

*Aufgrund eines redaktionellen Fehlers fiel im Beitrag „Berlins Polizei handelte rechtswidrig“ von Wilhelm Rettler im RF 277 (S. 8), in dem es um den Einsatz der Polizei gegen FDJ-Mitglieder auf der LL-Demo am 10. Januar ging, ein wichtiger Absatz weg, den wir hiermit nachdrucken:*

Das Vorgehen der Berliner Polizei gegen die Verwendung der FDJ-Fahnen war rechtswidrig. Was das Tragen der Blauhemden angeht, ist die Rechtslage problematisch. Nach § 3 Abs. 1 des noch in Berlin geltenden Versammlungsgesetzes des Bundes ist es verboten, „öffentlich oder in einer Versammlung Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen“.

Aber: Bis zum Jahre 2006 lag die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht beim Bund, seitdem liegt sie jedoch bei den Ländern. Bis zum Erlaß von Landesgesetzen gilt das Versammlungsgesetz des Bundes fort. Gegen das Uniformverbot bestehen erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Es schränkt ein Grundrecht ein. Dafür müssen gewichtige Gründe vorliegen. Dem haben die Länder, die zwischenzeitlich eigene Versammlungsgesetze erlassen haben, Rechnung getragen und das Uniformverbot unter die Voraussetzung gestellt, daß durch die Uniformierung „eine einschüchternde Wirkung entsteht“ (Bayern § 7), „Gewaltbereitschaft vermittelt und dadurch auf andere Versammlungsteilnehmer oder Außenstehende einschüchternd eingewirkt

wird“ (Sachsen, § 3), „sofern dadurch eine einschüchternde Wirkung ausgeht“ (Sachsen-Anhalt § 3) entsprechend auch Niedersachsen § 3 Abs. 3. Aus dem Umstand, daß von der Verwendung von uniformähnlicher Kleidung eine einschüchternde Wirkung ausgehen kann und Gewaltbereitschaft vermittelt werden kann, folgt mitnichten, daß dies immer der Fall ist. Das voraussetzungslose Uniformierungsverbot verstößt gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, weil es nicht erforderlich ist, um die Vermittlung von Gewaltbereitschaft und Einschüchterung abzuwenden. § 3 Versammlungsgesetz muß verfassungskonform in dem Sinne ausgelegt werden, wie es die Länder, die bereits eigene Versammlungsgesetze erlassen haben, es geregelt haben.



Matthias Höhn (Die Linke) warb im „Spiegel“ mit einem „Diskussionsangebot“ für die Übernahme der NATO-Sicht auf die Weltlage, um die „Koalitionsfähigkeit“ der Linken in einem möglichen bürgerlichen Bündnis zu unterstreichen. Ein erneuter Vorstoß, das so wichtige Alleinstellungsmerkmal unserer Partei, die Frieden- und Abrüstungsforderungen, ad acta legen zu können. Jetzt versucht der ehemalige Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke, die Diskussion um einen wesentlichen Punkt im Parteiprogramm öffentlich zu befeuern, nachdem schon im vergangenen Jahr der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und Gregor Gysi die Debatte eröffnet haben. Ungefragt und über die Köpfe der Parteimitglieder hinweg soll ein grundsätzlicher Pfeiler linker Politik geschleift werden. Die Protagonisten betreiben so zielgerichtet eine inhaltliche Neuausrichtung der Partei mit Blick auf eine künftig gewünschte Regierungskoalition.

Gelingt das, werden grundsätzliche und die Partei auszeichnende soziale, solidarische und friedenspolitische Forderungen für die Chimäre einer Machtbeteiligung geopfert. Schon Tucholsky wußte: „Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.“

Nun gibt es den einstimmig gefaßten Beschluß des Bundesvorstandes vom 23. Januar. Hierbei handelt es sich unmißverständlich um eine programmatische Neuausrichtung. Der gesellschaftskonforme Umbau der Partei Die Linke wird auf leisen Sohlen weiter vorangetrieben. Man verknüpft die weltweite Ablehnung der seit Jahrzehnten bestehenden menschenverachtenden Blockadepolitik der USA mit einer förmlichen Anerkennung von Vertretern der von den USA gesteuerten San-Isidro-Bewegung. Ursachen und Wirkungen für gesellschaftliche Entwicklungen werden bei der Bewertung der Lage in Kuba außen vorgelassen, und es wird oberflächlich über eine vermeintlich notwendige Demokratisierung geschwätzt. Damit werden die unabdingbare Solidarität mit Kuba und das einzufordernde Menschenrecht auf eine Beendigung der Sanktionen für alle Kubanerinnen und Kubanern nunmehr auch durch Die Linke in Frage gestellt.

Es gilt, mit ganzer Kraft diesem Treiben entgegenzutreten.

**Raimon Brete, Chemnitz**

Meine Partei Die Linke gibt in einer Zeit zunehmender sozialer Spaltung der Gesellschaft ein Bild innerparteilicher Zerrissenheit ab. Führende Genossen arbeiten gegeneinander, statt miteinander. Sie beschimpfen, diskriminieren sich gegenseitig, und ein „Pöstchen-Geschacher“ steht

scheinbar völlig normal an der Tagesordnung. Das entsetzt mich zutiefst.

Führende Genossen in gehobenen Parteipositionen haben ihre Gesinnung „verkauft“, nur um mitregieren zu können. Es werden Regierungskoalitionen mit Parteien geschlossen oder in Aussicht gestellt, die ein überzeugter Sozialist niemals eingehen würde.

Die Linke hat ihren kämpferischen „Biß“ verloren, da sie die herrschende Gesellschaftsordnung nicht klar und selbstbewußt als eine kapitalistische definiert und daraus ihre Aufgabenstellung ableitet. Momentan ist sie ein „besseres Abklatsch“ der SPD. Sie paßt sich den vorherrschenden politischen Bedingungen ohne Kampfgeist an. Mit der jetzigen Außenwirkung werden wir keine neuen Wähler aus der arbeitenden Bevölkerung gewinnen.

Eine sozialistische Partei muß Alternativen zur bestehenden Gesellschaftsordnung aufzeigen. Mit dem Parteiprogramm haben wir das Gemeinwohl der Bevölkerung, Abrüstung, eine friedliche Koexistenz mit allen Völkern der Erde und Klimaschutz auf unsere Fahne geschrieben. Diese erstrebenswerten Ziele im Interesse unserer Kinder, der Zukunft der Menschheit und unserer Erde erfordern vor allem Einigkeit und Zusammenhalt. Das Klassenbewußtsein muß wieder in die Köpfe. Die Menschen sind unzufrieden, sie schimpfen über die Kriegseinsätze der Bundeswehr, sie schimpfen über die ungerechte Verteilung von Staatsgeldern, z. B. für die Rüstung, statt für das Bildungssystem, sie schimpfen über die Altersarmut, sie schimpfen über das immer noch bestehende ungleiche Lohnverhältnis von Ost und West nach 30 Jahren der Konterrevolution im Osten Deutschlands. Diese Liste ist endlos. Wir müssen ihnen helfen zu begreifen, daß nur sie es ändern können!

Frieden und Sozialismus sind untrennbar miteinander verbunden, sie bedingen einander und sind die wichtigsten Grundpfeiler für die Zukunft. Unsere Partei muß dringend und schnellstens zu ihren ursprünglichen Wurzeln zurückkehren und damit der Bevölkerung eine wählbare sozialistische Partei bieten. Wir müssen uns die Grundlagen des Marxismus-Leninismus wieder zu eigen machen und ohne Wenn und Aber zu einer sozialistischen Alternative stehen.

Die Weiterbildung der Genossen in Marxismus/Leninismus ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Linken. Diese Weiterbildung muß in jedem Kreisverband organisiert werden. Nur mit diesem Wissen kann jeder Genosse die kapitalistischen Strukturen und Handlungsweisen verstehen, deren ausbeuterische und imperiale Politik erkennen, entlarven und Rückschlüsse auf das eigene politische Agieren ableiten.

Dafür kämpfe ich und bewerbe mich für ein Abgeordnetenmandat.

**Jeannette Kasel, Göttingen,  
Fachschwester f. OP und Endoskopie**

Am 23. Januar hat der Parteivorstand der Partei Die Linke einen Beschluß gefaßt. Darin werden die Verschärfung der US-Sanktionen gegen Kuba und Versuche, die kubanische Regierung vom Ausland her zu stürzen, verurteilt. Dann kommt es. Im letzten Absatz des Beschlusses lese ich: „Für Die Linke gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden, überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie

Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft“. Wer sind diese kritischen Menschen, mit wem, meint Die Linke, müsse ein Dialog geführt werden? Etwa mit dem antikubanischen Rapper Denis Solis? Er ist immerhin ein Anhänger von Ex-US-Präsident Trump. Eventuell aber auch mit den „Künstlern“ der sogenannten Bewegung San Isidro? San Isidro ist ein Teil von Alt-Havanna. Die antikubanische Show der Gruppe San Isidro (MSI) wird von der US-Regierung gesponsert und unterstützt. Diese Bewegung fordert in sozialen Netzwerken die USA zu einer Invasion auf Kuba auf.

Die Partei Die Linke unterstellt der kubanischen Gesellschaft, nicht demokratisch zu sein. Beweise fehlen natürlich.

Eines sollte die Linke aber wissen: Man kann ein Fell nicht zweimal verteilen – einerseits mit dem sozialistischen Kuba solidarisch sein und gleichzeitig mit denen, die einer US-Invasion das Wort reden.

Für mich bleibt die Frage. Geht es ernsthaft um Solidarität mit Kuba oder will man mit Blick auf die kommenden Wahlen Regierungsfähigkeit mit der SPD demonstrieren?

Ich glaube nicht, daß die Partei auf diese Weise Wählerstimmen gewinnen kann.

**Wilfried Steinfath, Berlin**

Pandemie hin und her, umsonst geben „Märkte“ nichts, schon gar nicht für Arme, Schwache und Bedürftige. „Bedürftigkeit“ beginnt auf Konzern-ebenen und dort, wo Märkte und Milliarden zu retten sind. Und beim Maskengeschäft läßt sich offenbar eine goldene Nase holen.

Es ist gut, wenn eine kleine Partei wie die DKP daran erinnert, daß es im Lande nicht wenige Menschen gibt, die sich FFP-2-Masken nicht ausreichend werden leisten können.

In Medien oder anderen Parteien kommen Bevölkerungsteile kaum vor, die unter Corona auch mit erheblichen Einkommensverlusten und -wegfall real leiden, aber in diesem Wirtschaftssystem kaum eine Lobby haben, nicht laut und bunt sichtbar medial abgebildet werden und ihre Klagelieder keine Verstärkung finden. Viele haben in dieser Situation Solidarität und Mitgefühl verdient, die mit eigener Arbeit, Selbstständigkeit und nicht in Profitbereichen ihr Einkommen verdienen müssen. Kurzarbeiter, Mini- und Mehrfachjobber, denen der Job und der notwendige Zuverdienst weggefallen ist, Bedürftige, denen die Almosen fehlen, Familien, Alleinstehende mit Kindern, denen es existentiell am Nötigsten fehlt, denen werden allenfalls Mitleidsendungen gewidmet.

Über die ist zu reden, denen das Geld für die Maske, vielleicht für einen ratsamen Corona-Test oder andere Hilfe, um sich vor Ansteckung besser zu schützen, in dieser Zeit fehlt.

Die Pandemie offenbart es täglich: In diesem Profitsystem werden wenige Reiche noch reicher, Arme immer ärmer. Welch ein Hohn, Zynismus und Spott auf sie, wenn den Reichen die „Freiheit“ angeboten wird, bei Buchung eines Dubai-Urlaubs auch noch die Impfungen gratis zu bekommen. Könnte es vielleicht sogar sein, daß angesichts Mangelwirtschaft und Lieferengpässen bei Impfstoffen Beziehungen notwendig und empfehlenswert sind, um rechtzeitig bei der Impfung dabei sein zu können, was Bürgermeister wohl schon in Anspruch genommen haben?

**Roland Winkler, Aue**

Corona – Wie wäre es gelaufen, wenn es den Sozialismus noch gäbe?

Im Nachhinein gilt es wohl als unbestritten, daß die einfachen Hygienemaßnahmen wie Maske, Abstand, Kontaktvermeidung hätten konsequenter durchgesetzt werden müssen. Was wir statt dessen erlebt haben, war Genörgel der Opposition sowie der Regierungsparteien über zu viel Einschränkung und ein widerlicher Wettlauf um die frühesten und weitestgehenden Lockerungen. Einen wirklichen Plan zur Ausrottung der Pandemie gab und gibt es nicht. Merkel und Spahn wuschen ihre Hände in Unschuld, nachdem beide vor den internen Machtverhältnissen kapituliert hatten. Und es hat auch niemand einen Plan aufgestellt, der nach der Entwicklung von funktionierenden Impfstoffen die Produktion nach dem Bedarf organisiert hätte. Stattdessen schließt der Staat mit den Pharmakonzernen Verträge, deren Erfüllung er weder durchsetzen kann noch will. Und selbst das Vereinbarte war angesichts der Lage lächerlich. Die EU hat 450 Millionen Einwohner, also hätte man 900 Millionen Impfdosen gebraucht. Statt solche Mengen zu organisieren oder wenigstens zu bestellen, haben uns die Medien wochenlang mit Überlegungen genervt, ob man aus einem Impfstoff-Fläschchen nicht sechs statt fünf Spritzen ziehen könnte.

Als dann die endgültige Zulassung auf sich warten ließ, hätte man zumindest sofort das mögliche Maximum an Impfdosen produzieren lassen, kaufen und lagern können. Wäre die Zulassung dann nicht erfolgt, wäre der Schaden überschaubar geblieben. Nun erklären die Konzerne den Politikern, daß sie einfach nicht mehr als jetzt produzieren können, Vertrag hin oder her.

In China wurden die Gefahren durch Corona zwar anfangs von den lokalen Behörden verschleiert, aber nach kurzer Zeit hat man sie offen dargelegt. Notwendige Maßnahmen wurden konsequent durchgeführt. In der BRD glaubt man melden zu müssen, daß in China 26 neue Corona-Fälle aufgetreten sind – 26 bei 1,43 Milliarden Menschen: eine (!) Infektion auf 50 000 000 Menschen. Und das bei der täglichen Meldung von ca. 12 000 Neuinfektionen in Deutschland! Ähnlich war der Umgang mit dem russischen Sputnik-Impfstoff. Die übereinstimmende Meinung in den Medien war: „Das ist nur Bluff und kann nichts taugen.“ Inzwischen bestätigen Experten, er sei zu 90 % wirksam, ähnlich wie die westlichen Impfstoffe. Entsprechendes wäre angesichts der deutschen Tradition an chemischer und Pharmaindustrie in einem sozialistischen Deutschland vermutlich eher noch leichter zu erreichen gewesen, wenn deren Ziel nicht mehr ein hoher Wert im Dax wäre, sondern die Gesundheit der Menschen. So wären nach einem Plan die nötigen Produktionslinien für den Impfstoff aufgebaut worden, um den Schutz der Bevölkerung in angemessener Zeit zu gewährleisten.

**Fritz Dittmar, Hamburg**

Noch hält das 21. Jahrhundert das weltgeschichtliche Fenster offen, um über die künftigen Lebensgrundlagen des Homo Sapiens zu entscheiden. Über friedliche Lebensmöglichkeiten ohne Waffeneinsatz, über die Beseitigung der Ursachen von Flüchtlingswellen, über die Ernährungsmöglichkeiten der wachsenden Bevölkerung, über die Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt, über die Rolle der Wissenschaft jenseits der Waffenforschung, über das Ende

der Rückständigkeit der Entwicklungsländer. Worum aber sorgen sich die etablierten bundesdeutschen Parteien?

Friedrich Merz (CDU) mahnt bei jedem öffentlichen Auftritt „marktwirtschaftliche Instrumente“ an. Die Minderung der Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Natur oder durch Kriege werden nicht angesprochen. Die frühere Vorsitzende der christlichen Mehrheitspartei fordert Bewaffnung der Drohnen (Du sollst nicht töten!) und eine Erhöhung des Wehretats im Staatshaushalt. Der Partner der noch amtierenden Groko hatte vor sehr langer Zeit Vorstellungen, den Egoismus in der Wirtschaft zu reduzieren und Gleichheit in der Gesellschaft herzustellen. Doch wirksame Alternativen zur Verringerung der Spaltung, zur Beseitigung von Fluchtursachen und zur Solidarität mit den Opfern sind öffentlich von der SPD nicht zu vernehmen. Kritiken sind Wattebällchen, die im Gestrüpp von Gesetzesordnungen hängen bleiben.

Für die Grünen steht ihre Koalitionsfähigkeit mit den Konservativen im Ranking ihrer Politik scheinbar ganz oben. Enttäuschend ihr verändertes Verhältnis zu Militäreinsätzen und zum Frieden. Die Linken leiden an den Folgen ihrer Verleumdung seit Jahrzehnten und sind dabei, sogar ihre friedenspolitischen Positionen zugunsten einer Regierungsbeteiligung aufzugeben.

Die Gelben pflegen ihren Freiheitstraum und vergessen, daß die Freiheit nicht Dritten schaden darf, auch nicht dem Mittelstand, der in Konkurrenz mit den „Großen“, besonders auch in der Pandemie, nicht mithalten kann.

Was die blaue AfD vertritt und will, dürfte inzwischen jedem klargeworden sein.

Wo bleiben die Alternativen?

**Günter Buhlke, E-Mail**

Mehr als 100 Kommunisten gedachten in Livorno vor dem Teatro San Marco am 21. Januar, genau zum 100. Jahrestag, der Gründung der Partito Comunista d' Italia.

Das Regionalfernsehen war dabei und sendete: „Die (zerstrittenen) Erben des PCd'I feiern die hundert Jahre!“

Welch einen langen Weg (nach unten) hat die ehemals glorreiche Massenpartei zurückgelegt: Abspaltung von der Sozialistischen Partei, Führung durch Gramsci, den großen Theoretiker und Befürworter der Räte, Exil und Untergrund, Umbenennung und Anpassung durch Togliatti 1943/44, Reformismus und Eurokommunismus mit Berlinguer, stärkste italienische Partei 1984. Dann die Wende („Bolognina“) mit Occhetto 1989. Sie führte zur Selbstauflösung 1991. Aber die Wiedergründung „Rifondazione“ brachte die Kommunisten bis 2008 mit bis zu 10 % in die beiden Kammern des Parlaments. Heute ist „Rifondazione Comunista“ dort nicht mehr vertreten, spielt aber noch regional und kommunal eine gewisse Rolle.

**Leonhard Schaefer, San Casciano VdP (FI)**

Hieronymus Carl Friedrich von Münchhausen, ein Adliger aus dem 18. Jahrhundert mit interessanten Lügengeschichten, scheint heute wieder aktueller Ideengeber für Politik und Medien zu sein. Sicher sehr belebend für alle Beteiligten, wenn es nicht ebenso traurig wie gefährlich wäre. Ich meine die aberwitzigen Episoden mit dem Titel Skripal oder, jetzt ganz aktuell, Nawalny. Was hat dieser Nawalny Heldenhaftes getan,

daß er von der westlichen Welt so hochgejubelt wird? Jeglicher Realismus fällt diesem Ziel zum Opfer. Es scheint alles recht zu sein, wenn es nur dazu geeignet ist, die Russophobie als den großen Angstmacher für das Volk aufblasen zu können.

Aus meiner eigenen militärischen Ausbildung weiß ich, daß Nervengifte, die als Kampfmittel entwickelt wurden, nicht die Wirksamkeit von Baldriantropfen haben. Sie führen unmittelbar zum Tod und kontaminieren ebenso mit tödlicher Wirkung ihre Umgebung. Deutsche Militärärzte erscheinen nun als wahre Wunderheiler. Nawalny erfreut sich nach einer angeblich tödlichen Vergiftung nicht nur bester Gesundheit, auch seine Reiselust ist gestiegen. Geld scheint dabei keine Rolle zu spielen. Jemand, der für Rechtsverletzungen schon zum zweiten Mal mit einer sanften Bewährungsstrafe verurteilt wurde, sollte wissen, daß er sich bewähren muß. Auch in Deutschland werden bei Verstößen gegen Bewährungsauflagen die angedrohten Haftstrafen vollzogen. Wenn es um Rußland geht, wird allerdings die Propagandatrommel zur Pauke. Strafrechtliche Konsequenzen werden von westlichen Staaten als die Verfolgung Oppositioneller beweist.

Anders verhält es sich bei der Behandlung von Journalisten, die staatliche Kriegsverbrechen bekanntmachen. Zu Julian Assange kann man im Internet lesen, daß er u. a. Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks ist und daß er daran interessiert ist, geheim gehaltene Dokumente allgemein verfügbar zu machen. Das klingt formaljuristisch schon sehr kriminell. Hier wurde aber das Recht völlig aus den Angeln gehoben. Nicht die strafrechtlich handelnden Angehörigen der US-Streitkräfte, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Völkerrecht und das Kriegsrecht, beispielsweise in Afghanistan oder Irak begangen haben, sind Straftäter, sondern der, der diese Verbrechen offenlegt. Aus staatlicher Sicht sind das ganz bestimmte wichtige Informationen, die die Öffentlichkeit lieber nicht erfahren sollte. Aber diesen Anspruch hat jeder Straftäter. Man stelle sich vor, die Polizei würde wegen Aufdeckung von Straftaten eingesperrt.

Nun ist Assange kein Polizist, aber er hat die Verbrechen der US-Streitkräfte sichtbar gemacht. Nach westlicher Lesart ist also nicht der ein Verbrecher, der Straftaten begeht, sondern der, der sie aufdeckt, also öffentlich zugänglich macht. Edward Snowden ist ein weiteres Beispiel.

Assange hat seine Freiheit schon verloren. Zwei Jahre sitzt er ohne Urteil in einem Hochsicherheitstrakt Großbritanniens in Isolierhaft, täglich „versorgt“ mit psychischer Folter.

Das gegen ihn aufgebaute Rechtskonstrukt? Verstoß gegen Bewährungsaufgaben. Was hat doch Nawalny für ein Glück, daß er in Rußland leben darf.

Die US-Justiz kämpft nun angestrengt um die Auslieferung von Assange. 130 Jahre Haft erwarten ihn dafür, daß er die Verbrechen der US-Streitkräfte veröffentlicht hat. Was für ein krankes System! Bei so viel Ungerechtigkeit müßten doch „unsere“ Politiker rund um die Uhr protestieren und die Einhaltung demokratischer Grundrechte fordern.

Sie denken nicht daran. Aber ich. Und ich hoffe viele Menschen mit mir, die ebenfalls ein gesundes Rechtsempfinden haben.

**Frieder Rosada, Wismar**

Es ist dringend nötig, Illusionen darüber zu zerstreuen, daß sich mit Biden etwas Wesentliches ändern wird. Ordnet man die Daten den einzelnen Präsidenten und ihrer Parteizugehörigkeit zu, dann wurde zwar der ABM-Vertrag von 1972 unter Bush junior, einem Republikaner, gekündigt, doch fand der erste Test einer landgestützten Raketenabwehrrakete unter dem Demokraten Obama statt, der zweite unter dem Republikaner Trump – so wie am 17. November des vergangenen Jahres der erste erfolgreiche seegestützte. Und es wird so weitergehen!

Die USA streben nach wie vor die Wiederherstellung des „Status quo ante“ an, den Zustand von 1945 bis 1948, als nur sie über Kernwaffen verfügten und diese in Japan bereits „erfolgreich“, furcht- und schreckenerregend praktisch angewandt hatten. Schon während des Korea-Krieges war dann das Monopol gebrochen. Und konnte nicht wiederhergestellt werden. Ungeachtet des Zusammenbruchs der UdSSR und des Warschauer Vertrages. Seit nunmehr 18 Jahren versuchen die USA – ihre Satelliten und Netzwerke beteiligen sich an dieser Propagandakampagne – mit Ausflüchten und Lügen ihre Urhebererschaft für die aus dem Bestreben, die Vergeltungsmöglichkeiten Rußlands und Chinas bei einem Erstschlag zu minimieren, resultierende Friedensgefährdung zu kaschieren. Und davon abzulenken, daß sie den eisernen Willen haben, die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, möglichst ungestraft einen atomaren Erstschlag führen zu können.

Es scheint übrigens, als ob gerade dann, wenn von demokratischen Präsidenten gesellschaftspolitisch neue Wege auch nur zaghaft betreten werden könnten – wie bei Johnsons „Great Society“ mit mehr Rechten für die Afroamerikaner oder bei Bill Clintons Versuchen zur Eingliederung der Chicanos oder bei „Obamacare“ – große weltpolitische Aufgaben „leider“ eine Konzentration auf militärische Maßnahmen verlangen. Wie etwa während der USA-Aggression „zum Schutz der Freiheit“ in Vietnam oder für Freedom and Democracy in Jugoslawien, in Syrien und Libyen und anderswo.

Es ist zu befürchten, daß auch Biden die Russia- und China-Paranoia seines Freundes Obama geerbt hat!

Auch unter Biden muß gelten: Raus mit den USA-Truppen, ihren Kernwaffen, Steuerungszentren und Stäben aus Deutschland! Deutschland – Raus aus der NATO!

Ja, es gibt auch die Klimabedrohung, die Pandemie, die soziale Schiefelage und Entdemokratisierung in fast allen Ländern der Erde, aber erstrangig ist die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges, auf den die USA zielstrebig zusteuern, um dann direkt an der Schwelle zu ihm ihre Bedingungen als Weltgendarm, Weltfinanzzentrum, Welt-Datenzentrum etc. „friedlich“ diktieren zu können. Ein höllisch gefährliches Machtspiel, das sie nicht gewinnen dürfen!

**Volker Wirth, Berlin**

Seit Anfang des Jahres herrschen in Buenaventura (Kolumbien) kriegsähnliche Zustände. Wer kann, verläßt sein Zuhause, sein Hab und Gut und sucht sicheren Unterschlupf bei Verwandten im Landesinneren.

Buenaventura liegt an der Pazifikküste am Fuß der Anden im Departamento Valle del Cauca. In den letzten zehn Jahren hat es sich mit jährlichen Zuwachsraten von bis zu 15 Prozent zum größten

Pazifikhafen ganz Lateinamerikas entwickelt. Heute ist die Stadt der wichtigste kolumbianische Hafen an der Pazifikküste mit einem Warenumschlag von ca. 8 Millionen Tonnen Güter jährlich. 60 Prozent des gesamten kolumbianischen Außenhandels wird über diesen Hafen abgewickelt.

Doch die meisten Einwohner haben leider nichts von dieser Entwicklung. Sie zählen zu den ärmsten des Landes. Wasser wird nur stundenweise zugewiesen. Kliniken können keine Patienten annehmen, weil Ärzte fehlen. Regelmäßiger Stromausfall kennzeichnet das Stadtbild.

Der ehemalige Erzbischof des Ortes, Hector Plaza, schreibt, daß die Drogenhändler, im Bestreben ihre Schmuggel-Korridore zu kontrollieren, einen offenen Krieg entfesselt haben. Sie bedienen sich dabei zahlreicher bewaffneter Gruppen „außerhalb des Gesetzes“, welche die Stadt in Sektoren aufgeteilt haben, in denen sie ihrerseits den Drogenhandel eskortieren, sich untereinander bekämpfen, Schutzgelder erheben und die kleinen Händler erpressen.

Der Fluch dieser Stadt ist der Hafen mit seinem unersättlichen Hunger, sich auszudehnen.

Laut einem Bericht des Centro Nacional de Memoria Histórica sind 160 000 der 400 000 Einwohner dieses Verwaltungsbezirks offiziell als Opfer des bewaffneten Konfliktes anerkannt. Allein zwischen 1999 und 2003 begingen Paramilitärs dort 26 Massaker. Die Region weist landesweit die höchsten Mordraten auf. In den vergangenen Jahren geriet Buenaventura durch sogenannte Hackhäuser in die Schlagzeilen, in denen Paramilitärs ihre Bewohner bei lebendigem Leib zerstückelten.

Seit der Privatisierung des Hafens hat der Terror rapide zugenommen. Menschen werden mit Gewalt aus den Stadtvierteln vertrieben, um seinen Ausbau voranzutreiben. Zahlreiche Organisationen sprechen von einer humanitären Katastrophe, die seit Beginn des Jahres eine neue Dimension erreicht. Männer und Jugendliche werden auf offener Straße erschossen. Oder man holt sie aus den Häusern und stellt sie vor die Wahl, in die Banden einzutreten oder umgebracht zu werden. Nachts werden die Straßenlaternen abgeschaltet, um die Menschen leichter aus ihren Häusern vertreiben zu können. Diese werden dann mit enormen Gewinnen an die Hafentreiber verkauft. Die kolumbianische Regierung kennt diese Zustände und unternimmt nichts. Es geht ihr einzig darum, Flächen für den weiteren Hafenausbau zu erhalten. Dafür müssen Menschen sterben.

**Peter Blöth, Böbing**

*Zu Olaf Brühl: Sozialistische Kunst und Kapitalismus, RF 276, S. 27*

Dr. Peter Michel gehört nicht nur zu den geistigen, sondern auch zu den aktiven Existenzrettern der DDR-Kunst unter den Bedingungen und Nutzungsmöglichkeiten der aktuellen Klassenauseinandersetzung. Dafür gilt ihm Dank! Seinem unermüdlichen Engagement, seiner unaufweichbaren Hartnäckigkeit, seiner fast kriminalistischen Aufdeckung von DDR-Kunst-Vernichtung und -schändung, seinen vielfältigen Anfragen, Anregungen und Vorschlägen an zuständige Behörden, Museen und Galleristen ist es zu verdanken, daß Kunstwerke aus der DDR nun endlich wieder breite öffentliche Wertschätzung in Ausstellungen, Publikationen sowie nicht zuletzt im öffentlich zugänglichen Archiv in Beeskow bei Berlin gefunden hat.

Dem Kunstwissenschaftler Dr. Peter Michel den Makel von „Wendehalsigkeit“ anzuhängen und ihm Vertrauensseligkeit gegenüber den „Eliten“ der BRD-Kulturpolitik, „kapitalschweren Sammlern und der neoliberalen Kunstfachwelt“ im Umgang mit DDR-Kunst zu unterstellen, ist ein Schuß auf ein falsches Ziel.

Gewiß, die kapitale Wertbetrachtung von DDR-Kunst übertüncht die inhaltliche Widerspiegelung ihrer gesellschaftspolitischen Grundlagen und Aussagen. Ich bin jedoch überzeugt, daß es gelingen kann, diese Tünche zu Gunsten von Kunsterlebnis und -verstand zu beseitigen.

Ich bin kein Kunstwissenschaftler, aber großer Kunstliebhaber. Hätte ich das nötige „Kleingeld“ und den Platz dafür, wären mein Haus und Grundstück öffentlich zugängliches DDR-Kunstmuseum. Mangelts Macht, Geld und Platz überlasse ich deshalb – zeitweilig – „kapitalschweren Sammlern“ das DDR-Kunsterbe zu seiner öffentlichen Show-Stellung. Irgendwann wird alles wieder dem schaffenden Volk gehören.

**Manfred Wild, Berlin**

*Zu Dr. Hans-Jürgen Joseph: Unsägliche Traditionen, RF 276, S. 7*

Der Staat ist das Organ der herrschenden Klasse. Diese ist in der Bundesrepublik die Monopolbourgeoisie. Kommunisten stehen in konsequenter Gegnerschaft zu ihr. Daher kann man der Exekutive zunächst einmal ihren Antikommunismus, insbesondere repressive Maßnahmen gegen Kommunisten, nicht verdenken. Der Staat hat dabei keine Hemmungen, sich über das selbstgesetzte Recht hinwegzusetzen. Würde er aber seine Organfunktion für die Monopolbourgeoisie konsequent ausspielen, so liefe das auf Faschismus hinaus. Das käme bei der Bevölkerungsmehrheit nicht unbedingt gut an und auch nicht im Ausland. Destabilisierungswirkungen wären nicht auszuschließen. Deshalb wird den Menschen erfolgreich vorgegaukelt, sie lebten in einer „Demokratie“, also einem Staat, wo das Volk die Macht hat. Eine Aufbrechung des antikommunistischen Konsenses setzt eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses voraus. Die geht nicht ohne marxistische Bildung, wie Hans-Jürgen Joseph zutreffend anmahnt. Bis dahin bringen Regierungsbeteiligungen der Linken nichts. Die Herrschaften Bodo Ramelow pp. machen sich nur zu Organen der Monopolbourgeoisie.

**Dr. Wilhelm Rettler, Wittenberg**

Nach meinem Schlaganfall – ich lebe jetzt in einem Altenheim – ist es nicht leicht, mit dem neuen Umfeld zurechtzukommen. Am meisten fehlt mir der Kontakt und das Gespräch mit Gleichgesinnten. Hier bin ich der einzige, der mal in die Bücherstube geht, um mir etwas Lesenswertes zu holen. Wie gut, daß ich in der DDR auf die Oberschule gegangen bin und dort einen Kompaß mitbekommen habe, der mir bis heute hilft, die Orientierung zu behalten. Die Philosophie hat es mir besonders angetan. Heute ist das ein Thema, das keiner mehr für wichtig hält. Offensichtlich wissen viele nicht mehr, daß der Mensch zum Denken auf der Welt ist.

Im RF entdeckte ich manchmal die Abbildungen von Denkmälern, wie Marx und Engels in Berlin oder Engels in Dresden. Wo sind sie alle hingekommen nach der „Wende“?

**Karlheinz Oehme, Waldheim**



Karikatur: Klaus Stuttmann

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

**Herausgeber:**

„RotFuchs“-Förderverein e.V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

**Redaktion:**

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

**Anschrift:**

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160-238 30 85  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Rüdiger Serinek

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

**Autorenkreis:**

Joachim Augustin  
Dr. Matin Baraki  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Prof. Dr. Achim Dippe  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Bernd Gutte  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki  
Uli Jeschke  
Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Wolfgang Metzger  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)  
Heinz Pocher  
Hans Schoenefeld  
Prof. Dr. Rolf Sieber  
Peter Steiniger  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

**Künstlerische Mitarbeit:**

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

**Versand und Vertrieb:**

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel  
Tel. 030-654 45 94  
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

**Mitgliederfragen:**

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

**Finanzen:** Jürgen Claußner  
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin  
Tel. 030-427 27 66

**Unsere Bankverbindung:**

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.